Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. Dezember 1977
Jg. 5 Nr. 49

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Streiks in Chile

Anfang November traten im Kupferbergwerk El Teniente 1700 Arbeiter in den Streik für höheren Lohn. Eine Woche später traten für das gleiche Ziel die Hafenarbeiter von Valparaiso in einen einwöchigen Bummelstreik. Damit sind zum ersten Mal seit dem Militärputsch in Chile größere Streikaktionen gegen die scharfe Ausbeutung durch die Imperialisten-Monopole und ihre Handlanger geführt worden, die die Junta bekanntgeben mußte. Die Junta hat auf die Widerstandsaktionen der Arbeiter mit scharfen Unterdrückungsmaßnahmen reagiert, Tausende von Arbeitern sind in den letzten Jahren ermordet worden. Den Widerstand gegen die imperialistischen Ausbeuter und die Militärjunta konnten sie damit nicht brechen. Tagelang wurde von den Arbeitern von El Teniente für den Streik agitiert, illegale Flugblätter wurden von Arbeiter zu Arbeiter gereicht bis die Front stand. Die Junta mußte reagieren, indem sie einerseits einige Zugeständnisse gemacht hat bei betrieblichen Zulagen, andererseits sofort 49 Arbeiter entlassen hat.

Bangladesh versorgt sich selbst mit Getreide

„Bangladesh, der Staat mit den bisher schlimmsten Hungersnöten, will seine Getreideproduktion bis 1985 um 50 Prozent steigern und dann erstmals die Bevölkerung selbst ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen." (Süddeutsche Zeitung, 22.11.)

Seit das Volk von Bangladesh sich vom Joch der Imperialisten befreit hat, ist es in der Lage, die von den Imperialisten verursachte Hungersnot zu überwinden. Mit dem Fortschreiten des Aufbaus im Lande und der strikten Wahrung der nationalen Interessen ist es Bangladesh gelungen, erneut ein Abkommen mit Indien über die Aufteilung des Ganges-Flußwassers zu schließen. Damit soll ein altes Problem, den Wasserstand besonders in der Trokkenzeit zu erhöhen, gelöst werden. 1971 hatte Indien in der Nähe der Grenze zu Bangladesh den Staudamm Farakka gebaut und darüber Wasser abgeleitet, um den Hafen von Kalkutta zu entschlammen. Dadurch entstand großer Wassermangel. Ist das Land ausreichend bewässert, wird die Selbstversorgung mit Getreide beschleunigt.

Sowjetischer Getreidebetrug an Indien

28000 Tonnen Weizen verlangen die Sozialimperialisten von Indien. Kostenlos. Vor 4 Jahren war Indien wegen Mißernten auf Getreideimporte angewiesen, Breschnew versprach 2 Mio. Tonnen „zinsfrei".

Sowjetischer Getreidebetrug an Indien

28000 Tonnen Weizen verlangen die Sozialimperialisten von Indien. Kostenlos. Vor 4 Jahren war Indien wegen Mißernten auf Getreideimporte angewiesen, Breschnew versprach 2 Mio. Tonnen „zinsfrei".

Das indische Volk hat seither die Landwirtschaft und die Kleinindustrie entwickelt. Mit dem Devisenkontrollgesetz (FERA) ist eine Barriere gegen die Ausbeutung durch imperialistisches Kapital geschaffen worden. Heute verfügt Indien über große Getreidevorräte und Devisenreserven. Die Imperialisten wittern Möglichkeiten. Die Sozialimperialisten fordern jetzt für den „zinsfreien" Weizenkredit 28000 Tonnen als „Kompensation": der indische Weizen sei weniger proteinhaltig.

Die Fernsehlüge der Woche: Sicherheit der Atommüllentsorgung

Mit dem positiven Urteil der Reaktorsicherheitskommission, das in Gorleben geplante Zentrum für die Aufbereitung und Beseitigung von radioaktivem Müll sei sicherheitstechnisch und technologisch realisierbar, ist die letzte der drei Bedingungen für die Aufhebung des Neubaustopps für Kernkraftwerke erfüllt, erklärte die Bundesregierung – Bahn frei für den Kernkraftsbau! Als hätte irgendwer – die Volksmassen vielleicht? – seine Zustimmung für das imperialistische Kernenergieprogramm von diesen drei Bedingungen abhängig gemacht. Für die Vorauswahl eines oder mehrerer möglicher Standorte und zur Einleitung des Genehmigungsverfahrens bedarf es sowieso bloß einer Willenserklärung der Bundesregierung. Für den Sicherheitsbericht liegt die Auftragsarbeit jetzt vor. Ihr Fazit: Es gibt noch ungelöste Probleme aber es ist üblich erst mal anzufangen und dann weiter zu sehen. „Sie (die sicherheitstechnischen Fragen) können entsprechend dem stufenweisen Vorgehen bei der Errichtung des Entsorgungszentrums projektbegleitend gelöst werden, wie dies auch in anderen Ländern geplant und in anderen im Aufbau begriffenen Industriezweigen üblich ist." Die Wiederaufbereitungsanlagen braucht die Bourgeoisie, um unabhängiger von Uraneinfuhren zu werden.

Das rhodesische Kolonialregime windet sich

„... Wenn die USA und der Westen nicht bald handeln ..., 1985 ist es zu spät"

Mit einem Kommadounternehmen, unterstützt von südafrikanischen und israelischen Einheiten, mit Söldnern der US-Imperialisten, aus England, Frankreich und der BRD hat das rhodesische Kolonialregime Flüchtlingslager des zimbabweschen Volkes in Mozambique angegriffen.

Etwa hundert Frauen, Kinder und Freiheitskämpfer wurden getötet. In der westdeutschen Bourgeoispresse wird darüber berichtet als überlegene Militäraktion der Truppen Smiths gegen Lager der Guerillas, bei den 1200 Kämpfer getötet worden sein sollen. Das Recht auf Intervention in Mozambique wird dabei gleich mit propagiert. Angebliche militärische Überlegenheit des Kolonialregimes in Zimbabwe und seine feste Absicht, den Befreiungskampf mit vollster Unterstützung und dem Wohlwollen auch der westdeutschen Bourgeoisie zu zerschlagen, wird herausgekehrt.

Das zur gleichen Zeit, wo Smith erklärt, er habe sich mit den „gemäßigten nationalen Führern" Muzorewa, Sithole (ausgeschlossener ehemaliger Präsident der ZANU) und Chirau auf eine „innere Lösung" geeinigt. „Innere Lösung", das heißt: Parlament mit weißen und afrikanischen Abgeordneten, Sperrklausel für die Kolonialisten, Beibehaltung des kolonialen staatlichen Gewaltapparates unter der Führung Smiths.

Erklärung der ZANU zu den Massakern der Smith-Söldner in den Lagern der ZANU in Mozambique
Seite 11

Die Bourgeoisie lobt das „Einlenken" Smiths, obwohl es sich doch nur um die Ausläufer des anglo-amerikanischen Kissinger-Vorschlags zur Spaltung des Volkes von Zimbabwe und seines Widerstandes handelt, und obwohl die Imperialisten so ganz froh nicht werden können über die Entwicklung dieses Planes. Denn wie die „Times" bereits am 10.11. feststellt: „Da die Patriotische Front die Unterstützung der Frontstaaten, der Organisation für Afrikanische Einheit und der UNO hat, würde es schwerfallen, in-

wohl die Imperialisten so ganz froh nicht werden können über die Entwicklung dieses Planes. Denn wie die „Times" bereits am 10.11. feststellt: „Da die Patriotische Front die Unterstützung der Frontstaaten, der Organisation für Afrikanische Einheit und der UNO hat, würde es schwerfallen, in-

ternationale Zustimmung für eine Lösung zu finden, die nicht die Teilnahme der Patriotischen Front einschließt." Und das tut sie selbstverständlich nicht, denn Mugabe und Nkomo haben diesen Plan eindeutig abgelehnt.

In Azania hat der koloniale Statthalter der Imperialisten Vorster bei den Wahlen unter den etwa 4 Millionen Weißen seine absolute Mehrheit ausbauen können, berichtet die Bourgeoispresse. Dies zeige, daß die weiße Minderheit, die koloniale Bourgeoisie in Azania, den bedauerlichen, aber nichtsdestotrotz verständlichen Weg in die „Isolierung" und standhafte Unterdrückung Azanias gehen werde.

Berichte über die angebliche militärische Überlegenheit und innere Festigung ihrer Kolonialregimes, allgemeines Lob für die weise Einsicht Smiths einerseits – Propagierung der Zerschlagung des Befreiungskampfes und Unterdrücken der Nachrichten über seine Fortschritte, das sind die Kulissen, vor denen die Imperialisten gegenwärtig im südlichen Afrika eine Auffangstellung gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker aufbauen.

Der Plan besteht in Spaltungsmanövern und Vorbereitungen für Interventionsmaßnahmen. Der Befreiungskampf der unterdrückten Völker Zimbabwes, Azanias und Namibias zwingt die Imperialisten, ihre Taktik zu ändern. Denn was die Bourgeoispresse wohlweislich nur am Rande vermeldet, ist, daß beispielsweise Ende November nach den eigenen Angaben des rhode-

(Fortsetzung Seite 2)

„Die Stahlmonopole kennen keine Grenzen bei der Ausbeutung – die Solidarität der Stahlarbeiter sollte ebenso keine nationalen Grenzen kennen"



Die Arbeiter der Erzgruben in den USA brauchen Unterstützung. Wir stehen jetzt seit 120 Tagen im Kampf, dem längsten, größeren Stahlarbeiterstreik in der Geschichte der USA. Unser Feind ist derselbe wie der der Stahlarbeiter in Westeuropa: die Stahlmonopole. Wir rufen unsere Brüder und Schwestern in der westdeutschen Metallarbeitergewerkschaft auf, uns zu unterstützen. Die Stahlmonopole kennen keine Grenzen bei der Ausbeutung – die Solidarität der Stahlarbeiter sollte ebenso keine nationalen Grenzen kennen.
(Die Vorsitzenden der streikenden Gewerkschaftsbezirke der Eisenerzgruben)

Solidaritätsadressen
und materielle Unterstützung an:
Minnesota AFL/CIO, 175 Aurora Avenue
St. Paul, Minnesota 55103

Am 16. Dezember wird eine Solidaritätsdemonstration in Hibbing Minnesota, einem der Streikbezirke, durchgeführt werden. Der *Aufruf zur Solidarität*, den die Vorsitzenden der 11 weiterhin im Streik stehenden Bezirke der US-Stahlarbeitergewerkschaft USWA an die Metallarbeiter in Westdeutschland richten, hat uns durch Vermittlung der Zeitschrift „Guardian" aus den USA erreicht. Die Arbeiter halten an ihren Forderungen nach Anhebung ihrer Löhne an die der ganzen Branche, d.h. um 2 bis 4 Dollar, entschlossen fest. Lediglich vier kleinere Bezirke konnten dazu gepreßt werden, den Streik aufzugeben. Die Gesellschaften haben erklärt, gegenwärtig kein neues Angebot zu machen. Sie wollen dadurch auch vermeiden, daß sie das jährliche, vor Weihnachten fällige Urlaubsgeld zahlen müssen. Ihre Strategie ist, die Arbeiter auszuhungern, die von 70 DM Streikgeld pro Woche und etwas Sozialhilfe für die Familien mit Kindern unmöglich leben können. Der Streik der Arbeiter ist ein Schlag gegen den Konkurrenzkrieg der Stahlmonopole, der auf den Knochen der Arbeiter geführt wird. (Vgl. unseren Bericht in KVZ Nr. 47/77)

Das *Bild* zeigt streikende Arbeiter aus den Kohlegruben der USA, die ebenfalls seit Monaten im Streik stehen gegen die verbrecherischen Versuche der Grubenherren, die Zahlungen an die Krankenkasse und den Rentenfonds der Arbeiter zu reduzieren, so daß Krankengeld und Renten gekürzt werden. Diese Streiks gehen jetzt über in den Tarifkampf der gesamten Kohlearbeitergewerkschaft UMW, der für den Lohnkampf der Arbeiterklasse der USA entscheidende Bedeutung hat. Die Kohlekapitalisten wollen über die Löhne nur verhandeln, wenn die Arbeiter weitgehend auf ihr Streikrecht verzichten und sich mit der Auszehrung ihrer Versicherungskassen einverstanden erklären. Das ist für die Arbeiter völlig unannehmbar.

Das *Bild* zeigt streikende Arbeiter aus den Kohlegruben der USA, die ebenfalls seit Monaten im Streik stehen gegen die verbrecherischen Versuche der Grubenherren, die Zahlungen an die Krankenkasse und den Rentenfonds der Arbeiter zu reduzieren, so daß Krankengeld und Renten gekürzt werden. Diese Streiks gehen jetzt über in den Tarifkampf der gesamten Kohlearbeitergewerkschaft UMW, der für den Lohnkampf der Arbeiterklasse der USA entscheidende Bedeutung hat. Die Kohlekapitalisten wollen über die Löhne nur verhandeln, wenn die Arbeiter weitgehend auf ihr Streikrecht verzichten und sich mit der Auszehrung ihrer Versicherungskassen einverstanden erklären. Das ist für die Arbeiter völlig unannehmbar.

Einheitliches Polizeirecht

Erneuter Versuch, Geheimdienst und öffentlichen Dienst, Polizei und Militär zum einheitlichen Unterdrükkungsapparat zu verschmelzen

„Im Chaos des Jahres 1945 endete auch die bis dahin *reichseinheitliche* Polizeiorganisation." (Festschrift zur Verfassung von der Landesregierung Niedersachsen „Bilanz nach 20 Jahren", 1971). Die westdeutsche Bourgeoisie sah sich nach Kriegsende gezwunge, in Zusammenarbeit mit ihren Besatzungsmächten die „alleinige Zuständigkeit der Polizei im Bereich der Gefahrenabwehr zu beseitigen und zum anderen die Polizei weitgehend zu dezentralisieren und zu kommunalisieren."

Unter dem Druck der Massen wurden z.B. in Niedersachsen von den britischen Behörden in den Bezirken und Städten Polizeiausschüsse gebildet, die mit Mitgliedern des Stadtrats besetzt waren und die Polizeikontrolle ausübten. Das betraf sowohl den Haushalt der Polizei, also die Genehmigung der Geldmittel, wie die Ernennung und Absetzung vor allem auch der „Polizeichefs". Die Gemeinden bildeten damit selbständige Polizeigebiete, in die eigentlich keiner, vor allem die Landesregierung nicht, dreinreden konnte.

„Nach der Revision des Besatzungsstatus wurde im Jahre 1951 der Weg frei, die Polizeiorganisation unabhängig von den Vorstellungen der Besatzungsmacht zu regeln (...). Während das im Jahre 1951 geschaffene und heute noch geltende niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung – SOG – die Teilung zwischen Verwaltungsbehörden und Polizei übernahm, beseitigte es die Selbständigkeit der Polizei auf der Bezirksebene, indem es die Polizeiausschüsse auflöste und die Polizei *unter Eingliederung in die allgemeine innere Verwaltung zu einer staatlichen Institution mit straffem Befehlszug vom Innenminister bis hinunter zum einzelnen Polizeibeamten machte.* Bei dieser Organisation ist es bis heute geblieben." (aus der Festschrift von 1971)

Im November 1977 hat auf Vorschlag der Albrechtregierung der Landtag die im SOG eingeräumte Möglichkeit zur Bildung einer kommunalen Polizei (von der kein „Gebrauch" gemacht wurde) einstimmig beschlossen gänzlich zu streichen; sozusagen im Vorgriff auf das geplante einheitliche Polizeirecht.

Im Erscheinungsjahr der zitierten Festschrift schreibt der damalige Minister des Innern von Niedersachsen in einer Glanzschrift „Politik in Niedersachsen": „Zu den aktuellen Problemen der Polizei gehört auch der gelegentlich erhobene Vorwurf, sie sei *immer noch nicht völlig frei von militärischen Zügen*. Diese Vorwürfe sind unbegründet. Sowohl der Struktur als auch ihrem Dienstbetrieb nach ist sowohl die Kriminal- als auch die Schutzpolizei in der Bundesrepublik eine rein zivile Organisation, d.h. eine – wenn auch besondere – Sparte der allgemeinen inneren Verwaltung."

Schon gleich 1949 äußerte sich der Direktor der Verwaltungsgerichte in Baden-Baden und Freiburg W. Bargatzky in einer Schrift „Das neue Polizeirecht in den Westzonen", was es mit dieser Art Propaganda auf sich hat – über die Entmilitarisierung: „Bei aller Notwendigkeit straffer Disziplin, wie sie der polizeiliche Dienst bedingt, muß der Eindruck einer militärischen Truppe vermieden werden. (...) Rein äußerlich kommt dies in den neuen Amtsbezeichnungen zum Ausdruck, welche die früheren militärähnlichen ersetzt haben."

Und daß es sich mit der „Eingliederung der Polizei in die allgemeine Verwaltung" um eine „Zivilisierung" der Polizei handeln könnte, widerlegt der Verwaltungsrechtler ziemlich schlagend mit dem geraden Gegenteil unter dem Punkt „Fortfall der Verwaltungspolizei in einigen Ländern". Die deutsche Polizei dürfe nie wieder zu einem umfassenden Unterdrückungsinstrument ausgebildet werden, das sei das Ziel des britischen Besatzers beim Neuaufbau der deutschen Polizei. „Haben sich aber dadurch", so fragt Bargatzky seine Leser, „die ehemals verwaltungspolizeilichen Aufgaben geändert oder" – so fragt er weiter, denn er kennt ja die britischen Imperialisten –, „oder war gar keine solche Änderung bezweckt?" Er folgert: „Eine Änderung also ist nur hinsichtlich der Bezeichnungen eingetreten; anstelle der Baupolizei tritt Bau*aufsicht*; Feuerpolizei wird Feuer*sicherheit*." Im französisch besetzten Württemberg/Hohenzollern seien gleich 30 neue Teilgebiete aufgezählt z.B. Gewerbe*wesen*, Paß*wesen*, Auswanderungs*wesen*, Verkehrs*wesen*. Es wird auch behauptet, es gäbe ein Gesundheits*wesen* und einen Jugend*schutz*.

Der niedersächsische Regierung läßt anläßlich ihrer 20 Jahre Verfassungsbilanz verbreiten: „Nach 25jähriger Aufbauarbeit hat unsere Polizei zu der demokratischen freiheitlichen und rechtsstaatlichen Form zurückgefunden, deren Grundstein bereits in den Jahren der Aufklärung und in besonderem Maße in der Epoche der Weimarer Republik gelegt worden war. Die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die wie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ihre Spuren auch in der Polizei hinterlassen hatte, sind überwunden." Und: „Neben personeller Verstärkung und Modernisierung der Ausrüstung war vor allem in den letzten Jahren eine Anpassung der Organisation an die schnell wechselnden Verhältnisse unserer modernen Gesellschaft geboten."

1951 mit dem Bundesgrenzschutz hat die Bundesregierung schon vorgesehen, ihre Überfälle und Gewaltaktionen, mit denen sie die Plünderung und Unterdrückung für das Finanzkapital betreibt, über die Ländergrenzen hinweg durchzusetzen.

Und sollte bei der Entwicklung des Klassenkampfes, trotz ständiger Personalaufstockung des staatlichen Ge-

(Fortsetzung Seite 2)

Ehrenbergs neueste Kostendämpfung

„Transfer“ der Kosten der Unfallversicherung von den Kapitalisten auf die Arbeiter

„Arbeitsschutz hat bei uns vor rund 140 Jahren sehr eng angefangen. Mit der Einschränkung der Kinderarbeit wurde im vorigen Jahrhundert der erste Versuch unternommen, den Menschen vor Verschleiß und Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu bewahren … dem Bericht des Generalleutnants von Horn über den schlechten Tauglichkeitsgrad durch Kinderarbeit erschöpfter Rekruten wird man seinen Einfluß auf die preußische Gesetzgebung nicht absprechen …“, so ist Ehrenberg auf der Arbeitsschutzkonferenz in Düsseldorf eingestiegen. Es gehört schon einiges dazu, den Kampf der Arbeiterklasse, aus dem die Unfallversicherung entstanden ist, mit der schlechten Tauglichkeit von Rekruten aufgrund von Kinderarbeit zu verhandeln. Es enthüllt die Absicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales: die Kinderarbeit sticht die Bourgeoisie und kriegstüchtige Rekruten wollen sie auch.

Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt Unfälle, Berufskrankheiten und Frühinvalidität. 1884 haben sich die Arbeiter die Unfallversicherung erkämpft. Es ist dies die einzige Versicherung, die die Kapitalisten zahlen müssen. Die Kosten werden in der Form der Umlage von den Kapitalisten erhoben. Bis auf die faschistische Bourgeoisie, der es von 1942 bis 1945 gelungen ist, die Unfallversicherung zeitweise wieder als Personenversicherung zu führen – d.h. die generelle Haftung aller Kapitalisten wurde beseitigt – hat die Bourgeoisie die Rechte aus der Unfallversicherung nicht streichen können. Seit 1971 ist die Unfallversicherung auf die Studenten, Schüler und Kinder erweitert worden. Es ist so anerkannt, daß es Verausgabung von Arbeitskraft ist, sich in diesen Anstalten der herrschenden Klasse wie Universität, Schule und Kindergarten vernutzen zu lassen. Für die Kapitalistenklasse ist die Unfallversicherung schlimm. Als Verursacher von Unfällen müssen ausschließlich sie zahlen. Die Einheit der Arbeiterklasse in diesem Punkt ist groß, weshalb Ehrenberg sich schon was besonderes einfallen lassen muß, um die Kapitalisten von diesen Kosten zu entlasten und sie den Arbeitern aufzubürden.

„In Gesprächen mit Betriebsräten und auf Betriebsversammlungen hört man zur Zeit viel über erhöhtes Arbeitstempo, über verkürzte Arbeitsnormen, über psychologische Belastung nach und während der Rationalisierungsumstellungen … So unverzichtbar ein kräftiges Wachstum für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung – unser politisches Ziel Nr. 1 – ist, dieses Ziel darf nicht erkauft werden mit erhöhter Unfallgefahr und verminderten Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz … Die Aufgabe ist doppelter Natur: Sie zielt auf die Vermenschlichung der Humanisierung der Arbeits- und Produktionsbedingungen, und sie ist zugleich von beträchtlicher ökonomischer Tragweite … 8,9 Milliarden Mark hatte die gesetzliche Unfallversicherung im Jahre 1976 aufzuwenden.“

2056960 Unfälle und Fälle von Berufskrankheiten im Jahr 1976, 4,4% oder 86400 mehr Unfälle als im Jahr zuvor. Die Zahl der Arbeitsunfälle am Arbeitsplatz ist auf 1828743 gestiegen. 3154 Arbeiter hat die Profitproduktion im letzten Jahr das Leben gekostet. (Sozialpolitische Umschau, 182/77) Nicht das ist die Ursache der Unruhe der Kapitalisten, der Gedanke an die 8,9 Mrd. Mark setzt sie in Bewegung.

„Was ist los mit den Bundesdeutschen, ist ihr Sicherheitsbewußtsein schwächer entwickelt“,

fragt Ehrenberg scheinheilig, um die Arbeiterklasse für „Sicherheit und Humanisierung“ zur Kasse zu fordern. Und weil die Arbeiter an den Unfällen schuld sind, hängt,

„was möglich ist, ab von der Effektivität, mit der … Sicherheitsingenieure und Betriebsärzte die von ihnen gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen und anwenden.“

In der Tat, mit Arbeitssicherheitsgesetz, Arbeitsstättenverordnung, Arbeitsstoffverordnung, der Einführung der Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben, haben die Kapitalisten ein ganzes Netz der Unterdrückung und Vorschalthebel zur Nichtanerkennung von Arbeitsunfällen geschaffen. „Mir scheint beachtlich, … daß 40000 Sicherheitsfachkräfte und 6000 Betriebsärzte für diese neuen Aufgaben zur Verfügung stehen“, der Gedanke belebt Ehrenberg.

Wollen die Kapitalisten einen Schritt vorankommen, müssen sie die Unfallversicherung selbst angreifen. Direkt geht das nicht. Transferzahlung, lautet Ehrenbergs Angriff:

„Ich füge hinzu, daß die Bundesregierung mit rund 100 Millionen DM in erheblichem Umfang Forschungsmittel einsetzt, um in wissenschaftlich fundierter Weise die Bemühungen der Praxis zu unterstützen.“

100 Millionen DM Zuschüsse durch den Staat sind Gelder, die die herrschende Klasse über Steuern bei den besitzlosen Klassen einzieht. Über Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung findet ein weiterer Teil der Transferzahlungen statt. Der andere Weg läuft über die von den Ländern und Gemeinden gegründeten Länder- und Gemeindeunfallverbände, die selbst Träger der Unfallversicherung sind. Finanziert werden sie aus den Steuergeldern der Massen. Sie bezuschussen die anderen gewerblichen Unfallversicherungen, in die die Kapitalisten einzahlen, denn § 738 RVO bestimmt: „Erscheint es zur Abwendung der Gefährdung der Leistungsfähigkeit einer Berufsgenossenschaft erforderlich, so kann der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung … bestimmen, daß die Berufsgenossenschaften ihre Entschädigungslast ganz oder teilweise gemeinsam tragen.“ Schließlich bildet die Bundesanstalt für Arbeit eine eigene Unfallversicherung, so daß die Arbeiterklasse die Unfälle während der Dauer der Arbeitslosigkeit selbst tragen muß, weil sie die Bundesanstalt unterhalten. Die Krankenversicherungen leisten vor für Fälle von Unfallrente.

Es sind dies die Versuche der Bourgeoisie, die Unfallversicherung zu durchlöchern. Die Arbeiterklasse soll selbst für den Verlust von Gesundheit und Leben zahlen, die die kapitalistischen Profitschlachten verursachen. Daran hat sie kein Interesse. Stattdessen ist die logische Konsequenz die vollständige Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten und Bezahlung aller Versicherungen durch die Kapitalisten. – (ZRed.)

Triumph der ZDF-Nachrichten: Die Mobilität der Arbeitslosen wird gesteigert

Grund des Jubels: der Bundesrat hat im November das 4. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes beschlossen. Ab 1.1.78 soll es gelten.

Bisher hatte ein Arbeitsloser auf ein Jahr Arbeitslosengeld Anspruch. Es wurde um 6 Wochen gekürzt, wenn er sich auf eine Vorladung beim Arbeitsamt nicht meldete. Hatte er eine Sperrzeit, weil er die Arbeitslosigkeit „selbst verschuldet“ hatte, „ruhte die Auszahlung für 4 oder 6 Wochen“ (§119). Insgesamt wurde ein Jahr lang gezahlt. Jetzt sollen die Tage der Sperrzeit nach §119 von der „Dauer des Anspruchs“ abgezogen werden. Auch wenn das Arbeitslosengeld gesperrt wurde, weil der Arbeiter eine angebotene Arbeit nicht angenommen hat, sich weigert, an einer „Maßnahme zur beruflichen Ausbildung, ‚Umschulung oder Rehabilitation‘“ teilzunehmen, soll in Zukunft die Auszahlungsdauer um die gesperrten Tage verkürzt werden.

Bisher wurde für die Berechnung des Arbeitslosengeldes bei einem Jugendlichen, der nach der Lehre nicht eingestellt wurde, der Tariflohn für die seiner Ausbildung entsprechenden Beschäftigung zugrundegelegt. Jetzt soll sein Arbeitslosengeld auf 75% dieses Tariflohns berechnet werden. Bei Arbeitslosenhilfe soll er 58% von diesem verkürzten Lohn erhalten. In der Begründung der Bundesregierung heißt es dazu: „Die Leistung liegt … (nach der alten Berechnung, Red.) meist erheblich über der zuletzt bezogenen Ausbildungsvergütung. Sie kann sich daher als Hemmnis für eine alsbaldige Vermittlung in eine Arbeitsstelle auswirken, insbesondere dann, wenn der Arbeitslose nicht in den von ihm angestrebten Beruf vermittelt werden kann. Hinzu kommt, daß der Lebensstandard bislang maßgeblich durch die Ausbildungsvergütung bestimmt war und die Leistungen bei Arbeitslosigkeit es dem Arbeitslosen lediglich ermöglichen soll, diesen Lebensstandard annähernd beizubehalten. Es scheint deshalb geboten, das Arbeitslosengeld der zuvor bezogenen Nettoausbildungsvergütung anzunähern.“ (Begründung des Entwurfs, 22.6.77)

Alle Gesetzesvorschriften über die „Zumutbarkeit einer Arbeit“ und alle Androhungen von Konsequenzen brachten bisher nicht den gewünschten Erfolg. Ein niedrigerer Lohn kam bisher in der Regel nicht in Frage, klagt die Süddeutsche Zeitung (26./27.11.). Das soll sich mit dem neuen Gesetz ändern. Bisher wurde das Arbeitslosengeld vom letzten Lohn berechnet. Bei niedrigerem Lohn verringerte sich das Arbeitslosengeld – Grund, warum so viele „zumutbare Arbeit“ ablehnten, so die Süddeutsche Zeitung. Jetzt soll ein Arbeitsloser, wenn er im „Rahmen einer Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung“ oder zu niedrigerem Lohn ein Jahr lang gearbeitet hat, hinterher Anspruch auf sein altes Arbeitslosengeld haben. Liegt der letzte Tag des bisherigen Anspruchs aber länger als 3 Jahre zurück, soll dies nicht gelten. Mit diesem Köder versucht die westdeutsche Bourgeoisie, die Arbeiterklasse in ihren Arbeitsdienst zu locken. Wer dies nicht ‚freiwillig‘ annimmt, kriegt sein Arbeitslosengeld von einem Jahr auf 9, 8 oder 7 Monate gekürzt. In längstens drei Jahren wollen sie den Lohn der ganzen Arbeiterklasse soweit gesenkt haben.

Bisher wurde die Arbeitslosenhilfe (58% des Lohns) dann „neu festgelegt“, wenn der Arbeitslose „aufgrund persönlicher Verhältnisse“ nicht mehr in der Lage war, eine 8-Stunden-Arbeit anzunehmen, und die Unterstützung gekürzt. Jetzt: „Die Arbeitslosenhilfe wird neu festgelegt, wenn der Arbeitslose das für die Berechnung maßgebliche Arbeitsentgelt nicht mehr erreichen kann.“ Bisher gab es für die Arbeitslosenhilfe keine gesetzlich festgelegte Zeitgrenze. Nur noch für längstens ein Jahr soll in Zukunft Arbeitslosenhilfe bewilligt werden. Danach sollen die Voraussetzungen neu geprüft werden.

Mit diesen Änderungen hat sich die Bourgeoisie die notwendige Ergänzung zu ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm geschaffen, um die Arbeiter und Arbeiterjugendlichen in den Arbeitsdienst zu pressen und den Lohn der ganzen Arbeiterklasse auf ein Minimum zu senken. – (Z-Red.)

„Ich bin doch kein Denunziant“

Die Studenten stehen in der ersten Woche im Streik. Vorläufig hat der Präsident der Technischen Universität Westberlin zusammen mit dem Präsidenten der FU Lämmert versucht, den Streik von innen her zu zersetzen. „Zurück zur politischen Diskussion“, mit Veranstaltungen unter solchen Titeln versuchen sie, den Haß der Studenten aufzufangen. „Denn Druck allein schafft nichts als Risse – quer durch die Universität und zwischen Universität und Gesellschaft.“ So Eberhard Lämmert.

Die Risse zwischen den Bediensteten und dem Dienstaufsichtspack, die Risse zwischen der Mehrheit der Studenten und den Professoren sind tief. Das haben Lämmert und Berger in dieser Woche erfahren müssen. Nie haben Wissenschaftssenator Glotz, Präsidenten und professorale Beamte damit gerechnet, den Streik der Studenten allein durch „politische Diskussion“ brechen zu können. Schon vor einem halben Jahr wurden durch die Professoren aus der TU öffentliche Beratungen durchgeführt, ob man nicht vielleicht eine aus „Freiwilligen“ unter den Bediensteten bestehende Ordnertruppe aufbauen sollte. Da sollten dann die Untergebenen „freiwillig“ hineingepreßt werden. Das hat bis heute nicht geklappt.

Vor einem Monat wurde den Hausmeistern und Pförtnern eine Dienstanweisung zugestellt, in der an ihre Pflicht erinnert wurde, bei Gefahr für das ehrenwerte Leben eines Professors die Polizei rufen zu müssen. Als die Dienstanweisung herauskam, standen die Hausmeister und Pförtner im Kampf gegen längere Arbeitszeit, die ihnen verordnet werden sollte. „Eine Anweisung, Streikposten namentlich festzustellen, werde ich nicht befolgen, ich bin doch kein Denunziant.“ „Wenn die das durchzusetzen versuchen, dann schmeiße ich mein SPD-Mitgliedsbuch hin“, war die Antwort. An Tutoren und Assistenten wurden verschiedentlich Aufforderungen gerichtet, Lehrveranstaltungen auf jeden Fall anzubieten. Als Antwort darauf hatten die Assistenten beschlossen, den Streik der Studenten zu unterstützen. 1000 Assistenten gibt es an der TU. In der Mehrheit hat die Bourgeoisie unter ihnen die nötigen Truppen gegen die Kämpfe der Studenten nicht rekrutieren können.

Im Gegenteil: Z.B. haben wissenschaftliche Assistenten, Angestellte und Diplomanden darauf verzichtet, im Streik das Seminar des Professor Wever zu besuchen, zu dem sie aufgefordert wurden, „freiwillig“ hinzugehen.

TU-Präsident Berger hat jetzt versucht, am Personalrat der TU vorbei bestimmten Dienststellen in der Verwaltung Ordnungsaufgaben zu übertragen. Dagegen sind die kleinen und mittleren Angestellten Sturm gelaufen. Der Personalrat ist eingeschritten und hat mitgeteilt, daß er diese Dienstanweisungen für nicht zulässig hält. Berger bleibt nur noch, auf seinen Paragraphen herumzureiten: Alle Bediensteten hätten die Aufgabe, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen“. Deswegen könnte er sie zu solchen Ordnerdiensten heranziehen. Soweit wir das wissen, hat sich der Personalrat bisher dem Erpressungsversuch des sozialdemokratischen TU-Präsidenten Berger nicht gebeugt. Er hält sich damit an die Aufforderung der ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung Westberlin:

„Wir wenden uns mit dieser vorläufigen Stellungnahme an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und anderen Dienstkräfte und fordern sie auf, sich bei eventuellen Zuspitzungen der Auseinandersetzungen während der von den Studenten eingeleiteten Streikmaßnahmen nicht dazu mißbrauchen zu lassen, gegen diesen Vorlesungsboykott vorzugehen …“

Bisher gibt es unter den Bediensteten nur offene Unterstützung der kämpfenden Studenten. Wenn der Dienstherr damit gerechnet hat, daß einer der Angestellten um Arbeit nachgesucht hätte, so hat er sich geschnitten. Alle sind entweder nach Hause oder auf die Versammlungen der Studenten gegangen.

Das rhodesische Kolonialregime windet sich

(Fortsetzung von Seite 1)

sischen Siedlerregimes Truppen der Befreiungskämpfer innerhalb von 48 Stunden Kommandoaktionen an mehreren Orten durchführten und 80 Kilometer von Salisbury entfernt Wehrdörfer des Smith-Regimes angriffen (Neue Zürcher Zeitung, 19.11.). Während der Wahlen Vorsters in Azania wurden dort Sprengstoffanschläge durchgeführt und ein Abgeordneter der Kolonialisten getötet.

Die Rohstoffe des südlichen Afrika und die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter und Bauern sind für die Imperialisten von strategischem Interesse in ihrer Konkurrenz untereinander und für die Rivalität der beiden Supermächte in der Vorbereitung des Krieges um Europa.

Bezüglich Azanias haben sich alle imperialistischen Regierungen darauf festgelegt, die Apartheidspolitik, ein System der Zwangsarbeit, als „etwas rassistisch“ zu kritisieren und gleichzeitig die Ausplünderung Azanias und die Ausbeutung der azanischen Arbeiter zu forcieren. In Simonstown haben die US-Imperialisten den größten Marinestützpunkt in Afrika zur Kontrolle des südlichen Afrika und der Kap-Route. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen ihre Position auszubauen und Fuß zu fassen in den unabhängigen Staaten des südlichen Afrika und durch Spaltung der Befreiungsbewegungen und Aufbau „autorisierter“ Befreiungsbewegungen wie in Azania.

In Zimbabwe sind die Monopole mit dem Aufbau einer zweiten Verteidigungslinie durch Spaltung des Befreiungskampfes zu diesem Zweck einigermaßen in Schwierigkeiten. Und es nützt auch nichts, daß Rowland, Vertreter der „Lonroh“, des größten Investitionskonzerns im südlichen Afrika, bei allen Verhandlungen direkt die Finger im Spiel hat. Es gibt Schwierigkeiten, weil die Patriotische Front die Gaunereien Smiths bekämpft. „Ein möglicher Weg … wäre die Abspaltung des Nkomo-Flügels von dem von Mugabe geführten, und dann zu erreichen, daß Nkomo nach Rhodesien zurückkehrt, um sich an den Wahlen zu beteiligen“, sinniert die „Times“.

Doch es sind schwache Hoffnungen, die sich die Imperialisten hier machen, auf Spaltung des Befreiungskampfes und des Volkes von Zimabwe die Aufrechterhaltung ihrer Kolonialregimes in Zimbabwe und Azania zu gründen. Deshalb gehört zum Aufbau der Auffangstellung gleich die Vorbereitung der militärischen Intervention. Aber wie begründen, wenn der nationale Befreiungskampf unterstützt von den Völkern der Welt voranschreitet? Keinesfalls genügt dazu die Begründung, diesen oder jenen Kapitalbesitz dieser oder jener nationalen Bourgeoisie zu schützen. Auch wenn Strauß, den die westdeutsche Bourgeoisie noch stets zur Erkundung des ideologischen und politischen Terrains der Expansion vorgeschickt hat, im Bundestag eine Anfrage stellt, ob die Bundesregierung bereit sei, im südlichen Afrika, wenn notwendig, gemeinsam mit Frankreich ein Ding zu drehen, das etwas gegen die Weltmeinung ist. „Mut zum Gegen-den-Strom-Schwimmen“ sei schon nötig. Besser ist da schon der Schrei nach der „Freiheit des Handels“, den die Allgemeinheit nun mal bräuchte zur Versorgung der europäischen und sonstigen Menschheit mit dem Lebensnotwendigen – also Öl, Rohstoffen und überhaupt, Profit.

Gerade recht zu den jetzt angekündigten Verhandlungen des Smith-Regimes über die innere Lösung haben daher vor kurzem Vertreter des Finanzkapitals, ein „Klub der Zehn“, in London sich zu Wort gemeldet. Sie haben dazu eine Riesenanzeige in der „Times“ aufgegeben. Nachdem diese Herren die Bedeutung der Kap-Route für die Versorgung der freien Welt mit dem Öl aus dem Mittleren Orient ausgemalt haben, darstellen, wie die Sozialimperialisten das Kap unter ihre Kontrolle bringen wollen, dehnen sie den Sicherheitsbereich des Kaps bis weit ins Landesinnere aus, über Zimbabwe und weiter. Sie erklären, daß jeder Aufstand direkt gegen die Versorgung des freien Westens, seines Handels und seiner Lebensgrundlage gerichtet sei. Weiter heißt es bedeutungsvoll: „Es ist nicht eindeutig eine Situation, die eine Intervention rechtfertigt, wie sie Präsident Carter am 2. Mai in seiner Fernsehansprache angekündigt hat, wenn ‚die Sicherheit unserer Nation gefährdet ist …, aber wenn die USA und der Westen nicht bald handeln … Fordern wir Aktionen jetzt … 1985 ist es zu spät.‘“

Kompromisse zur Spaltung, Fortsetzung der Unterdrückung, Versuch der Zerschlagung des Befreiungskampfes, Vorbereitung der militärischen Intervention, das ist die Linie der imperialistischen Monopole, ihrer Regierungen und ihrer kolonialen Statthalter – nur die Organisierung und Fortführung des bewaffneten Befreiungskampfes und die Einheit der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern mit dem Kampf der unterdrückten Völker ist der Weg, um diese Pläne zu durchkreuzen.

Einheitliches Polizeirecht

(Fortsetzung von Seite 1)

waltapparates, der Bedarf an Polizeivollzugsbeamten im BGS „nicht mit geeigneten Bewerbern gedeckt werden (können), so können zum Ausgleich des Fehlbestandes Dienstpflichtige herangezogen werden (§ 48 des BGS-Gesetzes).

Im Vorgriff auf das einheitliche Polizeirecht hat der niedersächsische Landtag sein Landespolizeirecht ebenfalls aufgestockt: Jede Polizeibehörde kann sich Hilfspolizeibeamte bestellen (KVZ, Nr. 48).

Unter dem Stichwort „Polizeirecht von jeher Länderrecht“ soll noch einmal der Verwaltungsrechtler Bargatzky zitiert werden: „Gleichwohl hat auch die NS-Gesetzgebung abgesehen von einer Reihe Reichspolizeiverordnungen und sonstigen Reichsgesetzen polizeilichen Einschlags, kein eigentliches Reichspolizeigesetz geschaffen“ – man spürt direkt das Bedauern heraus.

Mit dem einheitlichen Polizeirechtsmusterentwurf, auf das sich jetzt die Innenminister der Länder schon geeinigt haben, setzt die westdeutsche Monopolkapitalistenklasse zu einem erneuten Versuch an, Geheimdienst, öffentlichen Dienst, Polizei und Militär zu einem einheitlich operierenden Unterdrückungsapparat zu verschmelzen.

„Ein gezielter Rettungsschuß“? Wir sind dafür und arbeiten organisiert daran, daß dieser Schuß diesmal endgültig nach hinten losgeht. Die Front für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes für Demokratie und Sozialismus wird aufgebaut.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611 / 730231 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 49/77: 32000

Ägypten: Imperialistische Versuche, eine Kolonie zu schaffen – Kampf um den Aufbau einer selbständigen Nationalwirtschaft, Kampf um politische Unabhängigkeit

Über 100jähriger Kampf des ägyptischen Volkes gegen die kolonialistische und imperialistische Politik Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der sozialimperialistischen Sowjetunion

Die Imperialisten verwenden wirklich viel Papier, um von Ägypten das Bild einer armen, vor allem ihrer Hilfe bedürftigen Fellachenwirtschaft zu verbreiten. Die Zerstörung der hochstehenden Kulturen am Nil, der mit reichen Erträgen entwickelten Landwirtschaft, der Leistungen der Ägypter in der Astronomie in Verbindung mit der Erforschung der Wasserführung des Nils durch die Kolonialpolitik der Imperialisten leugnen sie frech. Soweit die Zeugnisse dieser hochstehenden Kulturen jedoch unabweisbar sind, werden sie großartig als „Entdeckungen von Europäern" gefeiert.

Das ägyptische Volk kennt die „Hilfe" und *kämpft* seit über 100 Jahren gegen das unablässige Interesse, mit dem zunächst die englischen und französischen Imperialisten, dann vor allem die USA und die Sowjetunion versuchen, Besitz zu ergreifen von den Reichtümer und Arbeitskräften dieses bevölkerungsreichsten arabischen Staates und seinen wichtigsten Verbindungswegen zwischen Afrika und Asien, Europa und Ostindien/Südostasien.

***

1882 *Urabi-Aufstand.* Der Bau des Suez-Kanals durch britische und französische Gesellschaften trieb die zu diesem Zeitpunkt noch unter der Hoheit des türkischen Sultans stehende Provinz in gewaltige Staatsverschuldung zu Wucherkrediten. Auf die Erklärung des Staatsbankrotts setzten die englischen und französischen Kolonialisten je einen Beauftragten im Ministerrange ein als Schuldeneintreiber.

Bis dahin nicht erreichte Schinderei der Bauern, Raub ihrer Ernte noch auf dem Felde, Einbehaltung des Soldes der ägyptischen Soldaten und Offiziere sind die nächsten Taten dieser kolonialen Eintreiber.

1879 kommt es zu Demonstrationen in Kairo, in deren Verlauf der Premier- und sein Finanzminister festgesetzt werden. Die Nationalpartei wird gegründet. Unter der Losung „Ägypten den Ägyptern" wird das ägyptische Parlament mit uneingeschränkten Haushaltsrechten gefordert.

Der türkische Sultan tritt für die Interessen der europäischen Kolonialisten auf: Einsetzung einer reaktionären Regierung, Verbote, Verhaftungen. Es kommt zum Aufstand: die in Kairo stationierten Regimenter erheben sich; aufständische Truppen befreien Urabi, den Repräsentanten des Befreiungskampfes; eine neu einberufene Abgeordnetenkammer erarbeitet ein die Budgetkontrolle durch das Parlament sicherndes Gesetz. Das Ultimatum der Engländer und Franzosen auf Anerkennung ihrer Kolonialrechte 1882 wird zurückgewiesen.

Darauf nehmen die Engländer im Juli die Beschießung der Hafenbefestigung von Alexandria durch Marine-Artillerie auf und landen. Mit Hilfe der türkisch-tscherkassischen Reaktion gelingt es den englischen Kolonialisten, die ägyptische Armee zu schlagen.

Die direkte Besetzung Ägyptens durch die englischen Kolonialisten hat begonnen.

***

1919 *Revolutionäre Erhebung gegen Kolonialismus und Feudalherrschaft.* Das Land geht unter türkischer Hoheit und faktisch britischer Verwaltung in eine Periode schärfster wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung. Die Kräfte der nationalen Befreiung und des Kampfes gegen den Grundbesitz, die Bauern, die ägyptische Bourgeoisie, die Offiziere, Wissenschaftler und Studenten aus den Reihen der Kleinbourgeoisie gegen den englischen Kolonialismus, die türkische Fremdherrschaft und den zum Teil in Händen der türkisch-tscherkassischen Reaktion sich befindenden Großgrundbesitz werden gestärkt durch das Eingreifen der jungen Arbeiterbewegung in den Klassenkampf.

Nach einer Serie von Streiks gründen 1899 die Arbeiter der Zigarettenindustrie die erste Gewerkschaft. 1908 beweisen sie durch eine vollständige Arbeitsniederlegung ihre gewonnene Schlagkraft. Die Organisierung der Gewerkschaftsbewegung macht rasche Fortschritte.

Gegen die offizielle Erklärung zu englischem Protektorat 1914, die Auspowerung des Landes für die englische Kriegswirtschaft und Zwangsrekrutierung kommt es 1919 zu einer neuen Erhebung im Kampf um die nationale Befreiung.

Als politische Organisation für die Unabhängigkeit tritt die Wafd-Partei auf.

Der Versuch des britischen Hohen Kommissars, die Führer des Befreiungskampfes nach Malta zu deportieren, wird durch Demonstrationen der Schüler und Studenten beantwortet; Arbeiter treten in den Streik, der Verkehr wird lahmgelegt. Die Erhebung greift von Kairo auf die anderen Orte über: Die Fellachen beginnen mit der Vertreibung der kolonialen Beamten, greifen Polizeistationen und Gefängnisse an und errichten in einzelnen Bezirken und Kreisen selbständige Verwaltungen. In den Dörfern werden Partisanenabteilungen gebildet, die Besetzung des Landes der mit den Kolonialisten zusammenarbeitenden Großgrundbesitzer beginnt.

Das Fehlen einer revolutionären Führung und ausreichender Bewaffnung sowie das Schwanken der Bourgeoisie, die die Wafd-Partei führt, ermöglichen es den Engländern erneut, diesen Aufstand niederzuschlagen.

***

1922 *„Unabhängigkeits-Vertrag."* Mit diesem Vertrag sichern sich die englischen Kolonialisten folgende Rechte: 1. Aufrechterhaltung von Truppenstationierungen, 2. „Sicherungs"-Befugnisse über die Suez-Kanalzone, 3. „Schutz der Rechte der Ausländer", 4. Fortbestand der mit der Kolonialherrschaft in Ägypten verbundenen Beherrschung des Sudan.

Die kommunistische Bewegung entwickelt sich, und ein Teil der Kräfte der Revolution beginnt mit dem Aufbau der Kommunistischen Partei.



Nach erfolgreichem Gegenangriff über den Suez-Kanal hissen ägyptische Soldaten auf einer eroberten israelischen Stellung die ägyptische Fahne.

1924 *Generalstreik und Verbot der Gewerkschaftsunion.* Die Übernahme der Regierung durch die Wafd-Partei 1924 weckt große Hoffnungen in der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften bilden eine Union und leiten den Generalstreik ein unter den Forderungen: 8-Stunden-Tag, Lohnerhöhung und gesetzliche Anerkennung der Rechte der gewerkschaftlichen Organisation. Fabrikbesetzungen finden statt, die Arbeiter erreichen einen Teilerfolg.

„die Streiks rufen im Kreise der ägyptischen Bourgeoisie eine große Furcht hervor", die Wafd-Partei duldet Maßnahmen gegen die Gewerkschaften. „Die Vereinigung wird verboten, die Vorsitzenden der Streikräte werden festgenommen und die gewerkschaftlichen Beauftragten in den meisten Fabriken entlassen." (F.J. Tomiche, Syndicalisme et certains aspects du travail en République Arabe Unie (Egypte) 1900–1967)

***

1936 *Erneuerung des Vertrags mit Großbritannien.* Gegen den Aufschwung der ägyptischen Befreiungsbewegung und angesichts des Überfalls der italienischen Imperialisten auf Äthiopien 1935 erneuern die Engländer den Vertrag von 1922. Unter anderem ist Ägyptens Völkerbund-Mitgliedschaft vorgesehen, während sich die Engländer die militärische Besetzung der Suez-Kanalzone bestätigen lassen.

***

1939 *Bildung der „revolutionären Gemeinschaft der Offiziere" in Mankabad.* Anfang des Jahres gründen Offiziere unter Führung Gamal Abdel Nassers „eine revolutionäre Gemeinschaft mit dem Ziel, die Befreiung vorzubereiten und eine Aktion zugunsten aller ins Werk zu setzen":

„(Nasser) erklärte uns folgendes, und das war das Wesentliche: ‚Wir sagen dem Imperialismus, der Monarchie und dem Feudalismus den Kampf an, denn wir wehren uns gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Leibeigenschaft. Alle, die das Vaterland wahrhaft lieben, wünschen die Errichtung einer starken und von jeder Vormundschaft freien Demokratie ... Die natürliche Ordnung der Gesellschaft verlangt ein für alle tragbares Gleichgewicht. Dies zeigt uns den Weg, den wir gehen müssen: es ist der Weg der Revolution.'" (Anwar El Sadat, Die ägyptische Revolution)

1942 *Die englischen Imperialisten erzwingen Ägyptens Kriegseintritt.* Die Regierung Maher weigerte sich, der Forderung Englands nach Eintritt in den zweiten imperialistischen Weltkrieg entsprechend den Verpflichtungen des Vertrags von 1936 nachzukommen. Daraufhin umstellen die englischen Imperialisten 1942 den Königspalast, erzwingen die Ersetzung der Regierung und den Kriegseintritt Ägyptens, um es als Kolonialstützpunkt zur Sicherung des Suez-Kanals einzusetzen für die imperialistischen Interessen Großbritanniens.

***

1944 *Gründung der arabischen Liga.* Gegen die Durchsetzung des bereits 1917 von dem englischen Lord Balfour erklärten Plans, in Palästina die Gründung eines zionistischen Staates zu erzwingen, gegen die aggressive Ansiedlung von Juden und gegen deren Terrorakte gegenüber der palästinensischen Bevölkerung schließen sich am 7.10.1944 Irak, Syrien, Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten zur Arabischen Liga zusammen.

***

1948 *Imperialistische Gründung des Staates Israel – Angriff der Arabischen Staaten.* Als die Imperialisten 1948 den Staat Israel ausrufen auf dem Gebiet der palästinensischen Araber, greifen die arabischen Staaten an.

Sie treffen auf einen von den Imperialisten gut gerüsteten Gegner, der noch unter ihrem Schutz die Großstädte Tel Aviv, Haifa, Jaffa und Jerusalem, die Küstenebene und das Hügelland von Galiläa besetzt. Hauptursache der Niederlage der arabischen Staaten ist die Politik des Großgrundbesitzes in diesen Ländern, der im Interesse seiner Bereicherung die Armeeausrüstung verrotten und sich von den Engländern beschädigtes Waffenmaterial verkaufen ließ und eine korrumpierte Generalität aushielt. („Der Palästina-Feldzug ist ein auslösendes Moment für die Juli-Revolution gewesen." Anwar El Sadat, Die ägyptische Revolution)

***

1952 *Die „revolutionäre Gemeinschaft der Offiziere" ergreift die politische Macht gegen den Kolonialismus und die Feudalherrschaft.* Am 6. Oktober 1951 ist das ägyptische Parlament durch den Druck der Volksmassen gezwungen, den Vertrag von 1936 mit den englischen Kolonialisten und das Sudan-Verwaltungsabkommen zu kündigen. Die englischen Kolonialisten verweigern den Abzug.

„Es entspann sich ein Guerilla-Krieg ... Die ägyptischen Kommandos sprengten Brücken, Depots und militärische Anlagen. Die feindlichen Lager wurden überraschend angegriffen, die Nachschubtransporte unterbrochen, die Ölleitungen zerstört. Während der Guerilla-Krieg immer ärger wird, legen die Arbeiter in den Werkstätten der Depots die Arbeit nieder und lähmen so den ganzen Betrieb. Jedoch von Übersee kommt für die Briten Verstärkung; schließlich verfügen diese über mehr als 80000 Mann ausgewählter Truppen, nicht eingerechnet die europäischen Hilfstruppen." (Anwar El Sadat, „Die ägyptische Revolution")

Anfang 1952 werden 70 ägyptische Hilfspolizisten durch die Engländer ermordet. Massendemonstrationen in Kairo antworten. Der von den Kolonialisten, dem Großgrundbesitz und dem ausländischen Kapital abhängige Staatsapparat zersetzt sich. Fünf Regierungswechsel bis Juli 1952 bringen keine Befestigung der kolonialen und feudalen Reaktion.

Am 23. Juli wird die Herrschaft des Grundbesitzes unter Führung der „revolutionären Gemeinschaft der Offiziere" gestürzt, der König zum Abdanken gezwungen und eine Regierung gebildet, die die nationale und soziale Befreiung von Kolonialismus und Feudalherrschaft durchsetzen soll.

***

1954 *Britisch-ägyptisches Suez-Abkommen.* Die US-Imperialisten verlangen 1953 den Beitritt Ägyptens zu einem „Mittelost-Verteidigungspakt", um ihre Truppen am Kanal zu stationieren. Die ägyptische Regierung proklamiert die „Blockfreiheit" und geht trotz heftiger Proteste in Ägypten schließlich auf einen Vertrag mit den Briten ein, nach dem diese das Recht der zivilen Verwaltung des Kanals und der Rückkehr in ihre alten Stellungen bei einem Angriff auf den Kanal behalten.

***

1955 *Bagdad-Pakt und Bandung-Konferenz.* Die US-Imperialisten gründen als Reaktion darauf den Bagdad-Pakt, dem zunächst die Türkei und der Irak und dann auch Großbritannien angehören.

Die Bandung-Konferenz wird zu einer großen Demonstration der Völker Afrikas und Asiens unter Ausschluß von Südafrika und Israel. USA, Großbritannien und Frankreich lehnen Waffenverkäufe an Ägypten ab. Sie rüsten Israel weiter auf, das mit Angriffen auf den Gaza-Streifen beginnt.

***

1956 *Niederlage der Kolonialpolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs.* Die USA, Großbritannien und die Weltbank ziehen kurz vor Unterschrift des Vertrags ihre Unterstützung für den Assuan-Staudamm zurück, um die ägyptische Regierung darüber zu Fall zu bringen. Vor Zehntausenden gibt Nasser unter großer Begeisterung die Nationalisierung des Suez-Kanals bekannt, um mit dessen Passage-Gebühren den Staudammbau zu finanzieren. Die Imperialisten leiten den Angriff durch Israel ein, verlangen von den Ägyptern, ihre Truppen bis 10 Meilen Abstand westlich des Suez-Kanals zurückzuziehen, eröffnen nach Ablehnung Ägyptens das Bombardement seiner Großstädte und landen Anfang November nach erbittertem Widerstand in Port Said. Das ägyptische Volk wird von den Völkern der Welt unterstützt. Die imperialistischen Aggressoren werden in der UNO verurteilt und müssen den Rückzug antreten.

***

1958 *Bildung der Vereinigten Arabischen Republik und Vereitelung eines neues imperialistischen Komplotts.* Nach Volksabstimmungen in beiden Ländern wird zwischen Ägypten und Syrien die Vereinigte Arabische Republik gebildet. Die 6. US-Flotte landet im Libanon, und die britischen Imperialisten führen eine Expedition in Jordanien durch. Der Bagdad-Pakt zerbricht durch Aufstand im Irak. Die Imperialisten müssen unverrichteter Dinge abziehen.

***

1961 *Wirtschaftsprogramm gegen Großgrundbesitz, Großbourgeoisie und Neokolonialismus.* Mit dem Programm wird die Landverteilung fortgesetzt, das gesamte Bank-, Versicherungs- und Transportwesen, der Außenhandel, die Grundstoff- und Schwerindustrie und in der Folge auch 50% der Anteile der Mittel- und Kleinbetriebe verstaatlicht, um den weiteren Aufbau der Wirtschaft zu sichern und der Sabotage durch Großgrundbesitz und Großbourgeoisie sowie der Gefahr des Neokolonialismus zu begegnen. Die Arabische Sozialistische Union wird gegründet, um den Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern Ägyptens zu stärken und die Durchsetzung dieses Programms zu sichern.

***

1967 *Erneute imperialistische Aggression durch Israel.* Im Juni greift Israel mit Unterstützung der Imperialisten Ägypten, Syrien und Jordanien an. Ägypten verliert beinahe seine gesamte Luftwaffe noch am Boden, weiter einen großen Teil des Kriegsgeräts. Die Sinai-Halbinsel wird besetzt einschließlich der für die ägyptische Wirtschaft bedeutenden Rohstoffquellen und des unpassierbar gemachten Suez-Kanals.

***

1972 *Ausweisung des sowjetischen Militärpersonals aus Ägypten.* Während Ägypten zusammen mit den anderen arabischen Staaten den Gegenangriff vorbereitet, verweigern die Sozialimperialisten das notwendige Waffenmaterial. Die Regierung Ägyptens antwortet mit der Ausweisung des Militärpersonals und Beschlagnahme der sowjetischen Militäreinrichtungen.

***

1973 *Oktoberkrieg gegen die israelischen Aggressoren.* Im Oktober beginnt der Gegenangriff der arabischen Staaten. Die ägyptische Armee überschreitet erfolgreich den Suez-Kanal und fügt der zionistischen Armee schwere Verluste zu. Im Waffenstillstandsabkommen werden die Zionisten gezwungen, ihre Truppen vom Ostufer des Suez-Kanals abzuziehen.

***

1976 *Kündigung des „Freundschaftsvertrages" mit der Sowjetunion.* Die fortgesetzte wirtschaftliche Erpressung und Plünderung durch die Sozialimperialisten der Sowjetunion mittels ständig wachsender Tribute, Zinsforderungen und zu leistender Warenlieferungen, die Verweigerung der Ersatzlieferung von im Oktober-Krieg verlorenem Kriegsgerät sowie von Ersatzteilen durch die Sozialimperialisten beantwortet die ägyptische Regierung mit der Aufkündigung des im Mai 1971 geschlossenen „Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit". – (Z-Red.)

Statt Hoffnung auf Politikergnade Kampf gegen die Reaktion

Eine Woche Streik an der Uni Hamburg

Montag nacht, 28.11., Universitäts-Hauptgebäude. Um 3.30 Uhr früh rollen Mannschaftswagen vor. Ca. 80 Polizisten springen raus, trampeln in der Kälte auf und ab, werden zu Suchtrupps formiert und müssen alle Hekken und Büsche abklopfen. Mit entsicherter Pistole.

Morgens, 8.30 Uhr. Wer ins Hauptgebäude will, muß durch Gittersperren, Laufgänge und Personalkontrolle. Die Posten sind dienstverpflichtete Mitglieder des Technischen- und Verwaltungspersonals. Sie hatten es abgelehnt, sich gegen die Studenten einsetzen zu lassen, die ÖTV hatte protestiert – daraufhin waren sie dienstverpflichtet worden. Am Hauptgebäude sind Verteiler der „Roten Presse" (Zeitung der SSG) postiert, die mit den Studenten diskutieren. Die Empörung ist einhellig – daraufhin läßt die Uni-Verwaltung einen Verteiler von sechs Polizisten wegschleppen zur „Festnahmensammelstelle". Zellen haben sie auch parat. Im Jura-Gebäude werden gleichzeitig die ersten Strafanzeigen von Professor Ziegler gestellt, der seine Vorlesung vor Diskussion bewahren will. Um 10.30 Uhr ist Universitätsvollversammlung. Über 3000 Studenten drängen sich ins Audi-Max. Eine Vertreterin der DGB-Jugend erklärt die Unterstützung des Streiks durch die Gewerkschaft, was großen Beifall findet.

Der MSB/Juso-AStA (DKP/SPD-Studenten) setzt sich mit seiner Streikresolution durch: – 14 Tage Druck machen, um die bürgerlichen Parteien zur Novellierung zu bringen; – Verpflichtung der Studenten zur strikten Gewaltlosigkeit beim Streik. Gut ein Drittel lehnt diese Niederlagentaktik ab
durch die Gewerkschaft, was großen Beifall findet.

Der MSB/Juso-AStA (DKP/SPD-Studenten) setzt sich mit seiner Streikresolution durch: – 14 Tage Druck machen, um die bürgerlichen Parteien zur Novellierung zu bringen; – Verpflichtung der Studenten zur strikten Gewaltlosigkeit beim Streik. Gut ein Drittel lehnt diese Niederlagentaktik ab und stimmt für Aufbau der Streikfront entlang der Angriffe an den einzelnen Bereichen, Zusammenschluß in Bereichsgruppen und Durchsetzung des Ausfalls des Lehrbetriebs. Einig ist man sich über den Punkt, daß die Polizei weg muß. 2000 Studenten marschieren deshalb nach der Uni-VV zum Hauptgebäude.

Die Studenten sollen für die Bourgeoisie gewonnen werden

Uni-Präsident Fischer-Appelt läßt die Gitter wegräumen nach dem Motto „Lasset die Kindlein zu mir kommen" und redet von „hanseatischer Gelassenheit", „Verständnis für Eure Probleme", „unsere Universität" etc., und die MSB-Studenten beschwören die Gewaltlosigkeit.

Die Reaktion hat die Taktik geändert. Vor einer Woche tönte Fischer-Appelt noch „dieser Streik ist rechtswidrig", „Streikende schaden nur sich selber", und die ganze Presse war voll von Drohungen gegen die Studentenmassen. Angesichts der Stärke der Studentenbewegung hat die Bourgeoisie umgeschaltet. Mit Polizeiknüppel ist es nicht zu schaffen, ideologische Abfangmanöver werden gestartet. Es herrscht Unsicherheit, was man von den Flötentönen der Politiker halten soll. Die Studentenbewegung ist gespalten. Am Nachmittag haben die Politiker ihren großen Auftritt – Franke, SPD Bremen – Biallas, FDP Hamburg – Rühe, CDU Hamburg und verschiedene „fortschrittliche" Professoren. Franke und Biallas malen das Schreckgespenst der schwarzen Reaktion, vor dem sie sich als fortschrittlich profilieren wollen. „Eins verlange ich von Ihnen, Sie müssen differenzieren können zwischen einem Hahn, Meyer (CDU-Minister aus Bayern und Baden-Württemberg) und mir..." (Franke). „In dieser schwierigen politischen Lage" sollen die Studentenmassen ihre Interessen aufgeben und auf das „extensive Ausschöpfen des HRG" im Rahmen der Parlamentsintrigen von SPD/FDP hoffen. Jetzt gelte es, das Bestehende zu erhalten. „In welcher Realität lebt Ihr eigentlich?" (Franke), die Studentenmassen müßten sich einschränken und sowieso nur im Bündnis mit der SPD/FDP läge für die Studenten noch etwas drin. Ansonsten käme es fürchterlich. Die Studentenbewegung soll zum Zusammenstehen mit der SPD/FDP-Regierung und ihrer imperialistischen Politik gewonnen werden. Die kübelweise ausgegossene Klassenversöhnung gelingt da, wo es gegen die CDU geht – für Reformen. An anderen Punkten werden diese Polit-Gangster niedergebrüllt.

Zusammenschluß gegen Professorenreaktion und Polizeistationierung

Das Spaltungsmanöver mit der Novellierung entfaltet seine Wirkung angesichts der fortgesetzten Niederlagentaktik von MSB/Jusos im VDS und der zunehmenden Verschärfung des Drucks der Bourgeoisie. Gegen diesen Druck muß in den nächsten Tagen die Streikfront errichtet werden. Während an den meisten Bereichen die Veranstaltungen zu 90% ausfallen, findet an den Medizin-, Jura- und den naturwissenschaftlichen Bereichen der Lehrbetrieb weitgehend statt. So z.B. bei Professor Thieme. Von normalerweise über 200 Teilnehmern kommen ca. 40. In einer anderen Übung wird gegen den Dozenten die Diskussion über den Streik durchgesetzt. Die Teilnehmer der Übung beschließen, die in der zweiten Woche beginnende Hausarbeit im Strafrecht kollektiv zu schreiben. Dem ganzen Semester wollen sie das vorschlagen. In der letzten Woche hat schon das sechste Semester eine Hausarbeit kollektiv geschrieben. Fachbereichsratssprecher Ziegler: „Rechtswidrig. Die Arbeiten werden unter Umständen nicht korrigiert." Die Professorenreaktion fürchtet, daß ihr das Mittel des Prüfungsdrucks zur Unterwerfung der Studentenmassen aus der Hand geschlagen werden kann. Deshalb werden sie hektisch. Um den Scheindruck in Anwendung bringen zu können, versucht die Professorenreaktion hartnäckig, sämtliche Veranstaltungen durchzuführen, selbst wenn kaum Studenten anwesend sind. Dann können sie nach dem Streik die Studenten, die nicht da waren, wegen Abwesenheit rankriegen.

Zu Mathematik-Professor Halin, bei dem am ersten Streiktag noch ca. 80 Studenten in der Vorlesung waren, kommen am zweiten Streiktag noch 20. Als seine Vorlesung aufgelöst wird, zieht er in die Polizeifestung Hauptgebäude. Dahin folgt ihm kaum ein Student.

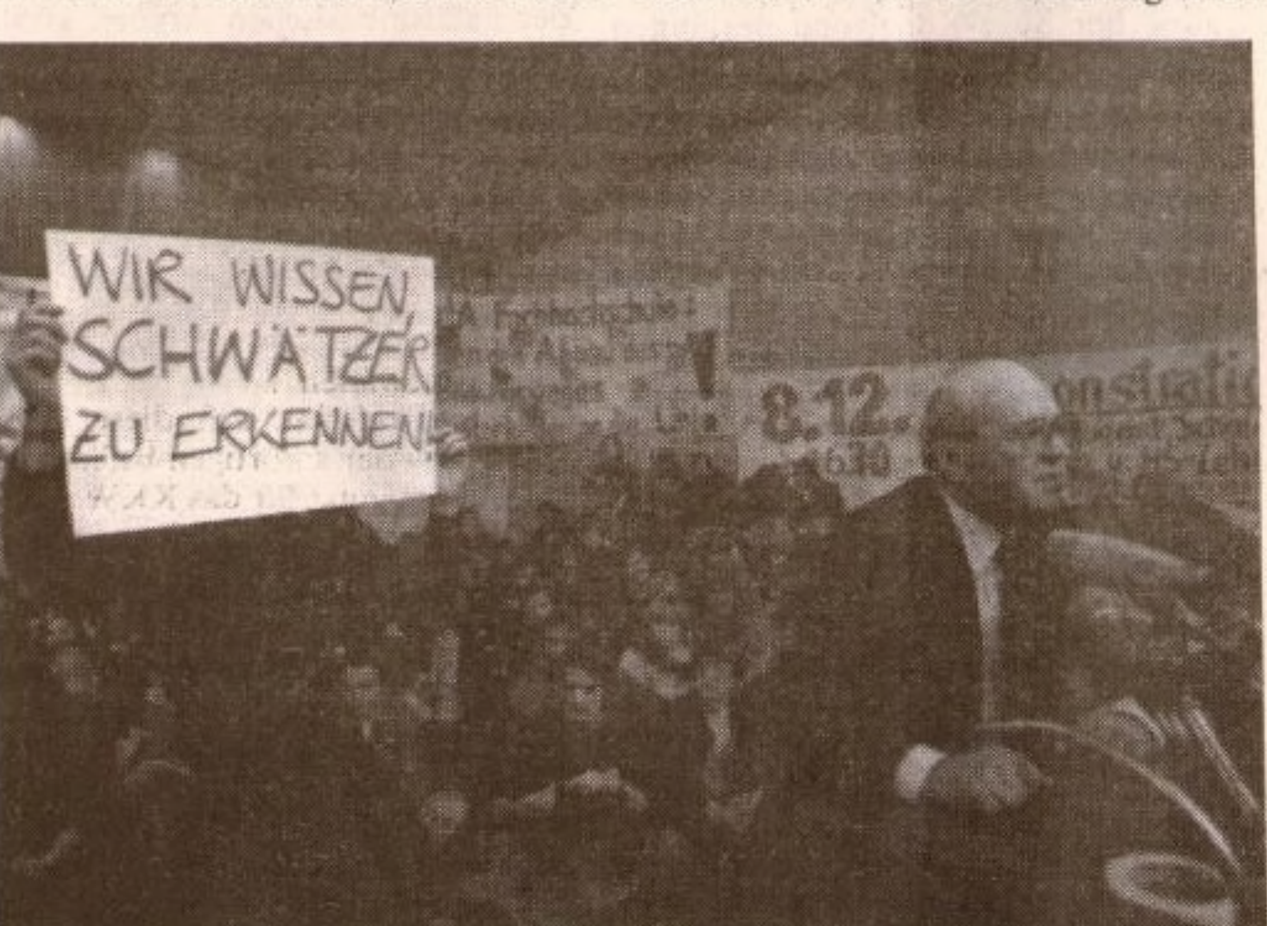
Gegen die Polizeistationierung werden an verschiedenen Bereichen Resolutionen verabschiedet. Eine Physik-Vorlesung mit 100 Studenten, die in der Polizeifestung im Uni-Hauptgebäude stattfinden soll, zieht geschlossen aus. Auf selbstgemalten Schildern fordern sie: Abzug der Polizei!

Koalitionsrechte! 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher! 1500 DM Elternfreibetrag!

Medizin-Bereich. Auf einer von 350 Studenten besuchten Vollversammlung unterliegt der Vorschlag, die Streikfront aufzubauen und den Ausfall der Lehrveranstaltungen zu organisieren nur knapp. Die Liberalen und die Revisionisten kommen mit ihrer Absicht in Bedrängnis, den Lehrbetrieb nicht zu bestreiken und stattdessen auf die Professoren zu hoffen. Ein Streikkomitee mit 30 Studenten wird aufgebaut. Es wird beschlossen, sich am Mittwoch die Anatomievorlesung vorzunehmen. 200 Studenten sind anwesend. Nach kurzer Debatte verläßt der Professor mit einigen rechten Studenten den Raum. Die übrigen beraten, wie man sich gegen die Prüfungsverschärfungen durchsetzen kann. Drei Vorschläge werden gemacht. MSB/Jusos: Alle Mißstände am Bereich dem Fachbereichsrat kundtun. Die KB (Nord)-Studenten: Die unbeliebtesten Prüfer boykottieren. SSG: Streik bis die Testatregelung zurückgenommen wird. Um diese Vorschläge soll jetzt in den weiteren Vorlesungen diskutiert und die Streikfront aufgebaut werden. Der Zusammenschluß der Studenten im Kampf um vertragliche Regelungen über alle Prüfungs- und Studienbedingungen wird von den MSB/Juso-Studenten hintertrieben. Die von ihnen hochgehaltene „Demokratische Gegenhochschule" fällt weitgehend aus. Eines der wenigen aber treffenden Beispiele: „Ein ehemaliger Betriebsrat der Phoenix berichtet über die Fusion Phoenix/Conti/Metzeler." Der Betriebsrat, DKP-Mitglied, ist auf Grund des Sozialplans, dem er selbst zugestimmt hat, mit 57 Jahren entlassen und pensioniert worden. Über die Fusion verbreitet er, daß die Kollegen alle Angst hätten und sowieso machtlos seien. Vielen wurde der Lohn gepfändet, und sie hätten sich hoch verschuldet. Man müsse sich eben einschränken, 1945 sei das auch gegangen, und ein Auto bräuche man ja nicht unbedingt. Zu ändern sei das nur durch Wahlen, durch Appelle an die ‚Sozialverpflichtung' der Bundesregierung.

Für diese Unterwerfung unter das Politikerpack der bürgerlichen Parteien lassen sich die Studenten nicht gewinnen. Rühe und Langguth, CDU-Bundestagsabgeordnete haben das am Donnerstag zu spüren bekommen, als sie die „Streik-Universität" inspizieren wollten. Von 200 Studenten werden sie verfolgt, und die Bild-Zeitung vermeldet am Freitag „Uni Hamburg: Tomate traf CDU-Politiker!". Die von ihnen in Zusammenarbeit mit dem RCDS geplante Veranstaltung am Abend im Audi-Max haben sie daraufhin ausfallen lassen.

Gegen die Reaktion, ihre Maßhalteappelle und ihr „Nichts geht mehr"-Gerede muß sich die Studentenbewegung in der nächsten Woche zusammenschließen. Statt Hoffnung auf Politikergnade brauchen die besitzlosen Studenten Koalitionsrechte – Recht auf Vertragsschluß über alle Fragen der Studien- und Prüfungsbedingungen, und statt Abfinden mit materiellem Elend fordern wir – 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76. Stellen wir die Einheit für diese Forderungen her, können wir die Streikfront aufbauen und festigen. – (SSG Hamburg)



„Ich verlange von Ihnen, daß sie zwischen einem Hahn, Maier und mir differenzieren können."



„Ich verlange von Ihnen, daß sie zwischen einem Hahn, Maier und mir differenzieren können."

Streikmeldungen

Universität Frankfurt Am 28.11. und 29.11. hat die Universitätsleitung der Frankfurter Universität Hochschultage durchgeführt und alle Veranstaltungen ausfallen lassen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt dazu, „Mit diesen beiden vorlesungsfreien Tagen wollten die Verantwortlichen wohl dem für diese Woche geplanten „Streik" den Wind aus den Segeln nehmen." Höhepunkt der

Inhalte zu lernen und später gegen uns anzuwenden ... Eure Forderungen nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und 1500 DM Elternfreibetrag und Tarifvertrag sind vollkommen gerecht." Weitere Briefe haben die Studenten von fünf Arbeitern von Bukama und 11 Lehrlingen von Gildemeister Max Müller erhalten.

Streikmeldungen

Universität Frankfurt Am 28.11. und 29.11. hat die Universitätsleitung der Frankfurter Universität Hochschultage durchgeführt und alle Veranstaltungen ausfallen lassen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt dazu, „Mit diesen beiden vorlesungsfreien Tagen wollten die Verantwortlichen wohl dem für diese Woche geplanten „Streik" den Wind aus den Segeln nehmen." Höhepunkt der Hochschultage sollte der Besuch und der „rationale Diskurs" mit Kultusminister Krollmann werden.

Vor der Krollmannveranstaltung haben die Studenten eine Uni-Vollversammlung für Urabstimmung und Streik durchgeführt, und sich beraten, wie der Krollmann zu empfangen sei. Der „rationale Diskurs" mit den anwesenden Studenten kam nicht zustande. Krollmann getraute sich nur mit Polizeideckung in den überfüllten Hörsaal. Die Studenten waren dagegen, mit bewaffneten Zivilpolizisten im Hörsaal die Veranstaltung beginnen zu lassen. An der Universität Frankfurt haben 7513 von 23890 Studenten für Streik gestimmt. Damit ist das Quorum erreicht.

Aachen Die Institusgruppe Germanistik führt am Institut ein Streikcafe durch und sammelt Geld und Kleider, um die Kampagne „Gewehre für die ZANU" zu unterstützen.

An der Pädagogischen Hochschule haben sich am Donnerstag 21 Studenten gegen die Anwesenheitslisten in den Seminaren und für die sofortige Auszahlung des BAFöGs ausgesprochen.

Am Donnerstag demonstrierten in Aachen rund 3000 Studenten gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung. Dies war die größte Demonstration in Aachen in den letzten Jahren.

Westberlin. Die Studenten der PH führen seit Streikbeginn täglich von 8 bis 18 Uhr Stände in der Stadt durch. Sie haben eine Zeitung gemacht, in der sie über die Lehrerausbildung, die Zustände an den Schulen, die Verschärfung der Ausbildungsbedingungen durch das Hochschulrahmengesetz und die ständige Ausweitung der Anforderungen berichten und zum gemeinsamen Kampf gegen die Schulunterdrückung und zur Unterstützung des Streiks aufrufen. Diese Zeitungen werden viel gelesen. Eine Initiative von PH-Studenten und Schülern hat sich zusammengesetzt und will die Tricks der Schulunterdrückung untersuchen. Die Schüler legten großen Wert darauf, das Notensystem anzugreifen. Das Notenkomitee Kreuzberg wird am 8.12. eine Veranstaltung gegen die Noten an der PH durchführen.

Unterstützung des Streiks der Studenten

Hannover. Fünf Reifenwickler der Conti haben an die streikenden Studenten der TU einen Brief gerichtet, in dem es heißt: „... wir unterstützen den Streik, weil wir selber Erfahrung damit gemacht haben, wozu die Studenten abgerichtet werden sollen.

Auf der Conti läuft ein Projekt zu den Arbeitsbedingungen der Reifenwickler. Es wurde vom Conti-Vorstand und Professoren gemeinsam erdacht. Aber hinter dem Namen ‚Humanisierung der Arbeit' verbirgt sich nichts anderes, als noch mehr aus unseren Knochen herauszuholen. Darum lehnen wir das Projekt ab ... Durch die Androhung oder die Streichung des sowieso zu niedrigen BAFöG sollen die Studenten gezwungen werden, solche Inhalte zu lernen und später gegen uns anzuwenden ... Eure Forderungen nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und 1500 DM Elternfreibetrag und Tarifvertrag sind vollkommen gerecht." Weitere Briefe haben die Studenten von fünf Arbeitern von Bukama und 11 Lehrlingen von Gildemeister Max Müller erhalten.

Westberlin. 14 Kollegen des Bezirksamtes Zehlendorf, darunter 4 Vertrauensleute, verfaßten folgende Resolution: „An die streikenden Studenten! Wir, Vertrauensleute und Beschäftigte am Bezirksamt Zehlendorf, unterstützen Eure gerechten Forderungen nach Bezahlung der Arbeitskraft und nach Koalitionsrecht sowie die Streikmaßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen. Ihr steht im Streik – den Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen schwere Tarifauseinandersetzungen bevor. Die Vollversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe an unserem Bezirksamt hat eine Festgeldforderung von mindestens 200 DM aufgestellt und ihre Bereitschaft erklärt, dafür auch Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. Bei den Studenten will der Staat finanzielle Abhängigkeit, gewerkschaftliche und politische Rechtlosigkeit aufrechterhalten, bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst will er Reallohnabbau und Entrechtung durchsetzen. Wir finden es richtig, sich im Kampf gegenseitig zu unterstützen. (...)"

An der PH haben die beschäftigten Sekretärinnen und Arbeiter zahlreich für den Rechtshilfefonds der Studenten gespendet. Pförtner und Hausmeister lassen die Plakate oft trotz gegenteiliger Anweisung hängen und unterstützen den Streik so. Auch Vervielfältigungsmöglichkeiten werden den Streikräten zur Verfügung überlassen.

Beschlüsse zur Unterstützung des Streiks wurden von der Personalversammlung am Klinikum Steglitz und von 10 Vertrauensleuten und Mitgliedern der Frauengruppe bei der Fabrik Berthold gefaßt.

An der 2. Oberschule, Berufsfachschule für technische Zeichner, Berufsschule für Maschinenschlosser, hat die Schülervertretung am 30.11. folgende Erklärung verabschiedet: „Seit dem 28.11. sind die Studenten an den Universitäten und Hochschulen in den bundesweiten Streik getreten. Die Studenten kämpfen gegen das Hochschulrahmengesetz, was sie verschärfter Auslese und Prüfungsbedingungen unterwirft. Sie kämpfen für Koalitions- und Streikrecht sowie für 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag. Für uns Schüler und Lehrlinge ist wichtig, daß die Studenten sich verschärfter Auslese entgegensetzen, sollen sie doch später Lehrer- und Vorgesetztenpositionen übernehmen. Wird den Studenten das Kreuz gebrochen, spüren wir das genauso. Darum brauchen die Studenten die Möglichkeit zum Zusammenschluß für ihre Interessen und die Mittel dazu, das Koalitions- und Streikrecht. An unserer Schule sind viele Ganztagsschüler, die BAFöG-Bezieher sind wie ihr. Von den elenden Beträgen kann keiner leben. Unsere Eltern müssen uns von ihrem knappen Lohn miternähren. Deshalb ist es in unserem Interesse, daß ebenso für 100 DM mehr BAFöG gestreikt wird und für Anhebung des Elternfreibetrages auf 1500 DM. Wird der Streik so geführt, hat das die Unterstützung der Arbeiterjugend und der Arbeiterbewegung insgesamt. Dann ist der Erfolg im Streik möglich.

Drohen, Spalten, Bangen und Hoffen
Die Bourgeoisie zum Streik – Presseauslese

Hoffen

„sollen sich etwa 90 Prozent der Studenten entweder an den Urabstimmungen nicht beteiligt oder aber mit Nein gestimmt haben. Der Streik sei deshalb bereits gescheitert." (Kieler Nachrichten (KN), 29.11.)

„Nach Auffassung der CSU-Landesgruppe im Bundestag hat sich der ‚Vorlesungsboykott' dagegen weitgehend als Schlag ins Wasser erwiesen." (KN, 30.11.)

Drohen

„Wer streikt, macht sich strafbar." „Der Rektor kündigte an, daß eine Beteiligung am Streik ... sich auf die Erteilung von Scheinen und auf die BAFöG-Zahlungen auswirken könne. Wer an einem aktiven Streik mitwirke, laufe Gefahr, sich der Nötigung, des Hausfriedensbruchs und anderer Straftaten schuldig zu machen." (Göttinger Tageblatt, 30.11.)

Spalten ...

„Die vielen Studenten, die sich trotz ihrer Kritik am Hochschulrahmengesetz nicht an den Boykottmaßnahmen beteiligen, haben ein Recht darauf, daß die beabsichtigten Studienreformen ihnen Verbesserungen und nicht bürokratische Verschlimmerungen bringen. Wer sie am Studium hindert, muß bestraft werden. Vor allem aber müssen die lernwilligen Studenten gegen die Störer zusammenstehen." (FAZ, 2.12.)

„Die Politiker müssen in die Universitäten." Pfeifer, bildungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion: „Die Politiker müßten sich in den Hochschulen selbst den studentischen Problemen stellen ... ein Teil des Unmuts der Studenten beruht auf Fehl- und Halbinformationen ... daß nur eine kleine Minderheit der Studenten ihre Freiheitsrechte mißbrauche. Gegen diese Minderheit müsse mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgegangen werden, ohne daß die Gesamtheit der Studentenschaft für die Auswüchse dieser Minderheit haftbar gemacht werde." (FAZ, 29.11.)

... und Bündnisangebote

„Bundesbildungsminister Rohde bekräftigte gestern im SPD-Pressedienst das Recht der Studenten, sich in ihren Belangen Gehör zu verschaffen." (Weserkurier, 2.12.) „Professor Dieter Biallas (FDP) und der Bremer Jugendsenator Dr. Walter Franke haben erneut ihren Willen bekräftigt, auf eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes hinzuwirken ... betonte Biallas, die Novellierung solle insbesondere dahingehen, daß die Regelung des Ordnungsrechtes den einzelnen Ländern überlassen bleibe, ... Regelstudienzeiten sollten nicht als Disziplinierungsmittel, sondern als Aufgabe der Studienreform verstanden werden." (KN, 30.11.)

„Senator Franke warf den Studenten vor, die Lage nicht differenziert genug einzuschätzen und Politiker wie ihn selbst und Senator Biallas, anstatt sie zu unterstützen, mit den zuständigen Kultusministern in Bayern und Rheinland-Pfalz in eine Reihe zu bringen." (KN, 30.11.)

Hoffen

„bescheinigte der Hamburger Wissenschaftssenator Prof. Dr. Dieter Biallas den Studenten große Einsichtsfähigkeit. Bisher sei die Militanz sehr viel geringer gewesen als während des Boykotts im Sommersemester." (Hamburger Abendblatt, 2.12.)

„Qualitätskontrollen“ zur Herabgruppierung genutzt.

Kriegsproduktion muß billig sein – Vulkanarbeiter beschließen Forderungen zum Lohnkampf.

Bremen. Letzte Woche war im „Weser-Kurier“ zu lesen, daß „bundesdeutsche Werften sich an einer Ausschreibung Argentiniens für den Bau von Geleitzerstörern beteiligen“. Dort heißt es, „der Bremer Vulkan wolle die Frage, ob er ein Angebot einreichen werde, nicht beantworten“. Man kann es leicht beantworten: Er will oder hat schon. Geleitzerstörer, das entspricht dem Schifftyp der Fregatte F122, deren Generalunternehmerschaft der Vulkan zum Bau bekommen hat. Jetzt Anfang des Jahres '78 beginnen auf dem Vulkan die Vorbereitungen für den Bau eines neuen, kleineren, überdachten Baudocks mit Vormontageplatz für die Fregattenproduktion. Mai '78 soll das Baudock stehen und mit dem Bau des Fregattenprototyps begonnen werden. Bekanntlich baut der Vulkan vorerst nur eine der sechs in Auftrag gegebenen Fregatten, sechs weitere für den Bund werden nachfolgen. Aber die Kriegsproduktion im neuen Baudock soll rund um die Uhr gehen. Da braucht man auch die Aufträge anderer Länder. Aber zu machen ist bei allem nur was, wenn man am billigsten ist.

In den letzten Wochen mußte erstmals eine Gruppe von Schweißern ihre Fertigkeitsprüfung erneut in der Lehrwerkstatt ablegen. Im Ergebnis wurde eine Schweißerin, die diese erneute Prüfung nicht bestand, von Lohngruppe 8a (Grundlohn 8,31 DM) auf 7a (7,87 DM) heruntergesetzt.

Alle angelernten Schweißer des Vulkans haben nach einer Einarbeitungszeit diese Schweißprüfung abgelegt. Bei dieser Schweißprüfung, die vom Germanischen Lloyd abgenommen wird, müssen verschiedene Kehlnähte flach, hohl und über Kopf sowie

vom Germanischen Lloyd abgenommen wird, müssen verschiedene Kehlnähte flach, hohl und über Kopf sowie

verschiedene V-Stöße geschweißt werden. Nur nach der GL-Prüfung erhält man dann die Lohngruppe 8 (Ecklohn).

Die Schweißer, die jetzt erneut die Prüfung ablegen mußten, haben alle in der Schiffbauhalle gearbeitet und waren im letzten Jahr längere Zeit krank. „Um zu prüfen, ob die überhaupt noch schweißen können“, war dann auch die Begründung derjenigen, die nicht schweißen können, aber die Aufsicht über die Schweißer wahrnehmen. Tatsächlich ist darüber der erste Schritt eingeleitet, um bei einer großen Anzahl von Schweißern Herabgruppierungen vorzunehmen.

Bei den V-Stößen sind zwei Platten abgeschrägt und mit einigen Millimetern Abstand gegeneinandergelegt zusammenzuschweißen. Von einer Seite wird diese V-Naht dann geschweißt. Die Rückseite wird geschliffen – keine Stelle darf zu sehen sein – und die Naht dann anschließend entweder gebrochen oder geröntgt, um ihre Reinheit bzw. eventuelle Luftblasen oder Schlackenstellen in der Naht festzustellen. Dieses Einseitenschweißen ist einigermaßen schwierig und erfordert Übung. In der Halle fällt diese Tätigkeit kaum an, sondern wird zumeist maschinell verrichtet. Kurz, mit erneuten Prüfungen kann man einen Großteil der Schweißer aus der Halle durchfallen lassen und herabgruppieren.

Den Lohn zu senken, setzen die Kapitalisten alle Hebel ein. Bei der Lohnabrechnung für Oktober sind die Akkorde der Schweißer und Schiffbauer um rund 5% gesenkt worden, das sind etwa 60 bis 70 DM im Monat netto weniger. Man hat die Akkordvorgabezeiten gekürzt. Jetzt hat der Direktor Huchzermeier zum neuen Baudock gleich erklärt, „dann könne man die Akkorde noch weiter senken, weil wegen der Überdachung Wind und Regen ausgeschaltet wären“. Nur, was der Direktor meint, ist eine Sache. Ob er mit der Senkung des Lohnniveaus und vermehrter Schweißauspressung möglichst auf weltweites Spitzenniveau durchkommt, ist die Sache der Arbeiter.

Zur Wahl des neuen Betriebsrates sagte Huchzermeier: „. . . freue ich mich, daß wir einen neuen Betriebsrat haben, der eine gute Zusammenarbeit erwarten läßt. Konfrontation konnten wir uns vielleicht in den guten Zeiten der letzten Jahre leisten. Heute sitzen wir alle in einem Boot, mit dem wir nur eine Richtung steuern können.“ Über die gedrückten Akkorde gibt es Krach. Akkordschreiber, das Lohn- und Akkordbüro, die Fachvertreter des Betriebsrates werden wegen der Kürzungen von den Arbeitern angegangen. Wer könnte diese einfach wegstecken? Einzelne sozialdemokratische Betriebsräte mußten bereits „in Konfrontation“ gegen die Akkordkürzungen Stellung nehmen. Jetzt werden die Lohnforderungen aufgestellt. Ein sozialdemokratischer Obmann hat in seiner Branche erst gar keine Forderung aufgestellt: „Es geht jetzt gegen Entlassungen“, hat er gesagt. Zwei Branchen haben bisher 200 DM mindestens, eine 173 DM, eine 150 DM und zwei 130 DM aufgestellt. Über die Forderungen gibt es jetzt Streit. Die niedrigen Forderungen taugen nicht zum Kampf, sie sind Ausdruck dessen, „daß man nicht kämpfen könne“. Nur, unterwerfen kann man sich noch viel weniger. Das zeigen die aktuellen Angriffe der Kapitalisten auf der Werft. Das mußte auch ein neugewählter Betriebsrat erklären, der erst für 130 DM war, zu der von Huchzermeier angekündigten weiteren Akkordsenkung. Im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und für mindestens 200 DM kann man die notwendige Streikfront herstellen. – (Zelle Bremer Vulkan)

SPD-„Linksaußen“ Jansen – Fähigkeit: Volksbetrüger

SPD-Führer Jansen – Linksaußen – ein Zögling Steffens – besondere Fähigkeiten: die Massen hinters Licht führen. Günther Jansen – Steffens Nachfolger als SPD-Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holsteins seit 1975 – ist in der Partei bekannt als der Pragmatiker. Ihm fehlt das Flair des linken Theoretikers, wie es Steffen zu üben pflegt.

Die Lage hat sich geändert, mit Theoriedebatten, wie in der Studentenbewegung der sechziger Jahre kann sich die SPD nicht halten. Jansen, mit Verwaltungsausbildung, Emporkömmling als Gebietsreformer und Bürgermeister einer kleinen Landgemeinde hat Erfahrungen im Volksbetrug. Als Fortschrittsgemeinde geistert die von ihm aufgebaute Gemeinde Süsel durch die Debatten der „Linken“. Die Zentralisierung von mehreren kleinen Dörfern mit zentraler Verwaltung und Mittelpunktsschule sind das Ergebnis. Neue Methoden der Festigung der Herrschaft, nicht Bürgerfragestunden, nein, Mitspracherecht für alle. Zu jedem Punkt der Tagesordnung im Gemeindeparlament darf das Volk sprechen. Wenn alles erörtert ist, entscheiden die Parlamentarier nach „freiem Gewissen“.

Wortradikal hat sich dieser Herr Jansen über den sofortigen Vollzug der Baugenehmigung für das KKW Brokdorf durch Ministerpräsident Stoltenberg empört. Persönlich getroffen vom Tränengas der Polizei, bei der Demonstration am 13. November, erstattete er Anzeige. Sie ist längst eingestellt.

Bahr zitierte ihn nach Bonn, wegen der harten Kritik am Energieprogramm. Das Ergebnis dieser Besprechung ist der SPD-Beschluß in Schleswig-Holstein für Baustopp von Kernkraftwerken. In der Denkpause soll mit „ständigem Bürgerdialog“ ein „vernünftiger Energieverbrauch er-

kraftwerken. In der Denkpause soll mit „ständigem Bürgerdialog“ ein „vernünftiger Energieverbrauch er-

öffnet werden“. Kontrolle über den Energieverbrauch der Volksmassen durch „Ausbau des Fernwärmenetzes“, Ausplünderung über „progressive Gebühren“, das sind die Ziele der SPD Schleswig-Holsteins. Das Ergebnis des SPD-Bundesparteitages ist jetzt heraus. Sie spricht sich für den Ausbau der Kernenergie aus. Doch Schleswig-Holsteins SPD tritt weiter für den Baustopp ein. Was hat das für einen anderen Zweck, als die Volksmassen weiter zu belügen und zu betrügen?

Jansen vertritt seine neue Taktik offen: „ Ich würde sagen, daß wir, was moralische Werte angeht, was Grundvorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität betrifft, von der SPD her in den schwierigen Situationen, die wir jetzt in der Politik haben, deutlicher formulieren müssen und daß wir zudem soweit nicht immer Regierungspolitik unterstützen können.“ (NDR-Interview, 15.6)

Um die Regierungspolitik durchzusetzen, um die Massen weiter an die SPD zu ketten und sie zu fesseln, benötigt man eben den Volksbetrug und einen Mann wie Jansen. – (Bezirk Holstein)



Kiel. 210 Menschen nahmen am Freitag, den 2.12.77 an der Veranstaltung teil, mit der die Bezirksverbände Holstein und Flensburg-Westküste den Wahlkampf zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 5. März 1978 eröffneten. Der KBW wird zu den Kommunalwahlen in Kiel, Flensburg, Lübeck, Neumünster, Heide, Husum, Rendsburg, Eckernförde, Elmshorn, Itzehoe, Segeberg, Norderstedt, Quickborn, Ellerau, Pinneberg, Ahrensburg, Preetz und Plön Kandidaten aufstellen.

Beschlußfassung durch Auszug des Betriebsrats verhindert

Osnabrück. Am 22. und 29. waren bei Karmann Betriebsversammlungen, etwa 2500 bis 3000 Arbeiter waren auf jeder Versammlung.

Gegen die Pläne der Kapitalisten standen viele Arbeiter auf. Der Betriebsratsvorsitzende setzte sich für Sonderschichten ein und der 1. Bevollmächtigte der IGM und Oberbürgermeister für eine angemessene Prozentforderung von sechs bis zehn Prozent. Viel Beifall gab es für eine Resolution gegen die Sonderschichten und für 220 DM für alle gleich. Der Betriebsrat hat dagegen gehetzt. Weil die Abstimmung nicht verhindert werden konnte, hat er auf der zweiten Versammlung eine andere Taktik eingeschlagen, er griff die Interessen der Arbeiter nicht an. Doch als wieder viele Arbeiter sich gegen die Sonderschichten und für 220 DM aussprachen und die Auseinandersetzung sich auf eine Abstimmung zuspitzte, haben Weber und der Betriebsratsvorsitzende die Rednerliste unterbrochen und lauthals gegen die Forderungen gewettert. Sie seien eine vom ZK vom KBW eingefädelte Sache, die bundesweit nur Chaos stifte und die Arbeiter spalte. Wenig Beifall gab es, da half nur eins, die Versammlung auflösen. Als nächstes stand ein Genosse auf der Rednerliste. Der Betriebsrat stand auf, riß die Türen auf.

Dadurch ist die Auseinandersetzung um die 220 DM nicht vom Tisch. Die Einheit kann im Kampf gegen die Sonderschichten hergestellt werden.

Teile vom Weihnachtsgeld einbehalten

Wolfsburg. Seit dem 1.12. hängt im Werk ein Aushang: bei der Anfang Dezember erfolgenden Weihnachtsgeldauszahlung wird ein Teil zunächst einbehalten und der Rest erst am 12.12. mit der Abrechnung überwiesen. Einbehalten werden soll in Steuerklasse III 30%, in II und in IV 50%, in I 55% und in V 65%. Als Grund wird die Erhöhung des Steuerfreibetrages ab 1.12. angeführt. In den letzten Tagen hatte es unter den Arbeitern schon Unruhe über die niedrige Auszahlung gegeben.

letzten Tagen hatte es unter den Arbeitern schon Unruhe über die niedrige Auszahlung gegeben.

Tarifkommission IGM Hessen vertagt

Rüsselsheim. Am 30.11. hat die IGM die Tarifverträge für die Metallindustrie zum 31.12.77 gekündigt. Nachdem eine Sitzung der Großen Tarifkommission Hessen am 29.11. ohne Beschlußfassung durchgeführt worden ist, soll am 16.12. über die Tarifforderung entschieden werden. Die Sitzung vom 29.11. wurde vertagt, um „weitere Meinungen aus den Betrieben zu erfassen“. Angepeilt wurde in den Besprechungen eine Forderung „um 8 bis 9 Prozent“.

Berufsschulklasse: mindestens 220 DM

Münster. Brief einer Berufsschulklasse an die Redaktion der Gewerkschaftszeitung „Metall“ zur Weiterleitung an die Tarifkommission Stahl Nordrhein-Westfalen: Die Klasse der technischen Zeichner (die alle in Metallbetrieben tätig sind und in der auch Bauschlosser sind), der Berufsschule Münster 1, Hoff-Schulte-Straße, hat folgenden Brief (mit 13:6:6) geschrieben:

„An die Redaktion der ‚Metall‘ zur Weiterleitung an die Tarifkommission Stahl Nordrhein-Westfalen. In der letzten Woche haben wir im Unterricht den Warenkorb einer Arbeiterfamilie untersucht. 1300 bis 1400 DM hatten wir als Etat festgelegt ohne Kindergeld. Bei knappster Berechnung und ohne Auto kamen wir auf fast 1600 DM Ausgaben. Der Lohn reicht also vorne und hinten nicht. Wir haben deshalb festgestellt, daß man eine kräftige Lohnerhöhung braucht. Die Kapitalisten wollen weiteren Lohnraub durchsetzen. Wir Arbeiter können das nur verhindern, indem wir eine Lohnforderung aufstellen, die uns eint und für die wir einen einheitlichen Kampf organisieren können. Das kann nur eine Festgeldforderung sein. Deshalb sind wir gegen die von der Tarifkommission Stahl aufgestellte 7%-Forderung, weil sie erstens viel zu wenig bedeutet, vielleicht 80 bis 100 DM netto und die Spaltung der Arbeiter ermöglicht, weil für jeden nachher etwas anderes dabei herauskommt. Deshalb treten wir, wie die Betriebsjugendgruppe der IG-Metall – Opel Bochum, für eine Lohnforderung von mindestens 220 DM ein und fordern Sie auf, die Forderung entsprechend zu ändern, weil 7% nicht unseren Interessen entspricht. Weiterhin fordern wir die Tarifkommission auf, für die Lehrlinge die Forderung: Existenzlohn von 700 DM für alle Lehrlinge gleich! aufzustellen.

„Saisonaler Anstieg der Arbeitslosigkeit“

Bei Schnee und Regen Griff der Baukapitalisten in die Versicherungskassen der Arbeiter

Hamburg. 1041000 Arbeitslose in der BRD, diese Zahl sei saisonbereinigt, meldete das ZDF am 2.12. in der Heute-Sendung um 19 Uhr. Das heißt, viele Arbeitslose sind in dieser Zahl gar nicht erfaßt. Sie gibt nur den Durchschnitt an. Zum Beispiel die Bauarbeiter, die einen „saisonbedingten“ Arbeitsprozeß haben, sind zum größten Teil nicht mit in dieser Zahl erfaßt. Nicht, wie der Einfluß der Witterung auf die Bauarbeit gelöst werden kann, sondern, wirft mir das genug Profit ab, ist die Frage für die Kapitalisten. Zum Winter stehen im Baubereich die Entlassungen an, in Hamburg hat sich das wie folgt entwickelt: vom September 552 Arbeitslose bis November 828; dies wird sich bis Februar sprunghaft entwickeln, das kann man an den Zahlen von 76 bis 77 erkennen.

Sep. 76	Okt. 76	Nov. 76	Dez. 76	Jan. 77	Feb. 77
291	451	538	810	1212	1516

Die arbeitslosen Bauarbeiter müssen jetzt ihren Lebensunterhalt von den 62,5% Arbeitslosengeld bestreiten, womit viele ins Elend gedrückt werden. Viele Bauarbeiter werden in die anhängenden Baubranchen vermittelt, dort ist der Tariflohn jedoch niedriger. Lehnt man diese Arbeit ab, kann das Arbeitsamt nach einer solchen Ablehnung eine Sperrzeit des Arbeitslosengeldes durchführen. So verhängte die Bundesanstalt für Arbeit von Januar bis September Sperrzeiten in insgesamt 215038 Fällen, wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit in 52930 Fällen, wegen zweimaliger Ablehnung in 6921 Fällen, wo gleich jeglicher Anspruch auf das Arbeitslosengeld gestrichen worden ist. Viele dieser Bauarbeiter bewerben sich dann bei den Menschenhändlern, das sind Subunternehmer, die die Bauarbeiter an die Baukapitalisten weitervermitteln. Diese Menschenhändler zahlen keinen Tariflohn und führen auch keine Sozialabgaben ab oder in geringem Umfang, damit sie nicht auffallen.

Während ein Teil der Bauarbeiter arbeitslos im Elend leben soll, werden die anderen dazu gezwungen, auch bei schlechtem Wetter zu arbeiten. Nur bei Frost, wenn die Baumaterialien nicht bearbeitet werden können, meldet der Baukapitalist Schlechtwetter an. Der Druck wird mit Hilfe des niedrigen Schlechtwettergeldes ausgeübt.

Das niedrige Schlechtwettergeld von durchschnittlich 6 DM die Stunde ist das Druckmittel. Wenn bei schlechter Witterung trotzdem gearbeitet wird, erhalten die Arbeiter auf ihren normalen Stundenlohn 2 DM Aufschlag ohne Abzug von Steuern und Sozialversicherung für „Mehraufwand“, d.h. für verstärkten Verschleiß der Arbeitskraft. Diese 2 DM je gearbeitete Stunde in der Zeit vom 1.12. bis 15.3., der sogenannten Förderzeit, zahlen aber nicht die Kapitalisten selber. Sie holen sich das aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung, es ist also nur eine Umverteilung von Lohn, weil die Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung Lohngelder der Arbeiter sind. Die Baukapitalisten plündern die Versicherungskassen noch mehr: Sie lassen sich ihren Aufwand von Anmietung oder Erwerb von Winterbaugerät und -einrichtung, also Winterzelte, Öfen und Winterbekleidung für die Arbeiter bezahlen. Dies steht in der Tabelle für Investitionskostenzuschüsse. Jeden Mehraufwand in der Förderzeit vom 1.12. bis 15.3. holen sie sich auch aus dieser Kasse. In der Tabelle nennt es sich dann Mehrkostenzuschüsse. So berauben sie die Arbeitslosenversicherung um insgesamt 1,261 Milliarden DM (die Zahlen zusammen aus dem Jahr 1976). Dieser Griff in die Versicherungskassen der Arbeiter wird getarnt über die Winterbau-Umlage, die die Kapitalisten einzahlen und die 1976 gerade 774,8 Mill. DM ausmachte. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Als Bauarbeiter im Ausland

Ein Arbeiter vom Bau hat sich bei der Firma Dyckerhoff und Widmann (D u. W) für's Ausland beworben. Er wird in den Iran geschickt, wo D u. W zwei KKWs am Persischen Golf bauen läßt. Gezwungen wurde er dazu, weil sein jetziger Lohn, ca. 1500 DM, für seine Schulden und Belastungen aus der Scheidung nicht reicht. Er wird im Ausland ca. 4600 DM brutto bekommen, die sich wie folgt aufgliedern:
ca. 2700 DM Grundgehalt bei 220 Stunden monatlich, das sind neun Stunden täglich an sechs Tagen
ca. 1400 DM Auslösung monatlich
ca. 500 DM für zu zahlende Steuern.
Macht zusammen 4600 DM.

Zusätzlich zu den 220 Stunden dürfte er noch bis zu 50 Überstunden machen, was ihm nochmal 500 DM einbringen würde, sagte der Vertreter von D u. W. Er mußte sich für zwei Jahre verpflichten. In dieser Zeit geht das Grundgehalt und, wenn er die 50 Überstunden macht, auch das Geld, auf sein Sperrkonto hier in der BRD. Also hat der Kapitalist die Finger drauf, es werden nur seine Belastungen und ca. 400 DM Sozialabgaben hier in der BRD abgebucht. Hält er es zwei Jahre nicht aus, zieht der Kapitalist die Konventionalstrafen gleich vom Konto wieder ab, was meist alles ausmacht, da die Strafen zwischen 6000 und 10000 DM liegen. 1400 DM Auslösung bekommt er dort zum Leben, es wurde ihm gesagt, für die Kantine, Sportanlagen und Club könnte man mit 1000 DM gut auskommen. 1 1/3 Tag hat man ihn im Tropen-Krankenhaus in Hamburg untersucht und geimpft, besser gesagt zerstochen, „tropentauglich“ oder tauglich zur Ausbeutung unter extremer Belastung. Man kennt solche Untersuchungen auch bei der Musterung zur Bundeswehr.

Forderungen des Vertrauensleutekörpers Berthold zum Lohnkampf

Westberlin. Die Vertrauensleute der H. Berthold AG haben am 1.12.77 beschlossen, für den anstehenden Lohnkampf 210 DM Festgeld für alle, Streichung der Lohngruppen 1 und 1 und den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Für die Auszubildenden soll auf der nächsten Vertrauensleutekörpersitzung eine Forderung verabschiedet werden. Zu dieser Sitzung sollen alle 8 Lehrlinge eingeladen werden.

Island sperrt seine Gewässer

Island hat gegen die imperialistischen Räuber seiner Fischgründe gesiegt. Norwegen will zum 1.1.1978 Fangbeschränkungen, wenn nicht gar Fangverbot durchsetzen.

Die westdeutschen Imperialisten sind getroffen, ihnen gehen riesige Profitpfründe verloren. Das sind ihre Sorgen. Sie finden es an der Zeit, höhere Beweggründe zu dokumentieren – das Volkswohl.

„Frischfisch wird knapper und vermutlich bald teurer. Der Hauptfangplatz Island ist von morgen 0 Uhr an für die Fischereiflotte der Bundesrepublik gesperrt. Heute läuft der deutsch-isländische Fischereivertrag aus, der der deutschen Hochseefischerei zwei Jahre lang das Fischen in der isländischen 200 Seemeilenzone erlaubt hatte.

Etwa zwei Drittel der Frischfisch-Anlandungen deutscher Trawler kam bisher aus den Gewässern der Inselrepublik." (Kieler Nachrichten, 28.11.1977) Nicht zu vergessen die Sorge um die Arbeitsplätze. Alles muß herhalten. Die Imperialisten haben es schließlich nicht aufgegeben, unter allen Umständen Höchstprofit zu ergattern. „Das Problem der bundesdeutschen Fischerei liegt in der zunehmenden Nationalisierung der Weltmeere" (Berichte vom Tage, 28.11.), zu denen sie selbstverständlich jederzeitigen freien Zugang wünschen, denn die BRD ist „besonders auf ferne und gute Fangplätze angewiesen". (NDR, 28.11.) Man stelle sich vor, Island hat „deutsche Fischer ausgeschlossen" (Hamburger Abendblatt, 22.11.) von ihrem „angestammten Recht", fremde Fischgründe auszuräubern.

In zwei bis vier Jahren meinen die Fischereikapitalisten, könnten sie wieder vor Island fischen. Anerkennen müssen sie den Willen des isländischen Volkes auf Erhaltung seiner natürlichen Resourcen. Gut ist im Gedächtnis, wie die Isländer die britischen Trawler aufgebracht haben, die illegal in der 200 Seemeilenzone fischten. Die Isländer hatten die Unterstützung der Völker der Welt, drum mußten die Imperialisten aufgeben.

In zwei bis vier Jahren hoffen die Imperialisten auf eine andere Lage, man wird sehen.

Die Kapitalisten sind Leute, die sich nicht mit Hoffnungen abgeben. Sie sind Leute der Tat. Der Bremer Senat hat ihr Programm als Entschließungsantrag an den Bundesrat formuliert – als Übergangslösung sollen erstmal die westdeutschen Volksmassen kräftig geplündert werden – um 20 bis 25 Millionen DM. Gefordert werden:

„Aufliegebeihilfen, um Fahrzeuge und Mannschaften für einen weiteren Einsatz bereitzuhalten;
Abwrackbeihilfen, um überschüssige Tonnage – vor allem Seitenfänger – aus der Fahrt zu nehmen;
Hilfen für die Kapazitätsbeschränkungen von Verarbeitungsbetrieben an Land;
Neuausrichtung der Flotte, d.h. Hilfen bzw. Garantien beim Auffinden neuer Fangplätze, bei der Umstellung des Fanges auf bisher in Deutschland nicht am Markt eingeführte Fischarten (z.B. blauer Wittling)." (Weser-Kurier, 22.11.) – (N-Red.)

Arbeiter und Bauern in Scheden kämpfen gegen den Einbau von Wasseruhren

Scheden. Seit einem halben Jahr kämpfen Schedener Arbeiter und Bauern gegen den Einbau von Wasseruhren. Scheden hat ein gutes Wasservorkommen. Die Wassergebühren wurden bisher pro Jahr pauschal nach sog. Einwohnerrichtzahlen bezahlt. Wegen der „Gerechtigkeit" gegenüber den anderen Gemeinden der Samtgemeinde sollen jetzt Wasseruhren eingebaut werden. Die bürgerliche Gerechtigkeit kennen die Schedener Arbeiter und Bauern: Seit der Gebietsreform 1974 sind in den Dörfern die Gebühren für Wasser und Abwasser um 300% gestiegen. 215 Arbeiter und Bauern haben sich geweigert, die Wasseruhren einbauen zu lassen. 40 städtische Arbeiter und deren Verwandte sind inzwischen durch den Dienstherrn zum Einbau der Wasseruhren erpreßt worden. „Wir können ohne Thies leben. Wir brauchen keine Wasseruhren", ist eine der Parolen, mit der die Schedener Arbeiter und Bauern den Kampf aufnehmen. Thies ist der stellvertretende Samtgemeindedirektor.



Als Thies die Wasseruhren in Scheden einsetzen wollte, vertrieben ihn samt seiner Wasseruhren 200 Arbeiter, Bauern und Schüler. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Revisionistische Bemühungen, die Kämpfe der französischen Stahlarbeiter in die Trikolore einzuwickeln. Der Fetzen wird nicht halten

Der „Generalstreik" und „Aktionstag", zu dem die revisionistischen und reformistischen Führer der Gewerkschaften CGT, CFDT und der Lehrergewerkschaft FEN für den 1. Dezember aufgerufen hatten, ist nur in einigen Teilen des Öffentlichen Dienstes, den Druckereien und einzelnen Großbetrieben bei Paris und den anderen großen Städten ganz oder zum Teil befolgt worden. Es war bereits der dritte „Generalstreik" dieser Art im Laufe eines Jahres.

In den Zentren der französischen Eisen-, Kohle- und Stahlproduktion, wo die französische Bourgeoisie gegenwärtig den Hauptangriff auf die Arbeiterklasse führt, blieb der Aufruf zum „Generalstreik" fast unbeachtet. In Thionville, dem Zentrum der Lothringer Stahlproduktion, wo bei USINOR für den Dezember die endgültige Stillegung des Hochofens und damit des Großteils des Betriebs und die Entlassung weiterer 2500 Arbeiter angekündigt ist, wo ein entscheidender Kampf zu gewinnen oder zu verlieren steht und wo die Kampfaktionen und Proteste in der ersten Hälfte des Jahres nicht abgerissen sind, fahren die Arbeiter der Mittagsschicht mürrisch mit dem Wagen oder auf dem Fahrrad ins Werk. Zwei Rentner, die ihr Leben auf dieser Hütte verbracht und verbraucht haben, schauen bitter auf den mächtigen Hochofen, der im Dezember endgültig erlöschen soll. „4000 schmeißen sie hinaus, nur 500 bleiben. 4000!", sagt der eine erregt. Werden die Arbeiter noch den Widerstand organisieren können, werden sie, wie von vielen Gewerkschaftern immer wieder gefordert, den Betrieb besetzen? Die Alten schütteln den Kopf. „Die Arbeiter einigen sich nicht. Es scheint, daß die Unternehmer stärker sind. Die halten zusammen."

Tatsächlich führen die Stahlbarone Frankreichs, von der Geißel der imperialistischen Konkurrenz getrieben und entschlossen, um jeden Preis sich und ihre Profite zu behaupten, ihr „Sanierungsprogramm" mit größter Wucht und Geschlossenheit durch. Den Rammbock macht für sie die Regierung. Der Premierminister Barre hat eben kürzlich die Entlassung von weiteren 12000 Stahlarbeitern angekündigt. Insgesamt werden am Ende des Sanierungsprogramms 30000 Arbeiter auf die Straße geworfen sein, während die Ausbeutung der übrigen enorm gesteigert wird. Gleichzeitig führen die beiden größten Stahlkonzerne, USINOR und SACILOR, untereinander eine Arbeitsteilung durch. SACILOR geht mit staatlicher Unterstützung in Milliardenhöhe daran, einige seiner Gruben und Werke in Lothringen auszubauen. USINOR verlegt das Schwergewicht seiner Produktion weitgehend auf die am Meer gelegenen neuen Werke wie in Dünkirchen und in Fos bei Marseille, wo die in den Ländern der Dritten Welt, insbesondere der ehemaligen französischen Kolonie Mauretanien, abgepreßten Erze verarbeitet und teilweise von neuem in die Exportschlacht auf dem Weltmarkt geworfen werden. Fester Bestandteil der Rechnung der Kapitalisten ist eine sprunghafte Steigerung der Ausbeutung in den hochmodernen Anlagen, vielfach bei gesenktem Lohn. Dafür werden die Werke von USINOR in Lothringen und Nordfrankreich, die zu den größten des Landes gehören, rigoros stillgelegt. Entscheidend ist die Auseinandersetzung um die Schließung von USINOR Thionville.



Demonstration in Burbach gegen Massenentlassungen

Saarbrücken. Demonstration am Freitag Mittag in Saarbrücken-Burbach unter dem Motto: „Die Burbacher Hütte darf nicht sterben", einberufen von dem IG-Metall-Bezirksvorstand gegen die geplanten Massenentlassungen im Werk Burbach durch die Stillegung der Flüssigkeitsphase.

Der Kampf gegen die Betriebsschließungen und Massenentlassungen war von Anfang an fest verbunden mit den Kämpfen der Arbeiter in den anderen französischen Stahlbetrieben gegen die Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung. Im Januar traten die beiden Hochofenbesatzungen beim modernsten Stahlwerk Frankreichs, Solmer in Fos, in den Streik für die Forderungen nach Lohnzulage von 1,50 Francs pro Stunde, um die Teuerung auszugleichen, nach voller Bezahlung bei Kurzarbeit sowie nach Einführung einer fünften Schicht an den dauernd in Betrieb befindlichen Hochöfen. Insbesondere diese letzte Forderung ist eine offensive Gegenforderung gegen das ganze „Sanierungs"programm der Kapitalisten. Dieselbe Forderung wird in zahlreichen anderen Betrieben erhoben. Die Stahlkapitalisten antworten mit der Ausschließung von 4500 Arbeitern bei Solmer. Die Arbeiter von Sollac in Thionville, wohin die Kapitalisten die Produktion verlegen wollen, erklären, daß sie dies nicht mitmachen. Am 27. treten sie selbst in den Streik für Lohnerhöhung und Einführung einer fünften Schicht. Bei Solmer wird der Streik mehrere Wochen von den Arbeitern durchgehalten und endet in einem Kompromiß. Er war jedoch eine bedeutende Kampfansage.

Zur selben Zeit nehmen die Arbeiter von USINOR in Thionville den Kampf gegen die Schließungspläne der Kapitalisten auf. Im März findet eine erste große Demonstration von 4000 in Thionville statt. Im April folgt die „Aktion tote Stadt". Die ganze Stadt liegt für einen Tag lahm. Alle Läden bleiben aus Protest geschlossen, in den Betrieben wird gestreikt. Gegen Abend versammeln sich 20000 zu einer Protestkundgebung. In Sprechchören wird die Besetzung der Fabrik gefordert. Die örtlichen Sekretäre der Gewerkschaft CFDT unterstützen dies öffentlich und schlagen den Streik in der gesamten Lothringer Stahlindustrie vor.

Schon hier zeigt sich, daß die Führer der revisionistischen „Kommunistischen Partei Frankreichs", der PCF, die mit der CGT die größte Gewerkschaft des Landes beherrschen, entschlossen sind, jeden ernsthaften Kampf zu verhindern. Erst versteckt, im folgenden immer offener und aggressiver, wenden sie sich gegen alle „abenteuerlichen und unverantwortlichen Aktionen". Sie fordern stattdessen, den Kampf auf die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit der „Linksunion" und die Nationalisierung der Stahlindustrie zu konzentrieren.

Ihre Forderung nach Nationalisierung der Stahlindustrie übertrumpft selbst noch die Pläne der Kapitalisten. Kurzgefaßt besteht ihr Plan darin, mit staatlicher Unterstützung ein einheitliches französisches Stahlkartell zu bilden, dessen Funktion es hauptsächlich sein soll, der metallverarbeitenden Industrie billigen Stahl in großer Menge zu liefern. Diese metallverarbeitende Industrie ihrerseits soll eine gewaltige Exportoffensive auf dem Weltmarkt starten, und dadurch eben soll auch die Stahlproduktion auf so hohes Niveau gesteigert werden, daß angeblich nicht nur alle Arbeiter bleiben und alle Betriebe aufrechterhalten werden können – nein, es sollen noch weitere 23000 Arbeiter neue Arbeitsplätze bekommen, natürlich bei erhöhtem Lohn, 40-Stunden-Woche, Einführung einer fünften Schicht an den Hochöfen, Senkung des Rentenalters... Alles das soll durch die bloße Verstaatlichung bewirkt werden, so, als könne man dadurch die Wirkungen der kapitalistischen Krise, die sich ja nur in dem Rückgang der Stahlproduktion zugespitzt ausdrückt, beseitigen.

Man versteht die Wucht dieser durch und durch sozialchauvinistischen Demagogie der Revisionisten nur richtig, wenn man weiß, daß sie über die Festlegung der Verstaatlichung der Stahlindustrie im gemeinsamen Regierungsprogramm die „Linksunion" mit den Sozialdemokraten Mitterands scheitern ließen.

Auf dieser Linie haben sie den Kampf der Stahlarbeiter systematisch gespalten und abgewürgt. Im Mai kam es bei USINOR in Thionville zu einer Serie von Streiks, Aktionen wie der stundenlangen Besetzung von Eisenbahnschienen und Straßenblockaden und Demonstrationen. Aber jeden Ansatz, von Protesten zu wirklichen Kampfschritten zu kommen, die die Kapitalisten treffen, haben die Revisionisten mit massiven Drohungen verhindert. Sie griffen die CFDT-Gewerkschaft in Thionville öffentlich an, von „Linksradikalen" unterwandert zu sein. An die Stelle dessen setzten sie ein ermüdendes Karussell von Demonstrationen, Kurzstreiks, „Aktionstagen" usw. usf. Schon im Mai aber sagten die Arbeiter: „Wenn wir in den nächsten 15 Tagen nicht besetzen, sind wir verraten." Und: „Jeder will sich hier für die Sache schlagen, aber ernsthaft schlagen. Wir können doch nicht jede Woche nur dasselbe Theater machen. Wenn wir jetzt nichts Ernsthaftes unternehmen, dann ist die Sache ausgereizt." (Interviews mit Arbeitern von USINOR, in: Quotidien du peuple, 25.5.)

Auf diese Weise wurde die Kampfbereitschaft der Arbeiter erschöpft, bis im Juli die ersten Entlassungen da waren. Viele Arbeiter gaben entmutigt auf und suchten sich neue Arbeitsplätze oder nahmen Änderungskündigungen an, für die USINOR-Werke an der Atlantik- oder Mittelmeerküste. Das ist die gegenwärtige Situation. Wen kann es wundern, daß die Arbeiter nicht bereit waren, am 1. Dezember für einen „Generalstreik", der sich als ein bloßes Manöver der Revisionisten im Vorwahlkampf darstellt (im Frühjahr sind Parlamentswahlen), auf die Straße zu gehen? Es drückt eher schon die Reife der französischen Arbeiterbewegung aus, daß die aktive Unterstützung für die Betrügereien der Revisionisten geringer wird. Für die Revisionisten war die geringe Beteiligung jedenfalls eine Schlappe. Sie wollten die Arbeiterklasse der Bourgeoisie gefesselt vorführen. Bei USINOR Thionville wollten sie jetzt sogar einen Schritt weitergehen. So hat die CGT-Führung (offenbar in Übereinstimmung mit der Geschäftsleitung) für den 4. Dezember zu einem „Tag der offenen Tür" bei USINOR aufgerufen. Sie wollen den Bourgeois zeigen, daß sie die Arbeiter in den Betrieb hinein und auch wieder hinausführen können. Ob es aber so ausgeht, ist sehr die Frage. – (Z-Red.)

„Diesmal sind die teuren Sachen gefragt" – tatsächlich wird den Volksmassen Schund angedreht

„Die Eröffnung des Weihnachtsgeschäftes" habe die „Erwartungen im großen und ganzen bestätigt", aber der große Boom sei ausgeblieben. Schuld sei „der Trend des Kunden" zu teuren Sachen „im Bewußtsein, daß Qualität ihren Preis hat", so tönen die Nachrichten und die Presse nach dem ersten verkaufsoffenen Sonnabend.

Als Verkäufer im Einzelhandel, in Kaufhäusern, wo die Massen kaufen müssen, sieht man sehr gut, welchen „Trend" der niedrige Lohn vorschreibt. Die Volksmassen kaufen langlebige Waren, die ihren Nutzen haben, z.B. Küchengeräte, Werkzeuge, Autozubehör, sanitäre Anlagen usw. Man kauft sich z.B. einen Steckschlüsselsatz, der „teuer" ist, nämlich mindestens 50 Mark, wenn er halbwegs brauchbar sein soll, weil man sein Auto nicht mehr in die Werkstatt bringen kann.

Die Kapitalisten nutzen das schamlos aus. Sie schreiben „Sonderangebot" über die Kaffeemaschine für 39,50 DM, die sonst genausoviel kostet (Kepa, Wolfsburg). Sie erhöhen zwei Monate vor der Weihnachtszeit die Preise um mindestens 10–15% bei gleichem Einkaufspreis, um gut ins Geschäft einzusteigen, und für ein bis zwei Tage mit „Sonderangeboten" zum alten Preis (Karstadt Braunschweig) einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu haben. Oder sie organisieren „Hertie-Glücksstunden" und bieten für eine Stunde „verbilligte" Ware an, Unterhosen für 2,50 DM statt für fünf oder sechs Mark, Autofelle für 35 statt für 45 oder 50 Mark, die man bei ein bißchen Suchen mitunter auch sonst für den Preis findet.

Dabei versuchen sie, den größten Schund unter die Leute zu bringen für teures Geld. So wurden im Sommer unter der Parole „Hertie-Leistung – Ihr Gewinn" Autocassettengeräte für 198 DM verkauft. Von 150 bis 200 verkauften Geräten sollen ca. 40 nach kurzer Zeit als Schrott zurückgekommen sein. Das gleiche bei Haartrocknern (Kepa), die erst gar nicht heiß werden oder stinken und qualmen, und das für 21 DM – „wer rechnet, geht zur kepa" –, oder die Plastikgehäuse fliegen gleich auseinander. Will man so einen Schund umtauschen, so wird man vom Abteilungsleiter beschimpft, daß man kein technisches Verständnis hat oder die Gebrauchsanleitung nicht gelesen hat, damit man am Ende die Reparatur auch noch selber bezahlen kann.

„Die teuren Sachen sind gefragt ... Die Tendenz geht zu Schmuck" (Handelsblatt) – bei wem? In den großen Kaufhäusern, wo die Massen kaufen, sind die Gänge um die Schmuckvitrinen jedenfalls leer. Die Massen mit ihrem „Konsumdenken" haben zuviel Geld für teure Sachen – so wird der Tarifkampf durch die Kapitalisten und ihre Schreiberlinge vorbereitet. – (Zelle Handel, Bezirk Südostniedersachsen)

Streik im Hanauer Haushaltswerk Rödiger

Hanau. Im Haushaltswerk Rödiger traten 30 Arbeiter am 28.11. in einen kurzen Warnstreik. Sie streikten gegen das Angebot der Kapitalisten: 5,2% Lohnerhöhung. Es streikten die Arbeiter der Heizungs-Industrieabteilung. Der IGM-Beauftragte für Hanau, Schied, kündigte weitere Warnstreiks in den nächsten Tagen an.

Neues Klinikum Göttingen zur Kostendämpfung, Bespitzelung und Antreiberei

Göttingen. Am Donnerstag letzter Woche wurde ein Patient von der Medizinischen Wachstation im alten Klinikum verlegt auf die Allgemeine Männerstation im neuen Klinikum. Er hätte auf der Allgemeinstation unbedingt an ein Beatmungsgerät angeschlossen werden müssen. Das ging nicht, weil im neuen Klinikum noch kein entsprechendes Gerät funktioniert und das Bett auf der Wachstation inzwischen wieder belegt war. In der Woche davor ist auf die Weise ein Patient gestorben.

„Daß bei Inbetriebnahme nicht alles gleich so klappt, ist wie bei jedem Hausbau", sagt Kurator Schneider. Aber ansonsten „fühlen sich die Patienten wie in einem Luxussanatorium". Denn das neue Klinikum ist ein „klassenloses Krankenhaus" mit komfortablen Zweitbettzimmern. Telefon, Fernsehgerät, besondere Kost und Behandlung durch den Chefarzt kann man sich als Sonderleistung kaufen. „Der Patient soll schneller und exakter betreut werden", so formuliert Prof. Ehlers, Chef der medizinischen Datenverarbeitung und wissenschaftlicher Experte in Sachen Rationalisierung, die erste Devise für das neue Klinikum. Nach Betreten der Eingangshalle, die einer Flughafenhalle gleicht, zieht der Patient bei der Anmeldung eine Nummer, begibt sich in die „Wartezone" bis er aufgerufen wird. Beim „Aufnahmedialog" werden alle möglichen Daten abgefragt und über die medizinische Datenverarbeitung gespeichert. Sodann erhält er eine „Leitkarte" und begibt sich in die entsprechende Poliklinik. Dort muß er sich an der „Leitstelle" melden, wo inzwischen seine Daten eingetroffen sind, wartet er auf Abruf zur Untersuchung. Schneller, als er sichs versieht, ist er von der Behandlung draußen und muß zur Blutabnahme. Dort muß er die Luft anhalten. Umfallen ist verboten, denn der Raum ist so klein, daß dichtgedrängt zwei Schwestern jeweils einem Patienten Blut abnehmen können.

2. Devise: „Entlastung des Personals, intensivere Betreuung der Patienten. Für 20 Personen auf der Allgemeinstation reichen daher auch 7,5 Pflegekräfte aus. Keine Schwerstkranken mehr. Bettenbeziehen und Waschen fällt weg. Der Schriftverkehr erledigt sich rasch von selbst." Geblieben sind die Schwerstkranken auf der Allgemeinstation und wie die Erleichterung im Schriftverkehr aussieht, schildern Pfleger aus der Nervenklinik bezüglich der Medikamentenversorgung. Die Medikamente müssen aus einem Buch herausgesucht und mit Nummern versehen auf einem Block notiert werden. Die Arztunterschrift, dann zum Abteilungsbüro, um die Bestellung über die Datenverarbeitung aufzugeben, der Block muß zurückgeholt werden, sodann darf die Medikamentenliste am nächsten Morgen zu ihrem Bestimmungsort. Wehe dem, es liegt eine eilige Medikamentenanforderung vor!

3. Devise: „Im neuen Klinikum soll jeder Freude an der Arbeit haben und sich dort wohlfühlen. Aufenthaltsräume mit einem Liegesessel, ein Restaurant, hinzukommen soll noch eine Cafeteria und eine Snackbar. In die Räume, wo kein Tageslicht hinkommt, gleichmäßiges helles Arbeitslicht, eine Klimaanlage, bei der sich gut arbeiten läßt."

Anmeldung der Nuklearmedizinischen Abteilung: Helles Licht, zwei Telefone, eine Sprechanlage. Patienten, die sich anmelden wollen. Von den drei Sekretärinnen ist ständig eine krank. Nervosität, Magen- und Kreislaufbeschwerden. Ein Käfig, in dem die Auspressung von Mehrarbeit ungeheuer gesteigert wird. Im Zentralarchiv gehört zum Frühstück bei „hellem Arbeitslicht" der Telelift, der über die Köpfe saust. Zur Toilette oder zum Händewaschen müssen sie zwei Etagen höher gehen, sie wurden vergessen einzubauen. Mit Strom muß gespart werden. Eine Ausnahme: Die Hydrokulturen, die zur Verschönerung und Belebung des Baus dienen, sie sind auf Licht angewiesen, also muß es auch brennen bleiben. Zum Schutz dieses „Paradieses": Zwei Wachmänner der Niedersächsischen Wach- und Schließgesellschaft, ein im Ausgang befindlicher Werkschutz und eine Polizeistation gleich neben dem Krankentransporteingang. Abgesehen von den ständigen Rohrbrüchen, Deckenbrüchen, fehlenden Toiletten, Strom- und Klimaanlagenausfall: „Das phantastische Konzept des Klinikums bietet eine einmalige Chance", so Prof. Ehlers. Wofür? Für Kostendämpfung, Bespitzelung und Antreiberei. Richtig, die Chance bietet sich, aber wird die Bourgeoisie sie auch wahrnehmen können? Ein besonderer Krisenstab mußte eingerichtet werden. Doch dieser Krisenstab konnte nicht verhindern, daß die Belegschaft sich zusammenschließt für die 35-Stundenwoche – 220 DM Festgeld und gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. – (Zelle Uni-Kliniken Göttingen, Bezirk Südostniedersachsen)

Seeleute, Fernfahrer: Was Sozialdemokraten unter erfolgreichen Manteltarifverhandlungen verstehen

Die Soziald P BBeiträge zum „neuen Stil" in der Tarifpolitik geleistet, den die „Fünf Weisen" in ihrem Gutachten fordern: Bei den Manteltarifverhandlungen für die Seefahrt einigten sie sich mit den Reedern, die Arbeitszeit „vom und zum Fangplatz bis 1981 stufenweise auf vierzig Stunden wöchentlich zu verkürzen" bei gleichzeitigem 11monatigem Heuerstopp und Zulagenkürzung. Schon heute zwingt die niedrige Grundheuer von 1400 DM brutto die Seeleute zu 80 bis 90 Überstunden im Schnitt.

Verstärkten Zwang zu Uberstunden durch Heuerstopp und Zulagenkürzung bei gleichzeitigem Hinauszögern der Einführung sogar der 40-Stunden-Woche bis 1981 als Erfolg zu feiern: auf den Schiffen kamen die Sozialdemokraten nicht zurecht mit diesem neuen Stil – von den Seeleuten heftig angegriffen, distanzierten sie sich von dem Abschluß.

Das neue „ÖTV-Magazin" schweigt zu diesem Abschluß, dafür wird die Arbeitszeit der Kraftfahrer in einem Briefwechsel zwischen Kluncker und Gscheidle verhandelt: Gescheidle an Kluncker: „Heute kann ich Ihnen eine gute Nachricht übermitteln", denn, so heißt es weiter, der Rat der EG-Verkehrsminister habe die Beibehaltung bzw. Verbesserung der Sozialvorschriften für Kraftfahrer beschlossen. Kluncker an Gscheidle: „Vielen Dank für Ihren Einsatz." Und zum Thema tarifloser Zustand im Güter- und Möbelfernverkehr: „. . . wir weisen darauf hin, daß weiterhin die gesetzlichen Arbeitszeiten der Arbeitszeitordnung gelten."

Nicht weniger als Gesundheit und Lebenszeit der Kraftfahrer wird da verhandelt. In der Arbeitszeitordnung, auf die Kluncker so pocht – und die nebenbei mitten aus der Nazizeit 1938 stammt – ist noch festgelegt: Der reine Dienst am Steuer darf acht Stunden/Schicht nicht überschreiten. Wochenlenkzettel nicht über 48 Stunden, innerhalb einer Doppelwoche zwei Pausen je 24 Stunden, sonst zwischen den Schichten mindestens zehn Stunden Ruhezeit.

Unter diesen Bedingungen sind sie ständig „mit einem Bein im Knast", wie die Fernfahrer über diese mörderischen Vorschriften sagen.

Den Speditionskapitalisten war's noch nicht genug. Sie sind vor die EG-Kommission gezogen, um die Vorschriften der Arbeitszeitordnung außer Kraft zu setzen: zum Beispiel wenn zwei Fahrer im Wagen sind, soll die Ruhezeit zwischen den Schichten nur vier Stunden betragen, einer kann ja im Wagen schlafen. Leben im Führerhaus, so wie der Seemann von seinem Schiff nicht runterkann.

Die Sozialdemokraten *reden* jetzt angesichts der erhobenen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche auch von „Arbeitszeitbegrenzung". Ihre *Taten* zeigen, wohin die Politik der Klassenversöhnung führt, wenn man ihr die Führung läßt: wachsender Zwang zu Überstunden bei den Seeleuten, Verteidigung der geltenden „Arbeitszeitordnung" gegen die Interessen der Fernfahrer. – (Bezirk Hamburg–Unterelbe)

5 Monate Kostendämpfung – Kampffront dagegen wächst

Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz ist jetzt fünf Monate alt und sich über dies Machwerk zu freuen hatte die Bourgeoisie nicht recht Gelegenheit. Überall, wo ihre Politiker auftreten, werden sie dafür zur Rede gestellt. Der staatliche Dienstherr hat alle Mühe, die Kampffront gegen dies Gesetz in Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zu unterdrücken. Die vielfältigen Versuche, den Auftrag des Gesetzes zum Mord an den alten und kranken Arbeitern zu vertuschen, sind fruchtlos. Überall, wo die Sozialdemokraten in den Betrieben dazu gestellt wurden, waren sie gespalten. Gestärkt durch den Beschluß des Hauptvorstandes der ÖTV, die Selbstverwaltung der Versicherten zu fordern, kann diese Kampffront sich weiter entfalten und vereinheitlichen. Dies ist auch notwendig.

Vielfältig sind die Versuche der Bourgeoisie, diese Kampffront zu zerschlagen und zu kriminalisieren. So hat Minister Ehrenberg in seinem Wahlkreis Weser-Ems die Staatsanwaltschaft beauftragt, ihm seine Weste wieder zu säubern und den Genossen D. Steenken, Sekretär der Bezirksgruppe Weser-Ems des KBW, vor Gericht zu bringen. Damit will Ehrenberg seinen landauf, landab viel benutzten Beinamen „Schreibtischmörder" wieder loswerden und die Bewegung gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz einschüchtern. Desgleichen tuts ihm sein Kumpan Senator Brückner in Bremen nach, der etliche Ärzte und Schwestern vor Gericht zerren will, die Enthüllungen über die Medikamentenforschung an den Krankenhäusern gemacht haben.

Flensburg. Dem Rentner Nikolai Sönsen ist bis heute von der Diakonissenanstalt Flensburg noch kein Herzschrittmacher eingesetzt worden. Das ist ein Mordanschlag auf den Rentner, der in der Stadt und im Krankenhaus offen angegriffen wird. Sieben Beschäftigte und drei Patienten der Diakonissenanstalt haben bisher eine Resolution gegen die Anwendung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes unterzeichnet. In einer Flugblattaktion wird die Diakonissenanstalt als Rentnerbeseitigungsanstalt angegriffen. Das hat den Nerv der Hausleitung getroffen, sie versucht, mit Bespitzelung der Unterzeichner und mit einer Kündigung den Kampf zu unterdrücken.

Durchgesetzt wurde inzwischen, daß der Rentner Nikolai Sönsen stationär aufgenommen wurde, jetzt versucht der Leiter der Ambulanz für Herzschrittmacher Dr. Theede, durch Besuchsverbot den Rentner zu isolieren.

Hamburg. Im Krankenhaus St. Georg war ein Patient verstorben. Die Stationsärztin Bischoff wollte den Schwestern die Verantwortung in die Schule schieben. Diese hätten durch falsche Gabe von Abführmitteln im Wechsel von Stoffmitteln den Darmverschluß verursacht, der entscheidend zum Tode beigetragen hat. Das Pflegepersonal hat diesen Angriff zurückgewiesen und die Ärztin und die Krankenhausleitung für den Tod verantwortlich gemacht. Durch Arbeitshetze und Unterlassungen von notwendigen Untersuchungen konnte die Schwere der Krankheit auf der Augenstation nicht erkannt werden. Weiter sprachen sie sich gegen die Krankenhausbetriebsgesellschaft aus, und wollen

1. dafür sorgen, daß Mitte Dezember eine Personalversammlung stattfindet zur Rationalisierung und Lohnfrage.
2. auf einer Stationsversammlung den Chefarzt zu den Vorfällen stellen.
3. 220 DM als Lohnforderung aufstellen.

Bremen. Aus dem St. Jürgen Krankenhaus, wie auch aus allen anderen Krankenhäusern werden alte kranke Patienten, die nach Meinung der Ärzte keine „akut medizinische Versorgung mehr brauchen", sondern sogenannte „Pflegefälle" sind, in die Siechenheime bzw. Verwahranstalten abgeschoben: „Der Krankenhaustagesatz von jetzt 177 DM ist viel zu teuer für die Alten!", sagte ein Oberarzt. Wir haben daraufhin beraten, wie man dieses Mordprogramm verhindern kann.

Eine Beschäftigte sagte, daß das Altenheim Friedehorst in Bremen-Lesum wohl das größte und schrecklichste von diesen Verwahranstalten ist. Die anderen haben das bestätigt und jeder wußte auch etwas zu berichten: z.B. werden nur alle vier Wochen die Betten überzogen, die Hygiene ist ganz miserabel, kaum Schwestern und kein Arzt, der den ganzen Tag da ist.

Friedehorst, das sind keine Häuser, sondern Baracken, wo die alten Arbeiterinnen und Arbeiter untergebracht sind. „Ja, da kommen auch nur die hin, die keinen Pfennig Geld mehr haben", sagte ein Krankenpfleger. Es wurde beschlossen, die Patientinnen, die von unserer Station dorthin verlegt wurden, zu besuchen, um zu sehen, wie sie dort versorgt werden. „Das ist das einzige Mittel, damit wir endlich genaueres über dieses Heim wissen, und uns weigern können, wieder jemanden dorthin verlegen zu lassen", war die einhellige Meinung. – (Zelle St. Jürgenstraße, Bremen Unterweser)

„Wir sind Arbeiter und Angestellte, die gegenwärtig zur Kur im AOK-Heim Bad Sachsa sind. Wir sind davon unterrichtet, daß der Krankenpflegeschülerin Dagmar S. ihr Ausbildungsverhältnis zum 30.11.1977 gekündigt wurde. Wir wollen dazu erklären:

1. Der Eid auf das Grundgesetz ist für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten des öffentlichen Dienstes eine Fessel, mit der sie auf das private Eigentum an den Produktionsmitteln eingeschworen werden sollen. Sie sollen die Ausbeuterordnung verteidigen und Unterdrückung ausüben. Sie sollen abgespalten werden aus der Front der Arbeiter und des Volkes für die soziale Revolution und gegen die Revolution zu Felde ziehen. Wenn der staatliche Dienstherr der Kollegin Dagmar S. Bruch dieses Eides vorwirft, so erklären wir, dieser Vorwurf ehrt sie und alle Arbeiter. An der Ausbeutung gibt es für uns nichts zu verteidigen, beseitigt muß sie werden.

2. Dagmar S. hat Flugblätter verteilt vom Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig und Hildesheim. Sie unterstützt die Kämpfe der Soldaten für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht. Das ist unbedingt richtig. (. . .)

3. Aus den genannten Gründen sind wir dagegen, daß die Kollegin Dagmar S. entlassen wird. Jeder, der nicht auf der Seite der Kapitalisten, auf der Seite des Sozialamtes, auf der Seite von Sozialminister Schnipkoweit und Verwaltungsoberamtmann Henneke steht, muß dagegen sein. Für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot! Sofortige Zurücknahme der Kündigung von Dagmar S.!" Unterzeichnet von sieben Arbeitern, Angestellten und Beschäftigten

ken mehr. Bettenbeziehen und Waschen fällt weg. Der Schriftverkehr erledigt sich rasch von selbst." Geblieben sind die Schwerstkranken auf der Allgemeinstation und wie die Erleichterung im Schriftverkehr aussieht, schildern Pfleger aus der Nervenklinik bezüglich der Medikamentenversorgung. Die Medikamente müssen aus einem Buch herausgesucht und mit Nummern versehen auf einem Block notiert werden. Die Arztunterschrift, dann zum Abteilungsbüro, um die Bestellung

Das neue „ÖTV-Magazin" schweigt zu diesem Abschluß, dafür wird die Arbeitszeit der Kraftfahrer in einem Briefwechsel zwischen Kluncker und Gscheidle verhandelt: Gescheidle an Kluncker: „Heute kann ich Ihnen eine gute Nachricht übermitteln", denn, so heißt es weiter, der Rat der EG-Verkehrsminister habe die Beibehaltung bzw. Verbesserung der Sozialvorschriften für Kraftfahrer beschlossen. Kluncker an Gscheidle: „Vielen Dank für Ihren Einsatz." Und zum Thema tarifloser Zustand im Güter- und Möbelfern-

im Führerhaus, so wie der Seemann von seinem Schiff nicht runterkann.

Die Sozialdemokraten *reden* jetzt angesichts der erhobenen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche auch von „Arbeitszeitbegrenzung". Ihre *Taten* zeigen, wohin die Politik der Klassenversöhnung führt, wenn man ihr die Führung läßt: wachsender Zwang zu Überstunden bei den Seeleuten, Verteidigung der geltenden „Arbeitszeitordnung" gegen die Interessen der Fernfahrer. – (Bezirk Hamburg–Unterelbe)

„Wir sind Arbeiter und Angestellte, die gegenwärtig zur Kur im AOK-Heim Bad Sachsa sind. Wir sind davon unterrichtet, daß der Krankenpflegeschülerin Dagmar S. ihr Ausbildungsverhältnis zum 30.11.1977 gekündigt wurde. Wir wollen dazu erklären:

1. Der Eid auf das Grundgesetz ist für die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten des öffentlichen Dienstes eine Fessel, mit der sie auf das private Eigentum an den Produktionsmitteln eingeschworen werden sollen. Sie sollen die Ausbeuterordnung verteidigen und Un-

gibt es für uns nichts zu verteidigen, beseitigt muß sie werden.

2. Dagmar S. hat Flugblätter verteilt vom Soldaten- und Reservistenkomitee Braunschweig und Hildesheim. Sie unterstützt die Kämpfe der Soldaten für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht. Das ist unbedingt richtig. (. . .)

3. Aus den genannten Gründen sind wir dagegen, daß die Kollegin Dagmar S. entlassen wird. Jeder, der nicht auf der Seite der Kapitalisten, auf der Seite des Sozialamtes, auf der Seite von Sozialminister Schnipkoweit und Verwaltungsoberamt-

Trotz 560 Beurteilungen in zwei Jahren läßt sich die Jugend nicht widerstandslos auf die Lohnsklaverei „orientieren".

Ein neugeschaffenes Fach für die Orientierungsstufe ist die Zusammenziehung der Fächer Geschichte, Erdkunde und Gesellschaftskunde zum Fach Welt- und Umwelkunde (WUK).

Damit zunächst niemand außer den Lehrern überprüfen kann, was auf die Schüler in einer Unterrichtseinheit zukommt, sind Bücher abgeschafft. Stattdessen bringt der „WUK-Lehrer" in jeder Stunde ein neues Arbeitsblatt mit. Die Schüler sind gegen Arbeitsblätter wie diese: Erste Unterrichtseinheit einer 5. Klasse Orientierungsstufe, Thema „Schule"! Nachdem den Schülern die Räumlichkeiten der Schule gezeigt wurden, Eintragung in einen Lageplan, Hinweis auf alle Ge- und Verbote an der Schule, wie sie im Schulgesetz festgelegt sind. Danach wird ihnen ein Blatt vorgelegt, auf dem die Arbeitsbedingungen von Kindern des 19. Jahrhunderts geschildert werden (entnommen den Untersuchungen von Marx im „Kapital" – der Verfasser wird verschwiegen). Der erwünschte Erfolg wird im „Lernzielkatalog" folgendermaßen formuliert: „Die Schüler sollen (. . .) anhand der Bilder die Unmenschlichkeit dieser Phase des Kapitalismus aufzeigen können." Daraus muß sich dann folgerichtig die Menschlichkeit der jetzigen Phase des Kapitalismus ergeben, wie es als „Lernziel" für die vorletzte Stunde der Unterrichtseinheit verlangt wird: „Die Schüler sollen (. . .) erkennen, daß (durch die Orientierungsstufe, d.V.) erst jeder in seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert werden kann." Für Schüler, die bis dahin immer noch die Schule für ein Gefängnis halten und nicht einsehen, daß die Kapitalisten aus Fürsorge für die Arbeiterklasse den Akkord steigern und die Löhne drücken, wird nachgesetzt.

Einem Schulgesetz von 1889, in die die Erziehung zum Gehorsam an erster Stelle steht, wird das Niedersächsische Schulgesetz von 1974 gegenübergestellt, indem an erster Stelle von „angstfreier Erziehung für alle Menschen in der Welt" die Rede ist. Nach dem Hohn und Betrug soll dann als Drohung wirken, was doch für die meisten schon feststeht: „Abstieg" in die Arbeiterklasse, denn als Arbeiter ist „man benachteiligt"! Wo es die Bourgeoisie ist, die sich vor der Arbeit fürchtet und vor der Arbeiterklasse, die das Kommando der Kapitalisten über die Produktion und die arbeitenden Klassen abschütteln will. Als „Lernziel" der vorletzten Stunde wird dann vorgeschrieben: „Klassenzugehörigkeit und Schulbildung sollen die Schüler als Zusammenhang sehen."

Jede falsche Antwort im „Test", der jeder dieser sauberen Unterrichtseinheiten auf den Fuß folgt, die noch Willen zum Kampf gegen die Schulunterdrückung und die Zukunft als Lohnarbeiter anzeigt, ist ein Schritt hin in die Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung in den untersten Lohngruppen, das ist der Zusammenhang, den der Schüler sehen und vor allem fühlen soll.

Die „Tests", die am Ende jeder Unterrichtseinheit fällig sind, werden in allen Klassen einer Klassenstufe gleichzeitig „durchgezogen", eng zugeschnitten auf die Unterrichtseinheit. Lehrer unterhalten sich jetzt teilweise offen darüber, wie sie den „Test hinkriegen". Oft müssen noch besondere Besprechungen aller Lehrer, die einen bestimmten Test schreiben ließen, anberaumt werden, um den Bewertungsmaßstab hochzusetzen, damit nicht zuviele Fünfen und Sechsen herauskommen. Es gibt jetzt die Regelung, daß der Anteil der Fünfen und Sechsen höchstens 30% ausmachen dürfe. Manche Lehrer feilschen darum, daß auch 33% nicht so schlimm seien, viele andere aber wollen die Regelungen nutzen, um die Bewertungsmaßstäbe drastisch zugunsten der Schüler zu verändern.

560 Beurteilungen innerhalb von zwei Jahren, Zuweisungen an weiterführende Schulen aufgelistet in Schülerbeobachtungsbogen, bis zu 60 „Tests" im Jahr, Notenterror, der bei vielen Schülern zu nervösen Magenerkrankungen oft nach wenigen Wochen Orientierungsstufe führt – Ausdruck der Schwierigkeiten der Bourgeoisie, die Schüler, die sich für ihre Interessen organisieren und kämpfen, kleinzukriegen und zu entmutigen und die Lehrer dafür noch einzusetzen. – (Bezirk Weser-Ems/N-Red.)

Hannover. Über 130 Arbeiter und Angestellte waren am 1.12.77 zu der Veranstaltung der ÖTV-Kreisverwaltung Hannover zu den „Auswirkungen des Kostendämpfungsgesetzes auf Beschäftigte und Patienten" gekommen. Die Veranstaltung war von den Beschäftigten im Schwestern- und Pflegerausschuß und im Bund gewerkschaftlicher Ärzte gefordert worden, um die Kämpfe der Beschäftigten gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, die vom Dienstherrn mit Entlassungen unterdrückt werden sollen, zu organisieren.

Mit dem Ziel, die „Debatte auf den Boden der Tatsachen zu stellen", traten auf der Podiumsveranstaltung Prof. Deppe von der Universität Frankfurt und Mitglied des Arbeits- und Sozialmedizinischen Arbeitskreises des ÖTV-Hauptvorstandes, Herr Nilsen, Vorsitzender des niedersächsischen Landesverbandes der AOK (ÖTV-Mitglied) und Herr Gerasch, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hannover auf.

Prof. Deppe, Herr Nilsen und Herr Gerasch waren sich in ihren Ausführungen einig, daß „gespart werden muß im Gesundheitswesen". Die Krankheiten, so Prof. Deppe, hätten sich in den letzten zehn Jahren geändert, mehr psychiatrische, Herz- und Kreislauferkrankungen. Die Kosten können durch Früh- und Vorsorgeuntersuchungen gesenkt werden. Mit Zwischenrufen wie „Das liegt an den Arbeitsbedingungen" und „Verbot der Nachtarbeit!" wurde von den Beschäftigten dazu Stellung genommen. Nilsen von der AOK begrüßte das Kostendämpfungsgesetz und als „Mitglied der ÖTV" auch „im Namen aller Versicherten". Das Gesetz richte sich bis auf die Reduzierung der Zahnersatzkosten von 90% auf 80% nur gegen den Profit der Ärzte und „gegen die reichen Rentner, die über 1000 DM bekommen".

Das war genug der „Tatsachen", und nachdem sie sich anderthalb Stunden über die verschiedenen „Varianten" des Sparens ausgelassen hatten, wurde diesen Ausführungen durch die Beschäftigten Schluß gemacht, die sich weder als „Versicherte" noch als Handlanger Ehrenbergs einfingen ließen, sondern den Kampf gegen das Gesetz organisieren.

Angegriffen wurde, daß Ärzten und Beschäftigten, die dies Gesetz nicht durchsetzen wollen und enthüllen, wie Arbeiter und Rentner um die Ecke gebracht werden, gekündigt wird, wie dem Arzt Lampe, weil er die Gründe, die zum Tod einer Rentnerin geführt haben, den Angehörigen mitgeteilt hat. Die Angehörigen schreiben in ihrem Brief, den der Arzt auf der Veranstaltung verlas, daß sie „es für richtig und notwendig halten, daß solche Ärzte in den Krankenhäusern arbeiten", damit „die Krankenversorgung den Versicherten dient". Sie fordern den Personalrat des Krankenhauses Siloah auf, der Entlassung nicht zuzustimmen. Die anwesenden Arbeiter und Angestellten begrüßten den Beschluß des Hauptvorstandes der ÖTV „Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik" und unterstützten die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten selbst.

Der letzte Versuch des Herrn Nilsen, in einem Schlußwort die „Debatte auf den Boden der Tatsachen zu stellen", scheiterte. Ihm wurde das Wort entzogen. – (Bezirk Hannover)

Jugendvertretung wegen „Verleumdung des Betriebsrats“ gefeuert

Osnabrück. Die Klöckner-Kapitalisten haben in der vorletzten Woche die Vorsitzende der Jugendvertretung entlassen. Vorwand: „Verleumdung eines Betriebsrates, Diensttelefon für private Gespräche in erheblichem Umfang mißbraucht.“ In Wirklichkeit sind einige Sozialdemokraten im Betriebsrat aufgescheucht über eine Dokumentation der Jugendvertretung. Sie enthält die Kämpfe der Jugend gegen die Kapitalisten, aber auch Angriffe auf die Behinderung, die die Sozialdemokraten im Betriebsrat gegenüber diesen Kämpfen betreiben.

Am 21.11. erscheint ein Flugblatt zur fristlosen Entlassung der Jugendvertreterin. Nach der Frühstückspause wollen mehrere Auszubildende zum Betriebsrat. Da kann noch keine Einheit hergestellt werden. Ein Auszubildender meldet gleich sein ganzes Lehrjahr beim Bereichsleiter ab, um zum Betriebsrat zu gehen wegen der Entlassung. Daraufhin ruft der Bereichsleiter beim Betriebsrat an, der eine Achtmanndelegation in die Ausbildungswerkstatt schickt. Die Jugendvertretung wird vom Betriebsrat benachrichtigt und macht daraufhin eine Jugendvertretersitzung. Als der Betriebsrat eintrifft, versammeln sich alle Auszubildenden geschlossen in der Ausbildungswerkstatt. Auch die Auszubildenden, die in den Schulungsräumen Werksunterricht machen. Sie fordern Rechenschaft vom Betriebsrat, der sich aber nicht in die Ausbildungswerkstatt traut. Die Ausbildungsleiter: „Soll das hier ein Streik sein?“

Die Versammlung bleibt zusammen. Die Ausbilder sind alle „verschwunden“. Der Ausbildungsleiter will Abordnungen organisieren, insgesamt 15 Mann, es klappt nicht. Die meisten gehen einfach mit. Der Raum ist voll mit 40, und mehr gehen nicht mehr rein. Die Auszubildenden fordern Aufklärung und die Rücknahme der Kündigung. Dafür gibt es Beifall. Abends auf der Belegschaftsversammlung treten die Auszubildenden geschlossen als Block auf. Die Jugendvertretung verliest eine Erklärung gegen die Entlassung von M.Willer. Oberbürgermeister Weber, 1. Bevollmächtigter der IGM, Mitglied der SPD, muß auf der Belegschaftsversammlung Rechtsschutz zusichern. Die Jugend will eine weitere Jugendversammlung noch in diesem Monat, damit der Zusammenschluß weiter gefestigt werden kann und die Jugendvertreterin wieder eingestellt wird.

meister Weber, 1. Bevollmächtigter der IGM, Mitglied der SPD, muß auf der Belegschaftsversammlung Rechtsschutz zusichern. Die Jugend will eine weitere Jugendversammlung noch in diesem Monat, damit der Zusammenschluß weiter gefestigt werden kann und die Jugendvertreterin wieder eingestellt wird.

Warum Jugendhelfern oft geholfen werden muß

Hannover. „Jugendschutz ungenügend“, „Mehr Rechte für Jugendämter gefordert“, „Nicht nur in Schundromanen wird Gewalt verherrlicht! – Aktion Jugendschutz fordert Maßnahmen“ – Überschriften aus der bürgerlichen Presse der letzten Zeit.

Die Jugend ist nicht im Griff des bürgerlichen Staates. Die Eltern „versagen“, die Schulunterdrückung reicht nicht aus, es werden „Jugendpfleger“ gebraucht, damit jeder Lebensbereich durch die staatliche Kontrolle und Schikane beschattet ist. Es gehört gar nicht viel dazu, um unter die Fittiche der staatlichen Jugendpflege zu kommen, man braucht nur öfter mal die Schule geschwänzt zu haben oder so. Mit kleinlichen Vorschriften und selbst streng kontrolliert, sollen die Jugendpfleger den Staatsauftrag ausführen. Bei denen, die das machen, ist es oft nicht bei der angedrohten Tracht Prügel geblieben.

Die Jugendpflege funktioniert aber nicht selten anders herum. Ein Jugendlicher berichtete uns, daß er nach einem Selbstmordversuch einen Erziehungsbeistand bekam, dem die Mutter „freiwillig“ zustimmte, weil ihr sonst die Erziehungsberechtigung entzogen worden wäre. Dieser Erziehungsbeistand und einige weitere haben mit den Jugendlichen, die sie betreuen, über den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm gesprochen und sind gemeinsam mit ihnen zur Demonstration gegen das KKW Grohnde am 19.3. des Jahres gefahren.

Sozialdezernent Beste, Ratsmitglied in Hannover stellt als Konzept seiner Jugendarbeit vor „...Rocker integrieren, ... Chaoten isolieren ...“ Dieses Konzept, ausgegeben von ihm gegen den Kampf der Jugendlichen für ein Unabhängiges Jugendzentrum Glocksee in Hannover-Linden, bedurfte allerdings zur Durchsetzung einiger Jugendhelfer. Beste schreibt, nachdem es der Stadt gelungen ist, einen Vertrag durchzusetzen, der die Jugendlichen auf das Grundgesetz festlegt: „Diese erfreuliche Entwicklung hat vor allem zwei Ursachen. Entscheidend war, daß sich bei den inneren Auseinandersetzungen die konstruktiven Kräfte ... durchgesetzt haben ... Andererseits steht fest, daß auf Sozialarbeiter kaum verzichtet werden kann, denn der größere Freiraum den ein UJZ bietet, vor allem das Fehlen von Behördenvertretern, übt gerade auf Jugendliche eine große Kraft aus, die im besonderen Maße einer fachkundigen Kraft bedürfen.“

Jetzt hat die Stadt den Vertrag mit dem UJZ Glocksee zerrissen, weil sich die Jugendlichen und die Sozialarbeiter geweigert hatten, die Sozialarbeiterin Iris Weber zu entlassen. Grund für die Entlassung ist für die Stadt die Verurteilung von Iris Weber wegen „vernachlässigter Aufsichtspflicht“. Iris Weber hatte sich geweigert, die Polizei zu rufen wegen einer Klopperei zwischen einigen Jugendlichen. Nun soll sie also gehen. Die Jugendlichen haben gleich gesagt „Nein!“ Sie haben Briefe an Beste geschrieben und haben ihm eine Delegation geschickt, um ihn zu einem Tribunal im UJZ Glocksee einzuladen, auf dem er sich rechtfertigen sollte. 40 städtische Sozialarbeiter haben sie in ihren Forderungen unterstützt. Beste ließ verlauten: „Mit Kindern kann man über solche Probleme nicht reden“. 50 Jugendliche sind daraufhin zur Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am letzten Montag ins Rathaus gegangen. Während der Sitzung haben sie ein Transparent entrollt mit ihren Forderungen. Iris Weber muß entlassen werden fordert die Stadt. Die Antwort der Jungendlichen: Am 13. Dezember werden wir in der Stadt eine Demonstration machen, aufgeben werden wir auf gar keinen Fall! – (Bezirk Hannover)

Neues Jugendhilfegesetz

Seit 1973 ist die Einführung eines neuen Jugendhilfegesetzes, das das Jugendwohlfahrtsgesetz ablösen soll, geplant. Schmidt hat in seiner Regierungserklärung darauf bestanden: „Wir werden ebenso in dieser Wahlperiode die überfällige Reform des Jugendhilferechts aufgreifen, wobei der Kosten wegen ein Stufenplan vorgesehen ist.“ Die Bundesministerin für Familie, Antje Huber, hat jetzt einen Referentenentwurf vorgelegt. Geschickt worden ist er an einige hundert Verbände. Sonst ist er nicht zugänglich. 650 Seiten lang „soll er allen Jugendlichen die erforderlichen Chancen für emotionale, geistige und soziale Entwicklung unabhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit der Eltern sichern“ (Wirtschaftswoche Nr. 49).

Nach dem geltenden Jugendwohlfahrtsgesetz ist die Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfe, „die in der Familie des Kindes begonnene Erziehung zu unterstützen und zu ergänzen. Die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung ist bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe zu beachten.“

Nach dem neuen Gesetz wird „die Möglichkeit staatlicher Einflußnahme auf die Familienerziehung dadurch erweitert werden, daß *gegen* den Willen der Eltern Maßnahmen der öffentlichen Erziehung bereits bei objektiver Gefährdung des Wohls des Kindes eingesetzt werden können“ (Recht der Jugend und des Erziehungswesens Nr. 7/76, der Artikel bezieht sich auf den Referentenentwurf 74, dieser entspricht in seinen grundsätzlichen Aussagen dem neuen Entwurf).

„Jugendhilfe soll zu einem *notwendigen* und *unverzichtbaren Erziehungsträger neben* Elternhaus, Schule und Berufsausbildungsstätte mit *originären* Erziehungs- und Bildungsaufgaben ausgebaut werden.“ (Ebenda)

Hat nach dem jetzigen Zustand der imperialistische Staatsapparat nur unter bestimmten Voraussetzungen das Recht einzugreifen und die Zwangserziehung und Überwachung anzuordnen, so soll nach der „Reform“ der staatliche Gewaltapparat *jederzeit ohne* besondere Voraussetzung als „eigenständiger Träger der Erziehungsgewalt“ eingreifen können. Dazu werden fünfjährige „Jugendhilfepläne“ aufgestellt. Verstärkte Kontrollmöglichkeiten, die Einführung von geschlossenen „sozialtherapeutischen Jugendheimen“, sprich Arbeitshäusern, sollen gesetzlich verankert werden. Die Kleinkinder werden von Anfang an per Gesetz der Zwangserziehung und Unterdrückung in den Kindergärten unterworfen. Einher geht dies „Reformwerk“ mit dem Entwurf zur „Neuregelung des elterlichen Sorgerechts“, der die Rechte der Eltern zum „Schutz des Kindes“ einschränkt. – (Z-Red.)

Schrankenlose Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft durch die Chemiemonopole nach Tarif – Hauenschilds Glanzleistung in Anwendung:

„Echte Hilfe statt Worte“, so kündigt die „Gewerkschaftspost“ den „Tarifvertrag „Echte Hilfe statt Wo digt die „Gewerkschaftspost“ den „Tarifvertrag „Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß“ an, den die IG Chemie mit den Chemiekapitalisten zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ abgeschlossen hat. Danach können Jugendliche ohne Hauptschulabschluß oder mit Sonder- digt die „Gewerkschaftspost“ den „Tarifvertrag „Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß“ an, den die IG Chemie mit den Chemiekapitalisten zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ abgeschlossen hat. Danach können Jugendliche ohne Hauptschulabschluß oder mit Sonder- schulabschluß für ein oder auch zwei Jahre eingestellt werden, um deren „praktische Fähigkeiten“ zu „fördern“. Dazu sollen „betriebliche Eingliederungspläne“ erstellt werden. Bezahlt werden sollen die Jugendlichen mit 90% des Lehrlingslohns des 1. Lehrjahres; das sind in NRW 435,60 DM.

Bayer Leverkusen hat schon vor Abschluß des Vertrags mit einem solchen Programm begonnen mit dem bezeichnenden Titel „Lernen durch tun“ bzw. „Vormachen, nachmachen, einüben“. „Lernen“ sollen die Jugendlichen, wie sie für die Kapitalisten arbeiten und deren Profit vermehren.

„30 Jugendliche werden in den Werkstätten als Werkstatthelfer beschäftigt. Im Bereich der Werkstätten wird der Einsatz der Jugendlichen durch besondere arbeitsorganisatorische Maßnahmen ermöglicht“ und „70 weibliche Schulabgänger dieses Jahres werden in den Laboratorien mit Hilfsarbeiten beschäftigt, z.B. mit Spülarbeiten, mit der Lagerung von Laborarbeiten und – nach einer Einführungszeit – auch mit dem Auf- und Abbau durch besondere arbeitsorganisatorische Maßnahmen ermöglicht“ und „70 weibliche Schulabgänger dieses Jahres werden in den Laboratorien mit Hilfsarbeiten beschäftigt, z.B. mit Spülarbeiten, mit der Lagerung von Laborarbeiten und – nach einer Einführungszeit – auch mit dem Auf- und Abbau einfacher Geräte.“ Grundlage dafür, die Jugendlichen direkt in die Produktion zu stecken, ist die Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Früher konnten Jugendliche nur dann in „Verbotsbereichen“ beschäftigt werden, wenn dies zur Erreichung eines „Berufsausbildungszieles“ erforderlich war, heute reicht schon die Erreichung eines „Ausbildungszieles“. „Hier besteht zwischen dem alten und dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz zwar ein feiner, aber gleichzeitig ein wesentlicher Unterschied“, sagt Herbert Salomon, Personalchef des Werkes Leverkusen (von dem auch die anderen Zitate sind). Bis vor kurzem hat die Bayer-AG allerdings längst nicht so viele Jugendliche in dies Ausbeutungsprogramm eingestellt, wie angekündigt. Es sind bislang nicht 300, sondern um die 50. Der Grund dafür ist der, daß einerseits die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes dem profitgierigen Bayer-Monopol längst nicht gereicht haben und andererseits gegen diese „Ausbildung“ Widerstand gerade unter den Lehrlingen und Jungarbeitern sich ausbreitete. Einmal gegen dieses Ausbildungsprogramm ist der, daß einerseits die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes dem profitgierigen Bayer-Monopol längst nicht gereicht haben und andererseits gegen diese „Ausbildung“ Widerstand gerade unter den Lehrlingen und Jungarbeitern sich ausbreitete. Einmal gegen dieses Ausbildungsprogramm überhaupt, weil es ein Schritt zur Verschlechterung der Ausbildung insgesamt und zur Verschärfung der Konkurrenz war. „Übernahme der Lernen-durch-tun-Leute in ein ordentliches Ausbildungsverhältnis! Sofortige Eingruppierung nach LI! Teilnahme der jugendlichen Hilfsarbeiter an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl! Möglichkeit zum Erwerb des Facharbeiterabschlusses durch jugendliche Hilfsarbeiter!“ – das sind die Forderungen, die von den Jugendlichen und auf Jugendversammlungen erhoben und zunächst auch von der Jugendvertretung z.T. unterstützt wurden. Das war das Signal zum Einsatz für die Gewerkschaftssozialdemokratie: Unter der Fahne: „Die jugendlichen Arbeitslosen von der Straße holen“ haben diese Herren gemeinsam mit der Geschäftsleitung auf allen Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen diese „Arbeitslosenhilfsmaßnahmen“ verfochten. Trotzdem war bis vor kurzem noch lange nicht raus, wie der Lohn der Jugendlichen in diesen Programmen aussehen würde. Der Betriebsrat wollte Lehrlingslohn. Die Jugendlichen wollten Bezahlung wie gen und Gewerkschaftsversammlungen diese „Arbeitslosenhilfsmaßnahmen“ verfochten. Trotzdem war bis vor kurzem noch lange nicht raus, wie der Lohn der Jugendlichen in diesen Programmen aussehen würde. Der Betriebsrat wollte Lehrlingslohn. Die Jugendlichen wollten Bezahlung wie Hilfsarbeiter, das sind bei LG 1 nach Tarif 7,03 DM die Stunde.

Die Bayer-Kapitalisten haben den neuen Vertrag dankend begrüßt, weil er endlich „Rechtssicherheit schafft“. „Rechtssicherheit“ heißt, daß das ganze Programm jetzt tarifvertraglich zu 90% des Lehrlingslohns abläuft und der Bayer pro jugendlichem Werkstatthelfer, Spülmädchen, Produktionsarbeiter rund 1000 Mark im Monat an Löhnen spart gegenüber dem, was bei Bayer in LG 1 gezahlt wird. Bei 300 Jugendlichen sind das also im Jahr rund 3,5 Mio DM.

„Echte Hilfe“ in der Tat für die Profitsteigerung der Chemiekapitalisten. – (Zelle Bayer/Zelle BASF/Mi-Red)

Schülerzeitung verboten

Braunschweig. Die Schülerzeitung „Schwapp“ von der Neuen Oberschule und der Ricarda-Huch-Schule ist beschlagnahmt worden. Der Artikel „Terror in der BRD“ will den Geldsäcken nicht so recht schmecken, obwohl er davon ausgeht: „Gewalt in jeder Form ist zu verabscheuen“. Angetan hat es ihnen die Passage: „Diejenigen, die da sagen, daß man die Terroristen töten soll und sich darüber freuen, daß wieder ein Terrorist ‚zur Strecke gebracht‘ wurde, sind feige Mittäter, die die Verbrechen der Regierung gutheißen (z.B. die Ermordung der Terroristen durch die GSG 9 in Mogadischu) und ihm zu noch *mehr Gewalt* und Macht verhelfen“. Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Beleidigung der Bundesregierung und der GSG 9 ist die Staatsanwaltschaftsanklage gegen die elf Redakteure. „In diesem Artikel werden Institutionen unsererS Staates diffamiert und damit der Bildungsauftrag der Schule ernstlich gefährdet.“ Zitat Schulamt Braunschweig. Der Bildungsauftrag ist die verstärkte Auslese zwecks Billigausbeutung in den Fabriken. Dazu muß der Zuchthauscharakter der Schule verstärkt werden. Da schreckt sie selbst der Pazifismus in diesem Artikel, weil die GSG 9-Leute ja „gerecht“ gehandelt haben. Das muß den Schülern beigebracht werden, damit die Bourgeoisie in der Jugend einen Stoßtrupp für den imperialistischen Krieg gewinnt.

Über die Schülerzeitungen wird der Kampf gegen das imperialistische Bildungsprogramm und gegen die Schulunterdrückung geführt. Z.B. der Kampf gegen die Prozesse wegen Beleidigung des Schulleiters Strebe im Kampf um seine Absetzung. Über 150 Schüler sind zur ersten Verhandlung erschienen, 50 paßten nur in den Gerichtssaal, die Verhandlung mußte vertagt werden. Die Schüler des Berufsgrundbildungsjahres Metall, Klassensprecher und andere Körperschaften rufen zu einer Aktionseinheitssitzung und zu einem Kongreß gegen das Berufsgrundbildungsjahr auf. Dagegen richtet sich der Angriff auf die Schülerzeitung.

IGM-Jugend beschließt Aktionswoche

Westberlin. Mitglieder aus 7 gewerkschaftlichen Jugendgruppen der IGM, die in einer Tarifinitiative zusammenarbeiten, haben jetzt beschlossen, vom 12. bis 16. Dezember vor Berufsschulen eine Aktionswoche zum Lohnkampf Metall durchzuführen. Ferner soll im Dezember eine Kundgebung vor dem Haus des Arbeitgeberverbandes der Berliner Metallindustrie stattfinden.

Albrecht in Gorleben: mit Graf und Grenzschutz

Gorleben. Am 1. Dezember ist Ministerpräsident Albrecht in den Kreis Lüchow-Dannenberg gereist, wo die Wiederaufbereitungsanlage und die Atommülldeponie gebaut werden sollen. Zu Schiff mit dem Zollkreuzer „Vietze“ ist er angereist, auf der Elbe, „unmittelbar unter dem Metallzaun auf dem DDR-Ufer“ (HAZ, 3.11.), um die Ansprüche der westdeutschen Imperialisten auf die ganze Elbe zu unterstreichen. Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze ... Albrecht: „Die Elbe ist ein deutscher Fluß, wir wollen deutlich machen, daß wir unsere Rechte auf dem Strom wahrnehmen.“

Dem Chefreporter der „Hannoverschen Allgemeinen“ ist es ganz poetisch geworden ob dieser patriotischen Bootsfahrt. „Die schwarzrotgoldene Zolldienstflagge mit dem Bundesadler flattert im feuchten Fahrtwind ... vor dem wolkenverhangenen Himmel zieht ein Schwarm Enten dahin.“

In Trebel, wo Albrecht mit Kommunalpolitikern, Grundeigentümern und Vertretern der Bürgerinitiative gesprochen hat, ist es aber gar nicht romantisch gewesen. 200 Demonstranten haben ihn mit einem Pfeifkonzert empfangen. Mit 16 Traktoren und einem Mähdrescher haben Bauern die Hauptstraße blockiert.

Nachdem er den Demonstranten erst „kalte Füße“ gewünscht hat, hat er dann selbst kalte Füße bekommen und mußte Stellung nehmen zu den Forderungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Die alte Methode: Im Frühjahr hatte er behauptet, mit den Probebohrungen werde es bestimmt noch Jahre dauern, jetzt wirft er der Regierung vor, sie käme mit den Probebohrungen nicht zu Potte. Bis Weihnachten würde immerhin nicht gebohrt, hat er den Demonstranten in Trebel versichert. Jetzt hat er sich ein neues Märchen ausgedacht, um den Widerstand hinzuhalten und zu spalten: 15 Jahre würde eine präzise Erforschung des Gorlebener Salzstocks dauern.

Die Landesregierung hat von Anfang an bei der Wahl des Standorts Gorleben darauf gesetzt, auf Grund der abgelegenen Lage an der Grenze zur DDR und der Macht des Junkers, dem 70 bis 80% des ins Auge gefaßten Baugeländes gehören, spalten zu können.

„So weit das Auge reicht“, erklärte uns ein Landarbeiter, gehört hier alles Land dem Grafen. Er besitzt mehrere Güter, ausgedehnten Wald und eine Schnapsbrennerei. Im Gegensatz zu den kleinen und mittleren Bauern, die vorwiegend Viehwirtschaft betreiben in dieser Gegend, baut er mit Profit Getreide an. Für die kleinen Bauern sind die Transportkosten zu groß, der Boden ist sandig und wird oft von der Elbe überschwemmt. Die meisten Bauern in der Gegend betreiben ihre Wirtschaft mit ihrer Familie, ohne Anwendung von Lohnarbeit. In Trebel z.B. haben die meisten Bauern nur wenig eigenen Grund und Boden und haben Land dazugepachtet. Der Boden ist schlecht, und die Bauern sind hochverschuldet, bis zu einer Million Mark.

Die Regierung versucht zu spalten, indem sie mit Entschädigungen lockt, die die Bauern aus den Schulden bringen würden. Der Hauptprofiteur wäre der Graf. Als größter Grundbesitzer, und als der, der nicht auf die Viehwirtschaft angewiesen ist, die durch die Wiederaufbereitungsanlage ruiniert würde. Auf der Basis des Grundeigentums sucht der Junker einige Bauern zu sammeln zum „Widerstand“ gegen die Mülldeponie. Verschiedene Bauern haben sich schon in einem Grundstückseigentümerverein organisiert. Sie wollen nichts verkaufen für das Baugelände. Damit kann man den Bau nicht verhindern. Ein Bauer sagte uns: „Die Anlage wird gebaut werden, man wird sie nur verzögern können. Der Realgemeindeverband wird die Probebohrungen ablehnen – aber dann wird die Regierung zu Enteignungsverfahren greifen.“ Wonach die Klein- und Mittelbauern die Geprellten wären, und Albrecht und der Graf sich die Hände reiben könnten.

Nur im politischen Kampf und im Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern im Kreis und darüberhinaus kann der Bau verhindert werden. Großbetriebe gibt es nur zwei im Kreis, SKF in Lüchow und ein Conti-Werk in Dannenberg. Viele Jugendliche müssen das Gebiet verlassen, Ausbildungsmöglichkeiten gibt es außer der Berufsschule in Lüchow und ein paar Lehrstellen im öffentlichen Dienst und im Handwerk nicht. Mit dem Bau der Mülldeponie würde „der Startschuß gegeben ... für eine Entwicklung, die der Jugend im Kreis wieder Zukunftschancen gebe“. So versucht Albrecht, in dem Grenzgebiet eine zweite Spaltungslinie zu ziehen zwischen jung und alt, zwischen Lohnarbeitern und Bauern.

Die Bauern organisieren den Widerstand gegen die Bauvorbereitungen der DWK. In den letzten Wochen ist der Propagandazug der Firma, die die Anlage bauen will, mehrfach spontan angegriffen worden. Einmal wurde ihr Informationswagen von unten bis oben, rundherum mit Toilettenpapier zugeklebt, einmal auch sämtliche Reifen zerstochen. Vor mehreren Wochen wurde der Propagandawagen der DWK außer Betrieb gesetzt – mehrere Fuhren Schweinemist waren vor der Tür abgeladen worden.

Der schlaue Spalter Albrecht kündigt an, daß er im Fall des Baus die ganze Gegend in ein Polizeilager verwandeln will. Eine besondere Einheit des Bundesgrenzschutzes soll dann in Gorleben stationiert werden, hat er bei seinem Besuch angekündigt. Diesmal hat er sich auf Nebenwegen aus dem Ort schleichen müssen mit seiner Kolonne, weil die Bauern die Hauptstraße noch immer mit ihren Treckern blokkiert hielten. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

Für 220 DM Lohnerhöhung in Festgeld, 1500 DM steuerfrei!

Nettolohnerhöhung bei Festgeld bis 220 DM und bei Prozenterhöhung von 1 bis 15%

DM Steuerklasse III, 2 Kinder

Prozent (grau) in Schritten von 1%

Festgeld (schwarz) in Schritten von 5 DM

8% 4% 220 165 110 55

Lohn vor Erhöhung in DM

DM Steuerklasse IV, 2 Kinder

Prozent (grau) in Schritten von 1%

Festgeld (schwarz) in Schritten von 5 DM

8% 4% 220 165 110 55

Lohn vor Erhöhung in DM

In der letzten KVZ haben wir damit begonnen, einige der Hindernisse zu untersuchen und darzustellen, die das teuflisch ausgeklügelte System der Besteuerung des Lohnes bei der Herstellung der notwendigen Einheit für den Lohnkampf bereitet.

Mit den Darstellungen auf dieser Seite wollen wir diese Untersuchung fortführen. Obwohl die bedachten Gemeinheiten dieser Erfindung der Kapitalistenklasse damit erst angetippt sind, liefern diese Bilder bereits eine Fülle von Enthüllung und Aufklärung. Zur Benutzung die folgenden Hinweise:

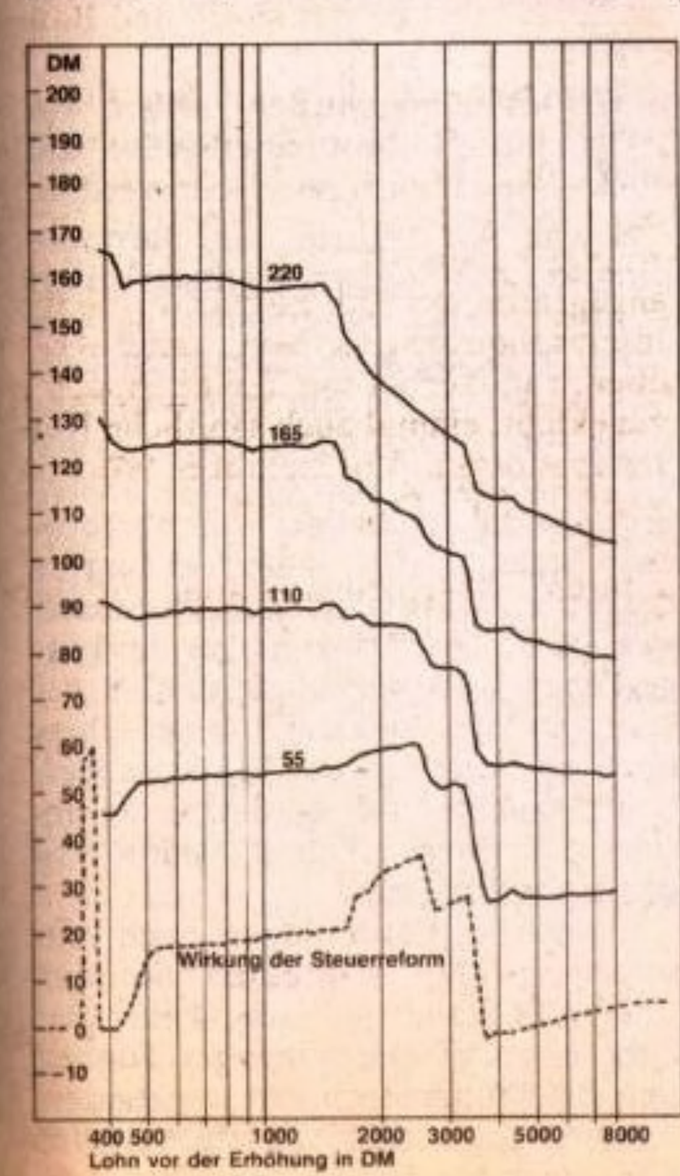
Die beiden großen Schaubilder zeigen, was sich bei einer Lohnerhöhung *netto* ergibt. Auf der waagrechten Achse ist der Ausgangslohn brutto abgetragen. Auf den *schwarzen* Linien, beispielsweise für 220 DM, liest man ab, was sich bei dieser Forderung jeweils an Erhöhung des Nettolohns ergibt. Da wir das Netto-Ergebnis einer prozentigen Erhöhung *grau* unterlegt haben, läßt sich leicht ein Vergleich durchführen; das Interesse der herrschenden Klasse an einer *Prozent*erhöhung sticht ins Auge.

Wir haben diese Darstellung für die beiden am meisten unterschiedenen Steuerklassen durchgeführt. Die neueste der veröffentlichten Lohnsteuerstatistiken aus dem Jahr 1974 zählt 24% der Lohnsteuerpflichtigen in Steuerklasse I, 12% in Steuerklasse II, 38% in III, 15% in Steuerklasse IV und 10% in Steuerklasse V.

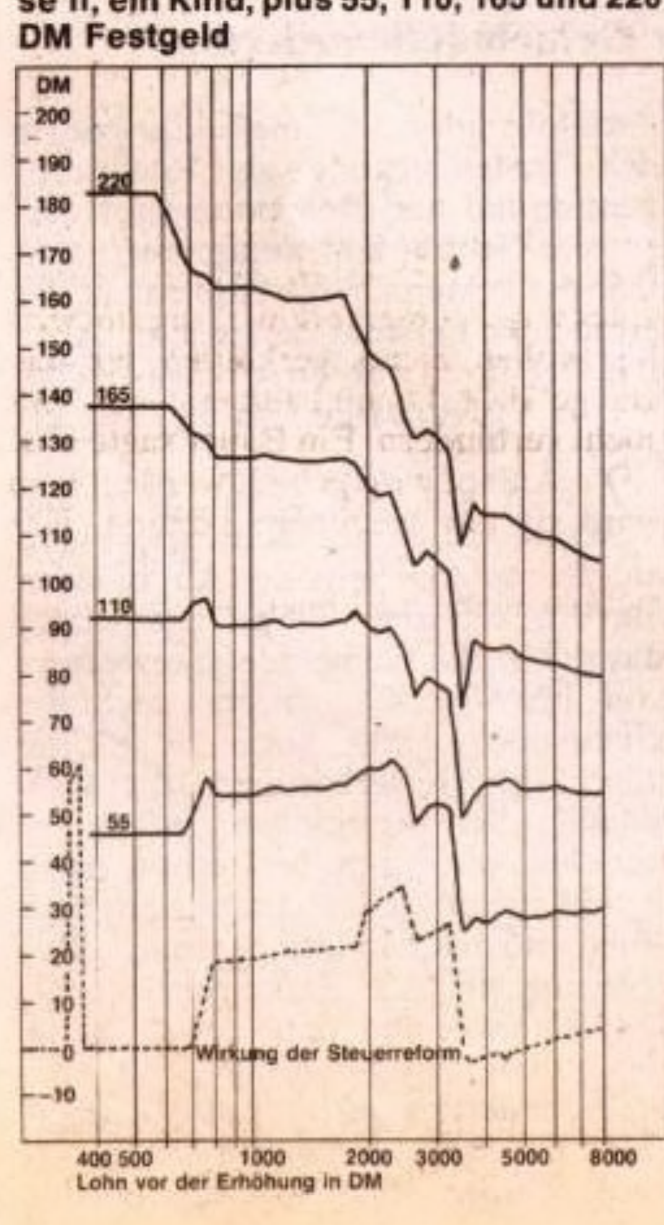
Die beiden Schaubilder berücksichtigen also die Situation nach dem 1.1.1978, den *Übergang* von den jetzigen gesetzlichen Regelungen zu den geänderten – also die geminderte Besteuerung – berücksichtigen sie nicht: Im einzelnen wurde a) der Grundfreibetrag um 300 DM erhöht, b) ein Tariffreibetrag von 510 DM (Steuerklasse III: 1020 DM) eingeführt, c) die Höchstgrenze des Versorgungsfreibetrags und der angewendete Prozentsatz erhöht, d) der Weihnachtsfreibetrag – den wir hier nicht berücksichtigt haben – von 100 auf 400 DM im Jahr erhöht. Außerdem wurden die neuen Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung berücksichtigt; sie erhöhen automatisch die Steuer in Klasse V und den Höchstsatz des Beitrages.

Die Wirkung der *Änderungen* der Steuergesetze und Bemessungsgrenzen der Sozialversicherungen haben wir in den fünf kleinen Schaubildern für die Steuerklassen I bis V gezeichnet. Für jeden Bruttomonatslohn läßt sich an der gestrichelten Kurve ablesen, welche kurzfristige Erhöhung des Nettolohnes (bzw. Senkung in Steuerklasse V) sich in jeder der Steuerklassen ergibt. Auf diese (gestrichelte) Kurve ist der Netto-Ertrag einer Lohnerhöhung in Festgeld addiert, so daß z.B. die oberste Linie ein Bild von der Lage nach einer Erhöhung von 220 DM 1978 gegenüber den Lohnabzügen jetzt gibt. Abzulesen ist für die bezeichneten Festgeldforderungen also der Betrag, um den sich der Nettolohn – die Wirkung der Steuerreform inbegriffen – erhöht. Wir hatten bereits aufgrund der Ergebnisse bei Steuerklasse III darauf hingewiesen, welch günstige Lage sich für eine hohe Festgeldforderung dartut. Die Erfassung aller Steuerklassen zeigt auch, wie notwendig der Kampf für 1500 DM steuerfrei ist.

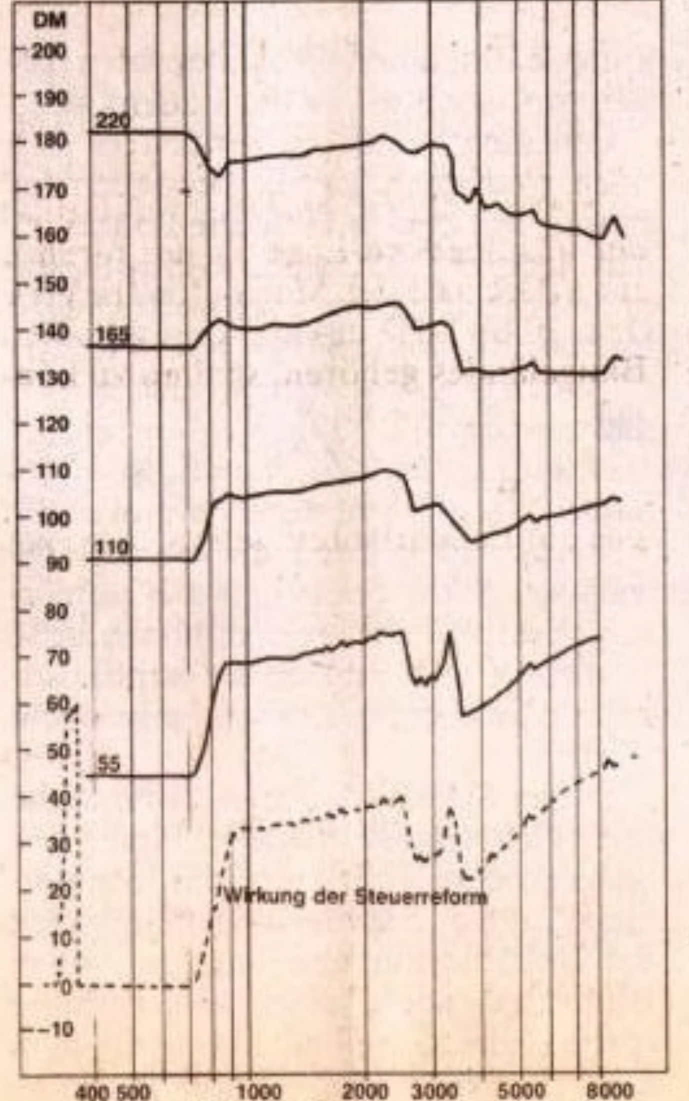
Erhöhung des Nettolohns durch das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung" für Steuerklasse I plus 55, 110, 165 und 220 DM Festgeld



Erhöhung des Nettolohns durch das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung" für Steuerklasse II, ein Kind, plus 55, 110, 165 und 220 DM Festgeld

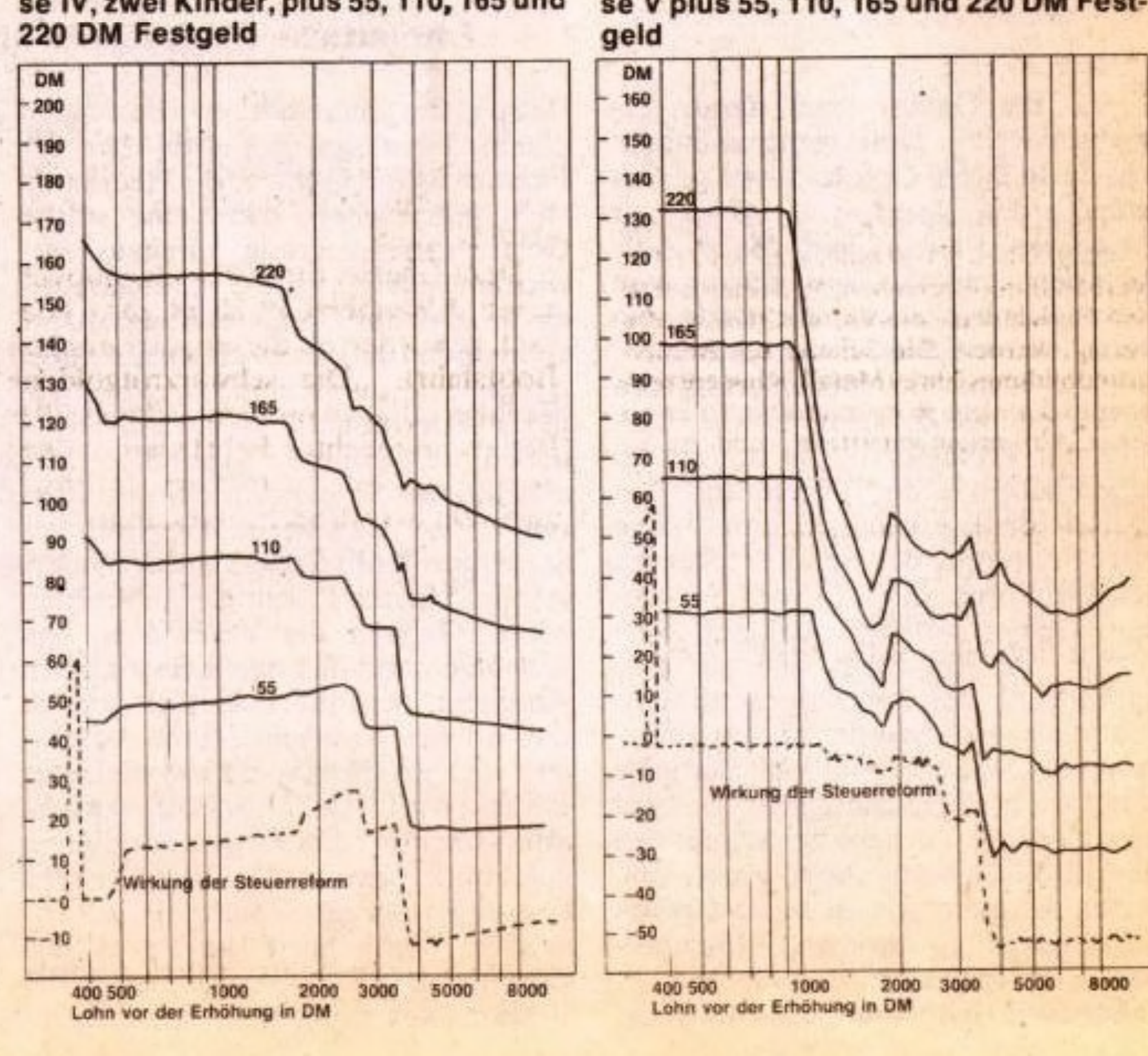


Erhöhung des Nettolohns durch das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung" für Steuerklasse III, zwei Kinder, plus 55, 110, 165 und 220 DM Festgeld



Erhöhung des Nettolohns durch das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung" für Steuerklasse IV, zwei Kinder, plus 55, 110, 165 und 220 DM Festgeld

Veränderung des Nettolohns durch das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung" für Steuerklasse V plus 55, 110, 165 und 220 DM Festgeld



Auf die Streikbewegung reagiert die Bourgeoisie mit Zuckerbrot und Peitsche

Den Opportunisten wird der Boden zu heiß

An vielen Hochschulen in Westdeutschland wird der Streik gegen die Verschärfung der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat und ihre materielle Abhängigkeit geführt. An fast allen Hochschulen und Universitäten gibt es Kampf um die Durchführung des bundesweiten Streiks. Insgesamt jedoch ist es der Studentenbewegung nicht gelungen, eine einheitliche Front gegen die Reaktion in diesen Tagen aufzubauen; der Streik läuft unterschiedlich, vom totalen hundertprozentigen Streik wie z.B. an der Universität Hannover bis dorthin, daß alle Lehrveranstaltungen stattfinden an einzelnen Hochschulen.

Die Bourgeoisie hat in der Woche der Urabstimmung überall die Zwangsmaßnahmen verschärft, um den Beginn des Streiks von vornherein zu verhindern. Sie hat Urabstimmungen verbieten lassen, in Westberlin hat sie bei den Medizinstudenten für den Termin des Streiks Klausurennachholtermine festgelegt, in Heidelberg hat sie in der Vorbereitung des Streiks 7 Relegationen ausgesprochen. Praktisch überall ist mit Schein- und BAFöG-Entzug oder der Semesteraberkennung gedroht worden. Überall waren die reaktionären Studenten und ihre Organisationen präsent und haben versucht, gegen den Streik zu mobilisieren. Gleichzeitig hat die Bourgeoisie versucht, die Front der Studenten zu zerbröseln mit scheinbaren Zuckerstückchen, wie in Köln, wo die Praktisches-Jahr-Studenten zu Semesterbeginn jetzt nachträglich 116 DM Essensmarken ausgezahlt bekommen haben.

In der letzten Woche hat die Bourgeoisie jetzt versucht, überall auszustreuen, daß fast nirgends gestreikt werden würde. Die Bourgeoisie stützt jetzt auf die Tatsache, daß die Studentenbewegung noch nicht unter einheitlichen Forderungen marschiert und will die Studentenbewegung restlos zerschlagen und wieder unter ihre Fittiche bringen. Bundesbildungsminister Rohde stellt jetzt fest, daß die Studenten ein Recht zu „Protest" hätten, und zwar wegen „mangelnder Studienberatung und mangelnder Einführung in das Leben und die Arbeitstechniken an der Hochschule, unzulänglicher Gliederung des Studienangebots, oft wenig durchschaubarer Prüfungsanforderungen, Überfrachtung von Lehrplänen auch aus dem Konkurrenz- und Statuts-Interesse von Fachvertretern heraus". Die Regelstudienzeiten dürften „kein Sanktionsmechanismus gegen die Studenten sein" (Die Welt, 2.12.). In Hamburg und Bremen, wo der Streik steht, sprechen sich die Senatoren Biallas und Franke für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes aus, am Freitag haben jetzt auch 7 FDP-Bundestagsabgeordnete verkündet, sie seien für eine Novellierung des Gesetzes. Bei Veranstaltungen an der Hamburger Universität haben Franke und Biallas „ihren Willen bekräftigt, auf eine Änderung des HRG hinzuwirken", sie wollen „die Regelung des Ordnungsrechtes den einzelnen Ländern überlassen" und „Regelstudienzeiten als Aufgaben der Studienreform verstanden wissen". „Nur könne man nicht davon ausgehen, daß diese Novellierung schnell zu erreichen sei, zumal z.B. auch Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen Änderungen sei." (Kieler Nachrichten, 30.11.) Die Studentenbewegung soll schön langsam breit- und zurechtgeklopft werden, vor allen Dingen soll die Front zerschlagen werden gegen das Bundesausbildungsförderungsgesetz; angeblich streiken die Studenten wegen „mangelnder Einführung in das Leben". Diese einheitliche Taktik der Bourgeoisie stützt sich auf ihre Nachwuchspolitiker in den Reihen der Studentenbewegung, in der Vorbereitung des Streiks konnten Urabstimmungen oft nur spät gegen sie durchgesetzt werden wie bei den Medizinstudenten. Nachdem die Urabstimmung zum Ergebnis hatte, daß an 7 Fachbereichen die Studenten mit einfacher Mehrheit gegen und an 6 mit einfacher Mehrheit für Streik gestimmt haben, stellten die Opportunisten jetzt fest: „Die Mehrheit von uns war sich nicht darüber im klaren, daß wir den immer schärferen Repressionen (Hochschulgesetze, AO-Novelle usw. usw.) nicht individuell entkommen werden, sondern nur durch den gemeinsamen Widerstand." Und der steht nun mal für sie nicht, also hat sich das Sekretariat der Fachtagung gleich verabschiedet und ist zurückgetreten, weil es den Studenten an „Bewußtheit" mangelt, sie ihre „Schlaffheit und Resignation" (PJ-info Nr. 7) nicht überwunden haben; jetzt haben die Herren Nachwuchspolitiker „keine Lust mehr", sie haben ihr Geschäft erfüllt. In Heidelberg hat sich die „Linke Liste", die den AStA stellt, aufgelöst, aber zugleich festgestellt, ihr „politisches Gedankengut" lebe fort. Daß sie sich aufgelöst haben, ist nur zu begrüßen, erreichen wollen sie allerdings damit, daß die Studenten wieder in die Fänge der Bourgeoispolitiker getrieben werden. Das wird jetzt systematisch vorbereitet, noch im Dezember treffen sich die Reformisten und Revisionisten im VDS-Vorstand mit Willy Brandt und „führenden" SPD-Politikern aus den Ländern.



Polizei soll die Reaktionäre und ihre Streikbrecherveranstaltungen schützen.

Ihr „Dialog" kann ihnen jedoch versalzen werden. Es zeigt sich, daß überall dort, wo der Kampf gegen die Reaktion geschlossen geführt wird, sich die Streikfront festigt, die Bourgeoisie nicht durchkommt. In Heidelberg mußten bereits 5 Relegationen zurückgenommen werden, in Hannover mußten die Hausverbote gegen zwei Studenten zurückgenommen werden. In Westberlin haben 3000 Studenten den „dialogsuchenden" Kohl gar nicht erst in die Universität gelassen. Der Streik der Studenten findet Unterstützung in der Arbeiterklasse und den Volksmassen. Arbeiter bei Conti in Hannover haben den Streik begrüßt und sich solidarisch erklärt, ebenso bei VW in Wolfsburg, 22 Arbeiter in Seesen, 14 Beschäftigte des Bezirksamtes in Zehlendorf in Westberlin, darunter 4 Vertrauensleute, der GEW-Kreisverband Braunschweig hat sich mit dem Streik solidarisch erklärt, in der Strafanstalt Bückeburg haben 8 Gefangene erklärt, sie unterstützen die Forderungen der Studenten nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, 1500 DM Elternfreibetrag, Koalitionsrecht, Tarifvertrag.

Die Opportunisten haben monatelang daran gearbeitet, systematisch die Herstellung der politischen Einheit der Studenten gegen die Unterdrückung der Koalitionsrechte und das Bundesausbildungsförderungsgesetz zu verhindern, das BAFöG gänzlich aus dem Schußfeld zu halten. Jetzt betrachten sie ihr Geschäft als erfüllt und treten ab, die bürgerlichen Politiker direkt sollen jetzt die Sache weiter betreiben über die „Novellierung der Regelstudienzeit".

Die großen Aufgaben, die die Studentenbewegung lösen muß – das Koalitionsrecht, zum Beispiel den AStA in Baden-Württemberg gegen die Reaktion durchzusetzen –, gebieten politische Einheit auf einem hohen Niveau. Man kann es drehen und wenden, wie man will, die zersplitterten Kämpfe an den einzelnen Punkten um die einzelnen Fragen können nur siegreich gegen die Bourgeoisie geführt und die Einheit insgesamt unter den Studenten hergestellt werden mit den Forderungen, die Hunderttausende von besitzlosen Studenten aufgrund ihrer Interessen zusammenschließen in Kampf gegen Unterdrückung und Abhängigkeit: Koalitionsrecht und Bezahlung von 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, rückwirkend ab 1.10.1976, 1500 DM Elternfreibetrag. Darauf muß man jetzt in dem Streik und in den Aktionstagen seine Anstrengungen konzentrieren, die Fachschaften und die Initiativen dafür stärken und gewinnen. – (Z-Red.)

Blamage für den Kanzlerkandidaten

Am 29.11. hat der Kanzlerkandidat der CDU/CSU von 1977, Dr. Kohl, den gescheiterten Versuch unternommen, an der TU in Westberlin eine Rede zu halten. Er hatte sich das ziemlich fest vorgenommen. „Ich bin der erste Kanzlerkandidat der Union, der den Dialog mit den Hochschulen immer gesucht hat," so hat er sich empfohlen. Gesucht schon. Er sollte auf der ersten einer Reihe von Veranstaltungen sprechen, die der RCDS an den Hochschulen durchführen will, „um Flagge zu zeigen" und an einer großen Hochschule sollte es sein, „um ein Signal zu setzen". Seit eineinhalb Monaten wurde dazu mobilisiert, in der ganzen Stadt plakatiert und sogar die „FAZ" hatte im Oktober noch diesen „mutigen Schritt" des Dr. Kohl begrüßt und alle Demokraten aufgefordert, für Verwirklichung zu sorgen. Die Flagge der Reaktion jedoch wurde nicht gezeigt und das Signal war mickrig.

3000 Studenten waren gekommen, um diese Provokation, an einer bestreikten Hochschule eine reaktionäre Hetze zu entfalten, zu verhindern. Das Audimax wurde besetzt. Der RCDS, der wohl davon ausging, daß es schwer werden würde, hatte gleich 600 Polizisten mobilisiert, nebst schwerem Gerät: Wasserwerfern, Lichtmasten, Brecheisen. Als die Veranstaltung beginnen sollte, wurde der Platz für Dr. Kohl geräumt. Doch der traute sich nicht, den Saal zu betreten, in dem die Studenten versammelt waren. Er verzog sich in einen kleineren Saal außerhalb der TU, wo Besucher zweimal von der Polizei und zweimal von RCDSlern leibesvisitiert wurden. Als Dr. Kohl dann zu sprechen begann, wurde er dennoch ausgebuht, derart, daß es ihm die Sprache verschlug. Nur mühsam und nach Auskunft eines CDUlers todlangweilig begann er seine Hetze. Die Masse der Zuhörer verließ den Saal, als er äußerte, „... angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen ist dieser Streik makaber." Verabschiedet wurde er mit den Forderungen des Streiks, Kohlköpfen, Tomaten und dem Ruf: „Wir verabschieden den ehemaligen Kanzlerkandidaten der CDU."

In der „BZ" stand am nächsten Tag auf der Titelseite: „Beschämend! CDU-Chef in Berlin mit Tomaten beworfen." Wir verstehen ihren Gram. Im von der CDU gemieteten Audimax, in dem außer der Fahne der ZANU keine Flagge gezeigt wurde, organisierte der Streikrat ein Kulturprogramm mit Theaterstücken, in denen die Ausbildung und Unterdrückung an den Hochschulen angegriffen und eine Parodie auf die Vorgänge um den Buback-Nachruf und die darin verstrickten Professoren vorgetragen wurde.

Möglich ist, daß dieser Mitterfolg der Reaktionäre das Kandidatenkarussel der CDU derart beschleunigen könnte, daß es den Kohl runterschleudert. Denn der hat sich als politischer Trottel herausgestellt. Seine Vorstellung muß gewesen sein, im Rahmen einer von den Juso und Revisionisten organisierten „Demokratischen Gegenhochschule" sein Teil beizutragen zur Bindung der Studentenmassen an die Bourgeoisie. Stattdessen wird der Streik organisiert, die Hochschulen zugesperrt im Kampf für die Rechte der Studentenmassen. Der ideologische Druck reichte hin, daß Dr. Kohl samt seinen 600 Polizisten wegdrückte. Dann reicht er auch für mehr. – (KHG-Westberlin)



Mit der ideologischen Gewinnung der Studenten hat die Bourgeoisie ihre Mühe. Kohl hat's erlebt. Der Polizeiknüppel bleibt griffbereit.

Künstler beim Schröpfen der Massen

Bürgerliche Professoren über die „Entwicklungsfähigkeit der Gemeindefinanzierung"

„... die Gefahr einer daraus erwachsenden ‚Staatsverdrossenheit' und die in ihrem Gefolge unweigerlich auftretenden ‚Steuerwiderstände' zu vermeiden, ist in hohem Maße Aufgabe der Kunst der Besteuerung, von der noch ausführlicher die Rede sein wird." (Schmölders, Finanzpolitik).

Diese Kunst der Besteuerung den Studenten beizubringen ist die Aufgabe der Professoren. Sie besteht im wesentlichen in der Verbreitung von allerlei ideologischem Gedöns. „Die klare Scheidung der Begriffe (Steuern und Gebühren, d.Verf.) wird auf diesem Gebiet vollends dadurch verwischt, daß der Staat sich zur Abschwächung der ihm entgegentretenden Steuerwiderstände für neu einzuführende Steuern möglichst harmlos klingender Bezeichnungen bedient und dabei mit Vorliebe gerade auf den Begriff Gebühren zurückgreift, um seinen Bürgern die neuen Abgaben schmackhaft zu machen." (Schmölders, Finanzpolitik)

Verdeutlichen kann man dies am Beispiel der Gemeindefinanzierung. In einem der neuesten Lehrbücher der Finanzwissenschaft von Hedtkamp steht geschrieben, daß „eine solche Gebührenfinanzierung durchaus entwicklungsfähig wäre". „Abgesehen davon, daß der Gebührenhaushalt der Gemeinden in erheblichem Umfange zu den Gesamteinnahmen beiträgt – in der Bundesrepublik zu etwa 20% – haben die Gebühren gegenüber einer allgemeinen Steuer den unbestreitbaren Vorteil, daß sie im Vergleich zur Steuer mit sehr viel geringeren Widerständen bei den Pflichtigen zu rechnen haben, da hier die Verbindung von Einahmen und den damit finanzierten Ausgaben besonders deutlich scheint und oft der Anschein echter Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung erweckt wird." Der Herr Professor gibt also selber zu, daß es sich bei diesem Äquivalenzprinzip (Leistung gegen Leistung) nur um einen Schein handelt; in Wirklichkeit handelt es sich darum, daß in Form der Gebühren die Volksmassen einzelne Unterdrückungsmaßnahmen direkt bezahlen sollen, wie „nen Käs' an der Ladenkasse.

Um nichts anderes handelt es sich doch, wenn man für das Ausstellen des Passes, mit dessen Hilfe die Polizei jeden jederzeit erfassen, kontrollieren und bespitzeln kann, auch noch 15 DM hinblättern muß. Selbst bei einer U-Bahnfahrt, wo es den Anschein hat, daß man für 1,30 DM von einem Ort zum anderen befördert wird, ist es genauso: Den Kapitalisten werden die Arbeitskräfte in ihre Fabriken und Bürohäuser gekarrt oder in ihre Kaufhäuser gebracht, obwohl doch dieser millionenfache Transport allein durch die kapitalistische Stadtplanung notwendig gemacht wird.

Dieser Schein, daß man „öffentliche Dienstleistungen" bezahlt, bietet den bürgerlichen Politikern das Mäntelchen, die „Entwicklungsfähigkeiten der Gebührenfinanzierung" zur vollen Blüte zu bringen, sprich die Gebühren in die Höhe zu treiben. Das heißt dann kostendeckend. Im schon zitierten Lehrbuch der Finanzpolitik liest man dazu folgendes: „... bleibt das Prinzip der Kostendeckung als Rechtfertigungsgrund und Bemessungsgrundlage; die Gebühr soll wenigstens ungefähr das kostenmäßige Äquivalent der erbrachten Leistung darstellen." Also: Die Gebühren werden so lange erhöht, bis die Volksmassen sich dagegen erfolgreich wehren.

Zahlen auf der einen Seite die Volksmassen immer mehr, so werden auf der anderen Seite den Kapitalisten Steuern erlassen. Eingeleitet wurde das durch die Gemeindefinanzreform von 1969/70. Finanzierten sich die Gemeinden 1969 noch zu 81,7% durch die Gewerbesteuer, die vollständig den Gemeinden zufloß, so tauschten sie durch die Reform einen Anteil an der Gewerbesteuer mit dem Bund und den Ländern gegen eine Beteiligung an der Einkommensteuer. Damit konnte nun, ohne den Gemeindehaushalt zu gefährden, mit den Steueränderungsgesetzen den Kapitalisten ein Teil der Gewerbesteuer erlassen werden. Die Freibeträge bei den Gewerbesteuern wurden erhöht, ein Teil, nämlich Lohnsummensteuer, soll stückweise gänzlich gestrichen werden.

Solche Art „Kunst" der Besteuerung soll den Studenten eingetrichtert werden zwecks Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen. Einfach ist das für die Herren Bourgeoisprofessoren überhaupt nicht, werden die besitzlosen Studentenmassen doch selbst heftig geplündert vom bürgerlichen Staat. In den Fahrpreiskämpfen der letzten Jahre standen sie an vorderster Front. Die Apologetiker der bürgerlichen Volkswirtschaft werden bekämpft. Das Konterfei eines ihrer übelsten Vertreter, des Professor Bellinger, tauchte Ende des letzten Semesters auf einem „Fahndungsfoto" in der Universität auf.

Unter den Forderungen nach Abschaffung aller indirekten Steuern, 1500 DM Steuerfreibetrag, keine Gebühren- und Tariferhöhungen können sich die Studenten mit der Arbeiterbewegung zusammenschließen. – (KHG Westberlin/N-Red.)

Zig Tausende verweigern, aber der Nutzeffekt bleibt aus, die Moral in der Armee steigt trotzdem nicht

Auch Weiterverpflichtungen nehmen ab

Der Bourgeoisie fehlt es an längerdienenden Soldaten, rund 35000 Mann ist das Fehl gegenwärtig. Das geplante Soll der Armee, 60% Zeit- und Berufssoldaten, 40% Wehrpflichtige, wird nicht erreicht, die Zahl von 53% für Zeit- und Berufssoldaten wurde noch nie überschritten. Nach Inkrafttreten des Haushaltsstrukturgesetzes am 1.1.76, nach dem Zeitsoldaten in den ersten sechs Monaten der Dienstzeit nur Wehrsold (165 DM) gezahlt wird, sind die Zahlen der Verpflichtungen von 1975: 46000 Soldaten auf Zeit (SaZ2) auf 1976: 20000 SaZ2 gesunken.

Gleichzeitig ist ein ständiges Ansteigen der Verweigerungen zu verzeichnen:

1975	32565
1976	40618
1.1.–30.6.1977	26152
(1.8. Inkrafttreten der Wehrdienstnovelle)	
8/1977	7600
9/1977	6700
10/1977	8600
11/1977	ca. 10000

56% der Abiturienten haben den Dienst mit der Waffe verweigert. Leber am 30.11.77 in Bonn: „Die Abiturienten überlassen den Dienst bei der Bundeswehr den Arbeitern und Bauern." Davor fürchtet er sich, mit Recht. Leber hat jetzt verlauten lassen, wenn diese Zahlen Anfang 1978 weiter steigen, Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wieder einzuführen.

Trotz dieser steigenden Zahlen von Verweigerungen macht in der Armee der Kampf der Soldaten gegen Unterdrückung, Drill und Schikane, für Rechte und Bezahlung ihrer Arbeitskraft Fortschritte. Die Soldatenbewegung hat wichtige Anstrengungen in der Hebung der Bewußtheit der Kämpfe der Soldaten gemacht und Erfolge erzielt. Erstmals haben die Soldaten des 3. Quartals 77 in der Ausbildungskompanie 408 Munster, erkämpft, daß ein Vertrauensmann gewählt wird, daß das Laufen in den Kompaniegebäuden untersagt werden mußte und die Stuben schriftlich abgemeldet werden können.

Warum verpflichten sich trotz steigender Zahl von Verweigerungen nicht mehr Soldaten? Warum verpflichten sich die Rekruten überhaupt?

Keiner, der in die Armee gezogen wird, will sich freiwillig für zwei Jahre oder länger der Bourgeoisie mit Haut und Haaren verkaufen. Jeder weiß, daß man nicht mal die minimalsten Rechte, wie das Recht auf Verweigerung seiner Arbeitskraft, Kündigung, hat. Von drei Soldaten der Fernmeldeausbildungskompanie 2./1 Hannover (3. Quartal 77), die sich verpflichtet haben auf zwei bzw. vier Jahre, hat das einer gemacht, weil er seine kranke Mutter unterstützen muß, einer, weil er sonst nicht weiß, wie er mit seinem Geld auskommen soll, und ein dritter, weil er sich erhofft, mittlere Reife oder sogar Abitur nachmachen zu können.

Oft ist es so, daß gerade unter den SaZ 2 und 4 die rebellischsten Soldaten der Mannschaften sind, bis ins Unteroffizierskorps. Oft müssen diese mit hohen Disziplinarmaßnahmen bestraft und häufig vom Kompaniefeldwebel (Spieß) „ins Gebet" genommen werden, um ihnen das Rückgrat zu brechen. In Schwanewede/Bremen hat ein Gefreiter UA (Unteroffiziersanwärter) mit bestandenem Unteroffizierslehrgang als Wachhabender, nachdem die Offiziere die Kaserne verlassen haben, die Türen zum Knast im Wachgebäude geöffnet, damit sich die wegen „Disziplinverfehlungen" Einsitzenden frei bewegen können und hat mit ihnen in der Kantine Cola und Whisky getrunken.

Bei den häufiger stattfindenden Saufgelagen der Unteroffiziere kommt es des öfteren zu Angriffen auf das Offizierskorps. Bei unregelmäßigen Kontrollen der Stuben der Unteroffiziere durch den Spieß kommt es jedesmal zu Dienstbesprechungen, Disziplinarmaßnahmen und werden einzelne zusammengeschissen.

Wir können gegenwärtig kein verstärktes Streben nach Verpflichtungen oder Weiterverpflichtungen feststellen. Dadurch, daß mehr verweigern, kommen nur noch wehrwillige Soldaten in die Armee, die man leichter für Verpflichtungen gewinnen kann, rechnete die Bourgeoisie. Weder trifft das ein, noch, und das ist das wichtigere, erhöht sich die Zahl derjenigen, die sich der Armee, den Interessen der Bourgeoisie moralisch verpflichtet fühlen, um die Freiheit der Ausbeuterklasse zu verteidigen. Im Gegenteil, die Bewußtheit über den Zweck der Armee erhöht sich. Darauf muß es der Bourgeoisie bei der Vorbereitung des imperialistischen Krieges aber ankommen. Die Militärführung unternimmt deshalb seit geraumer Zeit verstärkte Anstrengungen (KVZ 44, S.11), um das Unteroffizierskorps auf die Unterdrückung der Soldaten abzurichten, ihnen selbst das Kreuz zu brechen. Mit der jetzt durchgeführten Aufhebung des Haushaltsstrukturgesetzes mit sofortiger Wirkung betreffend die Zahlung des Solds an Zeitsoldaten vom ersten Tage der Verpflichtung an sollen mehr Soldaten zur Verpflichtung geködert werden. – (SRK Hannover/SRK Bremen)

Da stutzte der Minister

Hamburg. Am 21.11. lud MdB Pawelczyk, SPD, der sich im Bundestag für die 1 DM-Hungersolderhöhung stark gemacht hatte, im Kaisersaal des Rathauses zu Hamburg zum Empfang, Offiziere, Polizeioffiziere, Vorsitzende von Sportvereinen, „Vertreter aus Wirtschaft und Politik", kurz ein guter Ausschnitt der Hamburger Bourgeoisie folgte der Ladung. Es waren auch Vertrauensleute der Unteroffiziere und einige Mannschaftsvertreter da.

Klose, Erster Bürgermeister, SPD, und Leber, Verteidigungsminister, SPD, sprachen. Leber betonte die Notwendigkeit des ideologischen Abrichtens der Soldaten und protzte damit, daß sich ca. 40000 (gleich 10% aller Soldaten) ständig auf Lehrgängen, Schulen und Kursen befänden. Das reicht aber nicht für die Präparierung einer kriegsfähigen Truppe. Die einzelnen Soldaten müssen fester kontrolliert und im Griff gehalten werden durch die Offiziere, das „menschliche Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen" muß besser werden. Dem Zweck diene auch die Umstrukturierung des Heeres, denn bei der hohen Anzahl der Mannschaften und dem hohen technischen Stand des Gerätes in einer Kompanie sei der Chef nicht in der Lage, sich „ausreichend mit dem Einzelnen zu beschäftigen". Kleinere, überschaubare Einheiten sollen die Unterdrückung und Überwachung der Mannschaften lückenlos machen. Diese Umstrukturierung sei fast so schwierig wie das Aufstellen einer neuen Wehrmacht. Aus jedem Wort spricht da der feste Wille der Bourgeoisie, sich ein funktionierendes Menschenmaterial zu formen für den Krieg, den sie mit großen Anstrengungen vorbereitet.

Großer Beifall beim versammelten Gesindel. Bei Sekt und Bier mischt sich Leber unter die Versammelten. Fragen, Händeschütteln, „Darf ich bekannt machen ...?" Woanders wird über Stahlaufträge geredet. Dabei traf Leber auf einen Mannschaftsvertrauensmann, der ihn auf die unverschämte Solderhöhung ansprach und erklärte, daß er und seine Kollegen in der Einheit für Lohnfortzahlung seien. Da stutze der Minister. „Was ist das denn?" Er redete dann etwas von hohen Kosten, und das würde ja auf eine Berufsarmee hinauslaufen. Zu seiner Offiziersbegleitung: „Mir ist bekannt, daß es Bestrebungen für Weiterzahlung des Lohnes in der Bundeswehr gibt."

Manöver des österreichischen Bundesheeres zur Erprobung neuer Militärkonzeption

Der österreichische Imperialismus hat gerade seine verschiedenen Herbstmanöver abgeschlossen. In verschiedenen Teilen des Landes wurde das neue Militärkonzept geübt, das, wenn man genau hinschaut, nur eine Widerspiegelung der ökonomischen und politischen Abhängigkeiten des österreichischen Imperialismus vom BRD- und US-Imperialismus bedeutet, andererseits selbständige imperialistische Interessen verwirklichen will. Und die liegen immer noch im Osten. Die „neue österreichische Konzeption der Raumverteidigung" und die der NATO-Imperialisten, insbesondere die der BRD-Imperialisten mit der „Vorneverteidigung", haben einen Zusammenhang.

Die größten Manöver fanden im Burgenland nahe der ungarischen Grenze und im Raum Linz, einem der großen Industriegebiete des Landes (Stahlindustrie), statt. Beim letzten Manöver wurden die meisten Truppenverbände zusammengezogen. Die österreichische Bundesbahn stellte 43 Sonderzüge, um die 11000 Soldaten, 1300 Räder- und 320 Kettenfahrzeuge ins Manövergebiet zu transportieren. Dazu kamen noch Verbände der Luftwaffe. Das neue Militärkonzept, dessen ideologischer Vertreter der Armeekommandant und General Spannocchi ist, geht von der Tatsache aus, daß im Falle eines Angriffs der sozialimperialistischen Armeen auf Westeuropa, Österreich Aufmarschgebiet und Durchmarschgebiet dieser Armeen sein wird, andererseits, und dem entspricht das Konzept der Vorneverteidigung, die NATO-Neutralität Neutralität sein lassen wird und durch Österreich gen Osten marschieren muß. Diese Annahmen sind keineswegs unberechtigt, ist doch das Donautal ein geradezu klassischer Weg gen Osten oder von dort her nach Bayern. Hinzu kommt noch das Gebiet von der ungarischen Grenze Richtung Graz und Villach, was Aufmarschgebiet zur Eroberung der norditalienischen Tiefebene sein kann. Beide Gebiete entsprechen auch den wichtigsten Industriezentren Österreichs. Aus dieser Tatsache folgert die österreichische Bourgeoisie, daß sie niemals auf die Aufrechterhaltung der „Eigenstaatlichkeit verzichten wird". Weiter folgert die österreichische Bourgeoisie, daß im Falle eines Angriffs des Sozialimperialismus sie nicht in der Lage sein wird, das österreichische Territorium in seiner Gänze zu halten und den Aggressor zurückzuschlagen. Gewährleisten will die hiesige Bourgeoisie daraus folgernd auf alle Fälle, daß der sogenannte „Zentralraum Österreichs", – dem entspricht etwa das Alpengebiet, – „über einen möglichst langen Zeitraum verteidigt werden soll", daß weiter die „Schlüsselräume", also die Gebiete, wo die Industriezentren des Landes liegen, die auch mit den Aufmarschgebieten identisch sind, „über den erforderlichen Zeitraum gehalten werden sollen" bis eben gegen die Sozialimperialisten Hilfe von der NATO kommt. Spannocchi schreibt dazu in seinem Buch „Verteidigung ohne Selbstzerstörung":

„Da aber der militärische Angriff seine Neutralität (des Kleinstaates) oder Bündnisfreiheit, oder wie immer sich seine Souveränität definiert, beendet, bleibt stets die Chance der Hilfe von Außen. Deren wird er natürlich bedürfen, um von seinem Restterritorium aus, als Basisraum seines Handelns, das ganze Staatsgebiet wieder kämpfend zu beanspruchen."

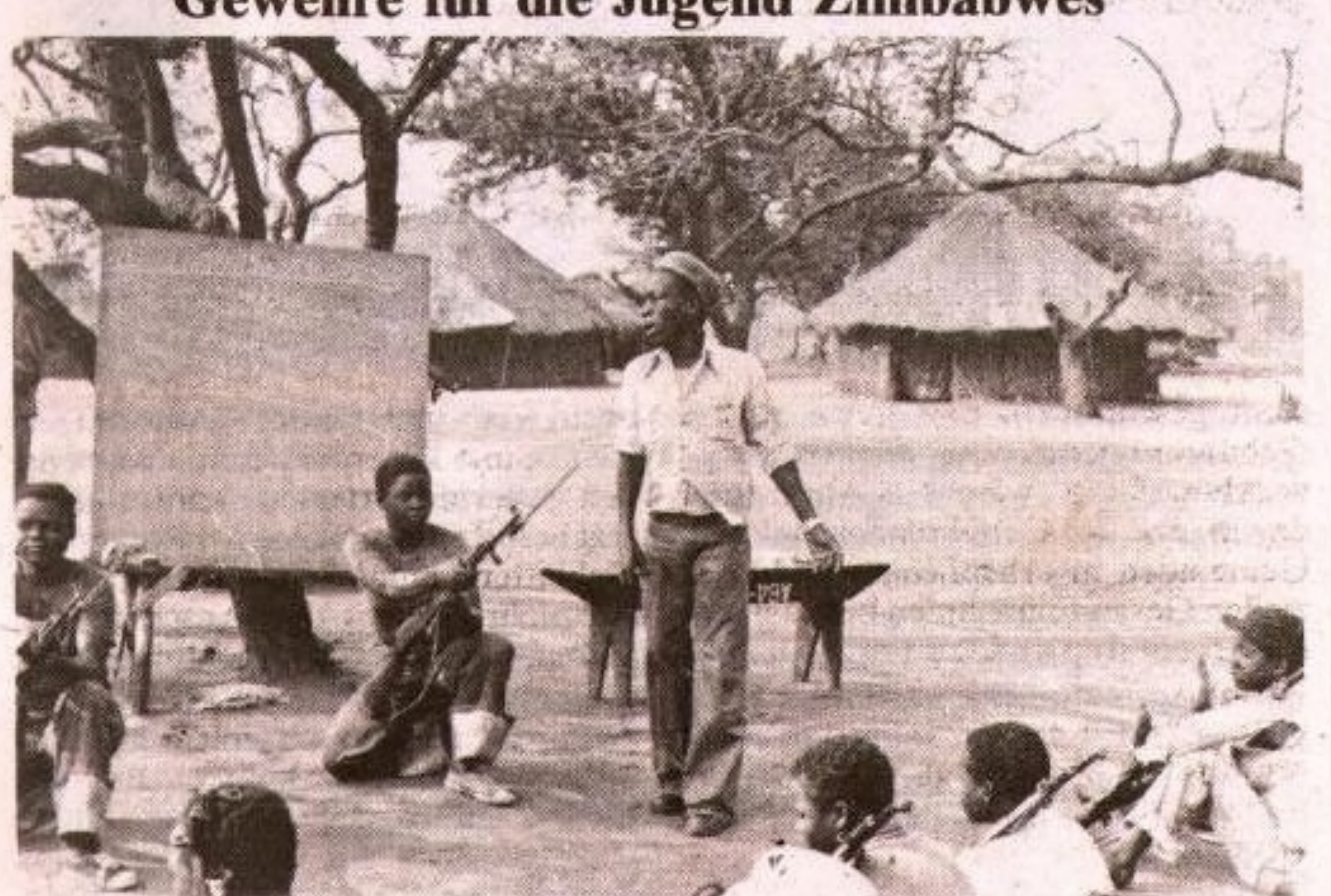
Also muß die NATO her. „Als Preis für die ungeheure Anstrengung" (Spannocchi) machen sich die Kapitalisten berechtigte Hoffnungen, daß im Ringen um Europa für sie im Osten was abfällt.

Direkte Zusammenarbeit der österreichischen Imperialisten mit der NATO findet statt; verschiedene „neuralgische Punkte" an der norditalienischen Grenze sollen atomar vermint werden, z.B. der Reschenpaß. (Die Presse, 24.10.) Damit die österreichischen Imperialisten dann auch mitmachen können Richtung Osten, brauchen sie entsprechende Kampfpanzer. Darüber wird seit langem beraten.

Zum neuen Militärkonzept Österreichs gehört noch das Gebiet, welches mit „Teilräume von weitrangiger strategischer Bedeutung" umschrieben wird. Dieses Gebiet soll von sogenannten Landwehrverbänden „kräftesparend verteidigt werden". Das heißt: spezifische taktische Aufgaben für Truppenverbände von 10 bis 50 Mann, die selbständig operieren. Ähnlichkeit mit Partisanenverbänden wird ihnen angehängt, sie werden aber ausdrücklich als Militärverbände behandelt. Die Bevölkerung soll dabei Hilfestellung in Form von Nachrichtensammlung usw. geben. Das wurde jetzt auch bei den Manövern geübt. Die österreichische Presse schreibt von diesem Konzept der Einbeziehung der Bevölkerung in den Kampf, daß es ausgezeichnet klappt, „Zivilisten spielen mit", heißt es. Und es wird berichtet von einigen Beispielen, wo der angreifenden Manöverpartei ein Verkehrsschild umgedreht wurde, weiterhin von einer Kommandeursfrau, die den „Anordnungen der Besatzertruppen nicht Folge geleistet hatte", laut Manöverbericht wurde sie erschossen.

Die Vorbereitung auf eine Teilnahme am imperialistischen Raubkrieg der in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten durch die österreichische Bourgeoisie soll u.a. über diese Form der Vaterlandsverteidigung erreicht werden. Dabei wird der Ärger der Bauern über die riesigen Manöverschäden geflissentlich verschwiegen. Und wenn eine Bauersfrau den frierenden Wehrpflichtigen ein wenig heißen Tee bringt, hat das noch nicht viel mit „vaterländischem Herz" zu tun. – (Korrespondentenbericht aus Wien)

Gewehre für die Jugend Zimbabwes



In den Ausbildungslagern der ZANU lernen die Massen die Fähigkeiten zur Befreiung ihres Landes.

Veranstaltungen mit einer Delegation der ZANU unter Leitung eines Mitglieds des Zentralkomitees der ZANU

18.12.1977	Nürnberg	21.12.1977	Hamburg
19.12.1977	München	22.12.1977	Köln
20.12.1977	Westberlin	23.12.1977	Frankfurt

Erklärung von R.G. Mugabe, Präsident der ZANU

Die Streitkräfte des rassistischen Feindes Ian Smith, unterstützt durch die von Johannes Vorster, dem rassistischen Premierminister von Südafrika, haben zwei unserer Durchgangslager angegriffen. In beiden Fällen waren die Lager in erster Linie zivile Zentren, in denen unsere Massen mit ernsthaften Projekten nach dem Prinzip „Auf die eigene Kraft vertrauen" befaßt waren, solchen zur Ausbildung und Erziehung, Landwirtschaft, Geflügel- und Schweinezucht, Gesundheitswesen und Handwerk. Der skrupellose und äußerst unmenschliche Feind massakrierte mit französischen Mirage-Flugzeugen, Düsenjägern und Canberra-Bombern und Hubschraubern kaltblütig kleine Kinder in Schulen, Patienten in Krankenhäusern, Arbeiter in unseren Farmen und in anderen Produktionsprojekten. Insgesamt haben wir etwa 100 Genossen verloren, die meisten waren Kinder, Mütter, Patienten und physisch behinderte Menschen. (...)

Wir möchten betonen, daß die betreffenden Angriffe ausgeführt wurden durch vereinte Streitkräfte Rhodesiens, Südafrikas und Israels und Söldnern, die von den USA, Großbritannien, Westdeutschland und anderen westlichen Ländern bereitgestellt werden. (...) Der Einsatz französischer und amerikanischer Flugzeuge und die Verwicklung von Söldnern westlicher Länder macht diese Länder zu Komplizen im Völkermord und in der Bedrohung und Folter sowohl gegenüber dem Volk von Mozambique als auch dem von Zimbabwe. Die Beteiligung der USA und Großbritanniens bei der Durchführung dieser Verbrechen macht ihre „Prinzipien von friedlichen Verhandlungen" zur Farce, an deren Verfolgung die Welt glauben soll. Sie stehen als Verurteilte da, nicht bloß als Lügner, sondern auch als internationale Verbrecher, die keine Grenzen sehen bei der Verfolgung ihrer strategischen Pläne zur Sicherung ihrer imperialistischen und kapitalistischen Ziele.

Wenn die Angriffe der letzten paar Tage beabsichtigten, der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe, ZANLA, und der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, ZANU, in der Patriotischen Front das Rückgrat zu brechen, so sind sie ganz und gar gescheitert. Und der Feind weiß das. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir in Mozambique keinerlei militärische Lager unterhalten. Unsere Militärlager und -basen sind fest verankert in Zimbabwe, wo Tausende unserer Kämpfer sich verbreitet haben über die ganze Länge und Breite des Landes und den Feind jeden Tag und jede Stunde verfolgen. (...)

Wir haben keinen Zweifel, daß die kürzlichen Angriffe darauf berechnet waren, nach Ansicht des Feindes günstige Bedingungen für die vorgelegte „interne Regelung" zu schaffen, für die Gespräche zwischen Ian Smith und den afrikanischen Marionetten im Land. Währenddessen sind derartige Gespräche nichts als Verrat an der Sache der afrikanischen Massen von Zimbabwe. (...)

Endlich müssen diese fortgesetzten nackten und ungerechten Angriffe der Rebellenstreitkräfte von Ian Smith und seinen imperialistischen Herren gegen die Volksrepublik Mozambique gesehen werden als Versuche, die Regierung und das Volk von Mozambique dahin einzuschüchtern, daß sie ihre Bande der Freundschaft und Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe lösen. Wir sehen jedoch mit Genugtuung, daß die revolutionäre Erfahrung, die Linie und Überzeugung der Regierung und des Volkes von Mozambique unter der dynamischen Führung Präsident Samora Machels sie gestählt haben in der vorbehaltlosen Unterstützung des Befreiungskampfes. Unsere revolutionäre Einheit ist gegründet und wird aufrechterhalten dadurch, daß wir gleiche Prinzipien und Ziele haben.

Das Jahr 1977 ist für unser Volk von Zimbabwe ein entscheidendes Jahr, in dem unser bewaffneter Kampf ganz neue Gestalt annimmt, welche Taktik der Feind auch immer einschlägt. Die Position des Feindes ist bereits schwach. Wir haben seine Streitkräfte bis zum äußersten angespannt, indem wir ihn mit unseren Operationen über das ganze Land angreifen. Zahlreiche Farmen sind verlassen, seine örtliche Verwaltung ist zusammengebrochen, seine Wirtschaft zerfällt, täglich erleidet er auf dem Schlachtfeld Verluste, täglich konsolidieren wir unsere Verankerung in den halb befreiten Gebieten. Wir können und werden nie verlieren, unsere Streitkräfte werden stärker als je zuvor, und die nächsten Tage unseres Kampfes werden klar demonstrieren, wer Rückschläge erleidet, wer dabei ist, zu siegen, und wer dabei ist, zu verlieren. Unsere Sache ist die Sache eines Volkes, und ein Volk wird ganz sicher gewinnen. Smith steht vor der unausweichlichen Niederlage.

Vorwärts im revolutionären Kampf
Vorwärts im Befreiungskrieg
Der Kampf geht weiter

R.G. Mugabe, Präsident der ZANU und Co-Führer der Patriotischen Front

Maputo, 30. November 1977

Abfuhr für Vance in Südamerika

Außenminister Vance wurde, nachdem Carter seine „Welt-Frontbesichtigung" absagen mußte, als zweite Garnitur nach Südamerika geschickt. Besucht hat er Brasilien, Argentinien und Venezuela. Sein Auftrag war, Carters Politik zu überprüfen, „insbesondere bei der Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen und auf dem Gebiet der Menschenrechte" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.). Brasiliens Staatspräsident Geisler hat Vance empfangen mit der Nachricht über die Ausweisung von 150 Missionaren, darunter 100 Amerikanern, aus den indianischen Gebieten am Amazonas. In bezug auf die „Menschenrechtsfrage" haben der brasilianische wie der argentinische Staatspräsident sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer beiden Länder verbeten.

Die Drohung der US-Imperialisten, Brasilien kein Uran zu liefern, sollte das Kernreaktorgeschäft mit der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, konterte Brasiliens Staatspräsident damit, daß es notwendig sei, sich eigene Energiequellen zu sichern.

In Venezuela versuchte Vance, wie bereits im Iran und in Saudi-Arabien, den Staatspräsidenten Perez dafür zu gewinnen, eine Erhöhung der Ölpreise auf der Konferenz der erdölproduzierenden Länder (OPEC) im Dezember abzulehnen. Perez dagegen befürwortete die Ölpreiserhöhung unter Hinweis auf die Preiserhöhungen der Industrieländer bei Lieferung von Stahl, Maschinen und Landwirtschaftsgeräten in die Entwicklungsländer. Zur Abfuhr von Vance in Südamerika schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 26.11. treffend: „Das magere Ergebnis der Südamerika-Resie von Vance."

Kossygin reist nach Finnland

Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin reist in dieser Woche zu den Feiern der 60jährigen Unabhängigkeit Finnlands nach Helsinki. Der Sozialimperialist möchte sich mit den Lorbeeren des revolutionären Rußland schmücken, das den seit 1806 unter zaristischer Herrschaft stehenden Teilen Finnlands gemäß den revolutionär-demokratischen Prinzipien das Recht auf Selbstbestimmung und Lostrennung zugestand. Die heutigen Sozialimperialisten haben Finnland fest in ihr System der „internationalen Arbeitsteilung" integriert, unter dessen Mantel sie die Ausbeutung und Unterdrückung Finnlands betreiben. Finnland ist zu 100% bei Dieselöl, zu 70% bei Rohöl und zu 40% bei festem Brennstoff von Lieferungen aus der Sowjetunion abhängig. Diese Abhängigkeit besteht auch beim Strom und soll schon dieses Jahr auf Erdgas ausgeweitet werden. Von den geplanten 5 Erdgasleitungen sind bereits 2 in Betrieb genommen. In Finnland steht das erste außerhalb des Comecon gelieferte Kernkraftwerk der Sowjetunion, das im März dieses Jahres im Beisein von Kossygin eingeweiht wurde. In einem Handelsvertrag mit 15jähriger Laufzeit haben sich die Sozialimperialisten jährlich steigenden Einfluß auf die Wirtschaft Finnlands gesichert. Als 1976 die Finnen versuchten, einen Vertrag über den Bau eines Holzkombinats wegen der Inflation von 15% den gestiegenen Preisen anzugleichen, weigerten sich die Sozialimperialisten. Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: „Wir schätzen auch die traditionellen gutnachbarlichen Beziehungen zu Finnland und sind bestrebt, sie zu entwickeln und zu bereichern ..." „Uns zu bereichern", hätte er sagen müssen.

340 Millionen Bürgschaft für U-Boot-Geschäft mit Argentinien

Aus „beschäftigungspolitischen Gründen" hat die Bundesregierung am vergangenen Mittwoch einer Bürgschaft von 340 Mio. DM für den Bau eines argentinischen U-Boots zugestimmt. Außerdem sollen Konstruktionspläne und die nötige Werftausrüstung für den Bau weiterer U-Boote geliefert werden. Nach dem Militärputsch vor zwei Jahren, der die weitere Enteignung von Siemens-Niederlassungen verhinderte, ist das westdeutsche Finanzkapital wieder voll im Argentinien-Geschäft. Getätigt wird das U-Boot-Geschäft von dem Stahlkonzern Thyssen. Die Stahlkapitalisten stehen weltweit in heftiger Konkurrenz. Damit die westdeutschen Stahlkapitalisten diese Konkurrenzschlacht gewinnen, hat die Bundesregierung dieser Bürgschaft zugestimmt. Um Arbeitsplätze geht es dabei nicht. Über 25000 Stahlarbeiter sind seit 1973 entlassen worden, weitere Entlassungen sollen folgen. „Der Gesamtumsatz der Thyssen-Gruppe blieb 1976/77 mit 19,8 Mrd. DM um 2,9% unter dem Vorjahreswert. Im Export gab es freilich noch ein Plus von 9,2% auf 6,5 Mrd. DM, die Exportquote erhöhte sich dadurch von 29 auf 33% ... Ein nennenswertes Plus gab es im übrigen unter anderem bei der Werft Nordseewerke (diese wird das U-Boot bauen, Red.) und im Lokomotivbau", meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 29.11. und enthüllt die Profitgier der Stahlkapitalisten. Übrigens: Als im Februar vorigen Jahres zwei U-Boote nach Indonesien mit einer Ausfallbürgschaft von 250 Mio. DM verkauft worden sind, hat Schmidt sein Wort gegeben, daß so etwas nie wieder vorkommen solle. Das nächste Waffengeschäft wartet sicher schon.

3. Woche Streik der britischen Feuerwehrleute

Entscheidend gegen die Lohnleitlinienpolitik der Regierung

Immer mehr wird der Streik der Feuerwehrleute in Britannien und Nordirland zum Kristallisationspunkt in dem Kampf der britischen Arbeiterklasse gegen die Lohnleitlinie der Regierung von 10 Prozent. Der Präsident der Kapitalistenvereinigung, Lord Watkinson, erklärt: „Wir haben der Regierung erklärt, daß, wenn die Forderung der Feuerwehrleute erfüllt wird, niemand, der Leute beschäftigt, mehr hoffen kann, mit irgendetwas in der Nähe von zehn Prozent abzuschließen." Callaghan forderte in einem Gespräch mit der Führung der Fire Brigade Union (FBU), der Gewerkschaft der Feuerwehrleute, die Annahme der Lohnleitlinie im „nationalen Interesse". Die Tatsache, daß der Streik in der dritten Woche steht und keine Anzeichen dafür da sind, daß er leicht besiegt werden kann, und die große Unterstützung durch die Arbeiterbewegung führen zu Zersetzungserscheinungen in den Reihen der Bourgeoisie und ihrer Politiker. Die Konservative Partei will eine Bezahlung der Feuerwehrleute, Polizisten und Soldaten nach dem durchschnittlichen Industriearbeiterlohn plus zehn Prozent garantieren und dafür den Feuerwehrleuten das Streikrecht nehmen. Ein Teil der Labourabgeordneten verlangt die Aufgabe der Zehn-Prozent-Lohnleitlinie und eine „neue Lohnstrategie". Die Regierung hat jetzt 10 Prozent, Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 42 Stunden ab Frühjahr 1978 und die Garantie, die Feuerwehrleute aus allen künftigen Lohnleitlinien auszunehmen, angeboten. Die Feuerwehrleutegewerkschaft hat abgelehnt, zur Diskussion dieses Vorschlags eine neue Delegiertenkonferenz einzuberufen, die allein den Streik beenden könnte.

Die Streikfront der Feuerwehrleute steht, obwohl die Lage schwierig ist. Die Feuerwehrleute haben in der letzten Woche ihr letztes Gehalt ausgezahlt bekommen. Das beträgt bereits nur die Hälfte des normalen Gehalts, weil sie seit Mitte November im Streik sind. Die Unterstützung durch die Arbeiterbewegung und die Volksmassen ist groß. 35000 Pfund sind bisher zusammengekommen, dazu unzählige Sachspenden wie Lebensmittel, Wohnwagen für Streikposten. Am 26.11. führten die Feuerwehrleute aus London und Umgebung eine Demonstration mit über 10000 Teilnehmern durch, in mehreren anderen Städten fanden weitere Demonstrationen statt. In Bootle bei Liverpool stellten sie Streikposten vor dem Quartier der Armeeeinheit auf, die von der Regierung als Ersatzfeuerwehr in diesem Gebiet eingesetzt wird. Die Wagen des Militärs wurden nicht behindert, aber die Mitglieder anderer Gewerkschaften aufgefordert, die Streikpostenlinie nicht zu passieren, so daß die Elektriker und Klempner, die das gerade neu bezogene Quartier renovieren sollten, Milchwagenfahrer, Bäcker, die Lebensmittel bringen sollten, dies nicht taten und der Armee der Nachschub abgeschnitten wurde.

Die Kapitalisten kommen durch den Streik immer mehr unter Druck. Die Versicherungsgesellschaften beginnen, die ungeheuren zusätzlichen Kosten durch den Streik zu bejammern. Die Truppen, die die Feuerwehr ersetzen sollen und deren Einsatz im Fernsehen jeden Abend als vorbildlich dargestellt wird („kriegen weniger Geld, bekämpfen mehr Feuer und dürfen nicht streiken"), sind schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Und trotz der Hetze, die ihre Offiziere gegen die Feuerwehrleute loslassen, und der Freude, dem Kasernendrill etwas zu entkommen, ist der Enthusiasmus, den die Presse den Berufssoldaten zuschreibt, nach den ersten wirklich gefährlichen Einsätzen verloren. Das Gerät der Feuerwehrleute kriegen sie nicht, dafür sorgen Streikposten, abgesehen davon, daß sie es nicht bedienen können. So fahren sie mit eingemotteten Wagen des früheren Zivilschutzes. Wenn direkt Menschen durch Feuer bedroht sind, sind Feuerwehrleute von Streikposten immer zur Stelle. Wenn Fabriken und Kaufhäuser brennen, natürlich nicht.

Aber wesentlich mehr als den unmittelbaren Schaden, den die Kapitalisten erleiden, fürchten sie die moralische Wirkung des Streiks. Sie ist gerade entgegengesetzt wie sie erhofft hatten. Die Feuerwehroffiziere, deren Pflichterfüllung Callaghan in einem Gespräch mit ihrer Gewerkschaftsführung ausdrücklich lobte, geraten in den ideologischen Sog des Streiks. Ihre Gewerkschaft fordert ebenfalls die 42-Stundenwoche sowie eine Lohnerhöhung von 18 Pfund die Woche. In mehreren Fällen haben sich ihre Ortsgruppen für die Beteiligung am Streik ausgesprochen. Am Montag findet eine Urabstimmung darüber statt, ob eine Delegiertenkonferenz mit dem Zweck der Beschlußfassung der Teilnahme einberufen wird. Sollte das beschlossen werden, ist die Armee noch hilfloser in der Feuerbekämpfung.

Die Beschäftigten der lokalen Behörden, die ebenfalls im Lohnkampf stehen, haben das 10,1%-Angebot der Dienstherrn abgelehnt und sich dabei ausdrücklich auf den Streik und die Forderung der Feuerwehrleute bezogen. Eine ihrer Gewerkschaften hat 10000 Pfund an die FBU überwiesen. Das Zusammentreffen des Streiks mit den Verhandlungen der Beschäftigten der lokalen Behörden birgt für sie große Gefahren. Die FBU hat mit dem richtigen Argument, die Regierung mache den Streik zum Präzedenzfall, die Unterstützung des Dachverbandes TUC gefordert.

Die Bourgeoisie wird keine Mühe scheuen, dem Feuerwehrleutestreik das Genick zu brechen und das so schnell wie möglich. Zur Spaltung und Demagogie kommen jetzt Versuche, die Unterstützung zu verbieten. Scotland Yard hat erklärt, die Geldsammlungen der Feuerwehrleute auf der Straße an ihren Streikposten sei verboten.

Ob der Bourgeoisie die Besiegung der Arbeiterbewegung an diesem Knotenpunkt gelingt oder ob es der Arbeiterklasse gelingt, die Lohnleitlinie zu Fall zu bringen, hängt davon ab, ob die Arbeiterbewegung gegen die sozialdemokratische Führung die Unterstützung der Feuerwehrleute durch die gesamte Gewerkschaftsbewegung durchsetzen kann. Dann ist der Fortgang dieses Streik materiell gesichert, was entscheidend ist für seinen Sieg. Und ein solcher Beschluß wäre auch der zwangsläufige Beginn gemeinsamer Aktionen gegen die Lohnleitlinie. – (Korrespondentenbericht London, 2.12.)

Augsburg - Brenner - Bozen - Verona: alte deutsche Kaiserrennstrecke

Schon im Herbst 1154 unternahm er seinen ersten Römerzug, hielt auf den roncalischen Gefilden Gericht und Heerschau und ließ sich 1155 in Pavia mit der lombardischen und in Rom von Hadrian IV. mit der Kaiserkrone krönen, nachdem er dem Papst den Reformprediger Arnold von Brescia zum Feuertod ausgeliefert hatte.

Friede und Recht wurden überall im Reich wieder hergestellt oder befestigt. So konnte F. im Frühjahr 1158 mit einem stattlichen Heer wieder nach Italien ziehen,

Den von seiner Fluchtreise aus Frankreich nach Rom zurückgekehrten Alexander III. zu stürzen und die Anerkennung des von ihm eingesetzten zweiten Gegenpapstes zu erzwingen, zog F. 1166 zum drittenmal mit Heeresmacht nach Italien.

Unbekümmert um die Gährung in seinem Rücken, wo Cremona einen Bund der Städte stiftete, zog er über den Apennin.

Erst 1174 konnte F. wieder nach Italien ziehen.

Als erster Fürst der Christenheit geehrt, wollte F. auch den Pflichten eines solchen nachkommen; deshalb nahm er 1188 das Kreuz und rüstete zum Zug zur Befreiung Jerusalems.

Friedrichs Herz und Eingeweide wurden in Tarsus, das von den Gebeinen gelöste Fleisch wurde in Antiochia bestattet; das Skelett dachte man wohl in der Heiligen Stadt, deren Eroberung man hoffte, beizusetzen; es ist bei dem kläglichen Ausgang des Zugs wohl im Lagersand am Ocean verscharrt worden.



Auf Interventionssprung gegen den Befreiungskampf der F.POLISARIO

Französische Manöver auf afrikanischem Boden



Kämpfer der F.POLISARIO bei der Ausbildung mit erbeuteten französischen Bazookas.

Nach den gescheiterten Versuchen der französischen Imperialisten, die Auslieferung ihrer gefangenen Militärberater, die als Ingenieure getarnt den Einsatz mauretainischer Truppen gegen die F.Polisario organisiert hatten, zu erzwingen, hat Frankreich jetzt mit einem militärischen Manöver auf afrikanischem Boden seine Interventionsabsichten gegen die Demokratische Arabische Republik Sahara offen vorgeführt.

„Südlich der Sahara eine Show von Frankreichs militärischer Stärke", damit „hat Frankreich der Gegenseite zum ersten Mal unübersehbar militärisch gedroht", umschreibt die Zeitung ‚Welt' das französische Waffengerassel in Gabun. „Bis zu den Erzgebieten im Norden der Republik Mauretaniens ist es nur eine Düsenflugstunde."

Offen wird die Interventionsabsicht des imperialistischen ‚Nachbarn' Frankreich unterstützt. Vor einigen Wochen ist die französische Garnison in Senegal aufgestockt worden. Um die „Sicherheit französischer Bürger in Mauretanien zu gewährleisten", sind neben Fernmeldeeinheiten drei Kompanien Fallschirmjäger von Frankreich aus entsandt worden. In Gabun wird Giscard d'Estaing jetzt eine weitere Interventionstruppe installieren. Französische Jagdflugzeuge vom Typ ‚Jaguar', die speziell für den Bodenkampf ausgerüstet worden sind, überflogen demonstrativ die Erzgruben in der Nähe der mauretanischen Stadt Zouerate und den Verschiffungshafen Nouhadibou, mit dem das Erzgebiet durch eine Eisenbahnlinie verbunden ist und die sich durch das Operationsgebiet der F.Polisario erstreckt, und somit Aggressionstruppen vortreffliche Möglichkeiten für militärische Operationen gegen die F.Polisario bieten. Drei Transportflugzeuge brachten eine Luftlandeeinheit, und die Marine stellte ein Battaillon Marineinfanterie für das Manöver in Gabun ab, an dem auch acht dieser ‚Jaguar'flugzeuge teilnehmen.

Frankreich, das seine militärische Herrschaft über die afrikanischen Kolonien durch den Befreiungskampf der afrikanischen Völker verloren hat, hat seine Ansprüche auf diese Gebiete nie aufgegeben. Mit 24 afrikanischen Staaten, ehemalige Kolonien, unterhält der französische Imperialismus wirtschaftliche Kooperationsverträge. Vier von diesen ehemaligen Kolonien, Gabun, Senegal, Dschjibuti und Elfenbeinküste haben mit Frankreich einen Beistandspakt, der Frankreich in diesen Ländern Militärstützpunkte sichert. Über 4000 Soldaten stehen derzeit als Interventionstruppen Frankreichs auf afrikanischem Boden präsent.

In Mauretanien wurde nach Anforderung militärischer Hilfe durch den Manager von ANIM, einem der Betriebe, die die Erzvorkommen in der Sahara ausbeuten, der Stützpunkt Zouerate um ein paar Dutzend Offiziere und Soldaten aufgestockt. Schon seit Mai befinden sich hier 1000 Soldaten aus Marrokko, nachdem die mauretanischen Truppen den Einsatz gegen die F.Polisario verweigert hatten. Jetzt wird in Zouerate eine Landepiste eingerichtet, auf der auch Düsenjäger landen können, um die entsprechende Luftunterstützung beim Ausbau der französischen Erzreviere in der Sahara zu sichern. Mehr als ein Dutzend Jagdflugzeuge wiegt für die französischen Interventionsabsichten der Einsatz der ‚Eurorevisionisten' von der PCF. Nicht nur, daß diese die französischen Kriegsgefangenen der F.Polisario als „französische Geiseln" erklärten. Jetzt hat die PCF auch noch eine Abteilung Revisionisten nach Algerien geschickt, um mit der F.Polisario in Verhandlungen zu treten über die Auslieferung dieser „französischen Geiseln" und zwar „ohne Aufschub und ohne Bedingungen". Wenn dies nicht der Schaffung einer Meinung unter den Volksmassen zur Rechtfertigung einer französischen Intervention à la Mogadischou dienen soll, falls die Verhandlungen der PCF oder der französischen Regierungsgruppe scheitern, was sonst?

Die F.Polisario hat erklärt, daß sie bereit sei, diese Kriegsgefangenen gegen die gefangenen Kämpfer der F.Polisario auszutauschen. Damit aber hat der französische Imperialismus nichts im Sinn. Nützlich ist lediglich der Anlaß, um die alten Träume der Rückeroberung der Kolonialgebiete Westafrikas zu erreichen und sich neue Gebiete wie das der Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu unterwerfen. Dabei hat Giscard d'Estaing die Unterstützung aller bourgeoisen Parteien Frankreichs. Das saharauische Volk hat die Unterstützung der afrikanischen Völker, die den französischen Imperialismus zur Genüge kennen und von denen viele schon einmal militärisch mit ihm abgerechnet haben. – (Z-Red.)

Verstärkte Arbeitsleistungen sollen die außenwirtschaftliche Belastung abfangen

Bericht der Planungskommission der DDR

„Der Planentwurf sieht vor, den Handel mit den kapitalistischen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu erweitern", heißt es in der Rede des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, zum Volkswirtschaftsplan der SED am 24./25. November.

VW liefert 1978 10000 Golf in die DDR. Sie werden getauscht gegen Werkzeugmaschinen. Ein Golf soll zwischen 25000 und 35000 Mark kosten. Wer damit fahren wird? Die Arbeiter nicht, man kann es sich ausrechnen: Bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von vier Mark müßte ein Arbeiter 8750 Stunden, das sind fast viereinhalb Jahre, arbeiten, nur um sich diesen Golf zu kaufen. Die neue Bourgeoisie liebt es, „gleichberechtigt" bequem zu fahren. Vor einigen Monaten wurden mehrere hundert Volvo (42000 Mark) importiert, als „Dienstwagen" für die Funktionäre der SED und Regierungsmitglieder.

Auffällig die Form des Geschäftes. Golf gegen Werkzeugmaschinen. Zahlen kann die DDR nicht. Ihre außenwirtschaftliche Abhängigkeit steigt rapide und ebenso ihre Verschuldung, sowohl gegenüber den RGW-Ländern als auch den westlichen kapitalistischen Ländern. Die größte Abhängigkeit besteht gegenüber der sozialimperialistischen Sowjetunion. „Sehr wichtig für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft sind die Bezüge an Roh- und Brennstoffen aus der UDSSR. 1978 erhalten wir im Rahmen der langfristigen Vereinbarungen von der UDSSR unter anderem: 17,7 Millionen Tonnen Erdöl, 3,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas, 2950 Kilotonnen Walzstahl, 1360 Kilotonnen Eisenerz sowie bedeutende Lieferungen an Buntmetallen, Schnittholz, Zellstoff, Baumwolle, Asbest und anderen Rohstoffen ... Die Sicherung unserer Importe erfordert selbstverständlich, daß wir unsere Exportverpflichtungen gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern erfüllen." Im Bericht des Politbüros führte Kurt Hager, Sekretär des ZK der SED, aus: „Im Zusammenhang mit den weiter wachsenden außenwirtschaftlichen Belastungen und zur Sicherung der Ziele des Fünfjahrplanes haben das Politbüro und der Ministerrat der DDR Beschlüsse zur Einsparung von Treibstoffen und Heizöl sowie von materiellen und finanziellen Fonds im gesellschaftlichen Bereich gefaßt." Hauptsache, das Benzin reicht für die 10000 Golf, geheizt werden braucht auch nicht, sollen die Arbeiter sich doch warmarbeiten. Auf der Tagung des ZK der SED wurde beraten und beschlossen, wie die Schweißauspressung der Arbeiter vorangetrieben werden kann. Politischer Bericht und Bericht der Staatlichen Plankommission zum Volkswirtschaftsplan 1978 geben davon ein beredtes Bild:

„Der Planentwurf ist darauf gerichtet, die Arbeitsproduktivität wesentlich zu steigern, die Ökonomie der DDR voll und ganz auf den Hauptweg der Intensivierung einzustellen und dabei umfassend zu rationalisieren ... Durch eine höhere Qualität und Effektivität der Arbeit sind ökonomische Reserven zu erschließen." Und welche? „Große Reserven liegen nach wie vor in der Erhöhung der Schichtarbeit. Berechnungen haben ergeben, daß bei einer Verbesserung der Schichtauslastung allein der hochproduktiven Ausrüstungen der Industrie um eine Stunde täglich eine Mehrproduktion in einer Größenordnung von 500 bis 600 Millionen Mark möglich ist, ohne daß neue Maschinen und Anlagen investiert werden müssen." Wer sich zur Schichtarbeit zwingen läßt, aus dem muß doch auch noch mehr rauszuholen sein: „Den Weg unserer leistungsorientierten Lohnpolitik durch die schrittweise Einführung der Grundlöhne in enger Verbindung mit der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation wollen wir 1978 konsequent fortsetzen." Akkord, unter Kontrolle eines Fertigungsleitstandes, das „entspricht dem Leistungsprinzip des Sozialismus, daß die individuellen Einkommen der Bürger bei höheren Leistungen wachsen." So soll das „produzierte Nationaleinkommen 1978 auf 105,2%, die industrielle Warenproduktion auf 105,7%, die Arbeitsproduktivität in der Industrie auf 105%, die Bauproduktion der Volkswirtschaft auf 104,3% und der Außenhandelsumsatz auf 111% erhöht werden."

Kühne Pläne. „Die Realität dieses anspruchsvollen Planes liegt in der Kampfbereitschaft der Werktätigen, alle inneren Kraftquellen des Sozialismus und unserer größer gewordenen materiellen und geistigen Möglichkeiten zu nutzen, viel zu leisten und Qualität zu produzieren." Zu derart inneren Kraftquellen des Sozialismus läßt die Arbeiterklasse in der DDR die rechte Kampfbereitschaft vermissen. Kurt Hager stellte fest, daß 1977 mehr als die Hälfte aller Betriebe den Plan um ein Prozent überschritten habe! Und die andere Hälfte? Der Plan wird vorne und hinten nicht eingehalten. Die Planziffern werden nicht eingehalten, die Qualität der Produkte ist schlecht, Materialkosten werden überschritten. Hager: „Vielfach handelt es sich bei dem mit höheren Kosten produzierenden Betrieben um solche, die bereits länger als ein Jahr die Plankosten überschreiten." Jetzt sollen Minister und Generaldirektoren der Kombinate den Arbeitern ständig auf die Finger gucken, den Betrieben „Hilfe und Unterstützung zur Verbesserung der Effektivität des betrieblichen Reproduktionsprozesses" geben. Die Arbeiter werden sich bedanken. Die Arbeiterklasse produziert den Reichtum. Sie besitzt die Fähigkeit, effektiver zu produzieren. Die Arbeiter in der DDR haben zum Beispiel auch Methoden entwickelt, bei der Produktion Material einzusparen. Nur haben sie das nicht gemeldet, sondern gegen Ersatzteile, die man sonst kaum kriegt, wenn man sie braucht, mit anderen Betrieben getauscht. Sie haben eben nicht die Macht in der DDR, sie wissen, daß jegliche Effektivierung der Produktion von der neuen Bourgeoisie genutzt wird, die Planziffern wieder zu erhöhen und damit die Arbeitshetze weiter zu verschärfen.

Die neue Bourgeoisie hat inzwischen Wind davon bekommen. Sie droht: „Die Anstrengungen der Werktätigen der Zulieferindustrie und der Produzenten von Ersatzteilen sind von Beginn an auf die vertragsgerechte Erfüllung der Planaufgaben und ihre gezielte Überbietung mit dem Gegenplan zu richten". Auch hier wieder „Hilfe und Unterstützung" durch Minister.

Kurt Hager faßt noch einmal zusammen: „Die Erfahrungen lehren: Wenn die Werktätigen beeinflußbare und abrechenbare, reale und anspruchsvolle Planaufgaben erhalten, fördert das die Atmosphäre des Kampfes um einen hohen Leistungsanstieg, um steigende Produktivität und Effektivität und um das bestmögliche Verhältnis von Aufwand und Ergebnis. Damit wird zugleich die Entschlossenheit jedes einzelnen gestärkt, vom ersten Tag des neuen Planjahres an sein Bestes zu geben." So? Mit Sicherheit wird dieser Volkswirtschaftsplan die „Atmosphäre des Kampfes" und die Entschlossenheit der Arbeiterklasse in der DDR fördern, die neue Bourgeoisie zu stürzen. Das ist für sie das „bestmögliche Verhältnis von Aufwand und Ergebnis". – (Bezirk Westberlin)

Volksbildungswesen in der Sowjetunion: Abrichtung auf die Lohnarbeit und Unterdrückung

3000 Rubel kostet ein Studienplatz an der Moskauer Universität in diesem Jahr für die, die sich das Geld für die Bestechung leisten können. Eine Million Studenten nehmen die Universitäten der UDSSR in jedem Jahr auf. 2,4 Millionen haben sich aber um ein Studium beworben. Sofern sie nicht über das ausreichende Vermögen und die notwendigen „Beziehungen" verfügen, werden sie über Aufnahmeprüfungen schonungslos ausgesiebt.

Die neue Bourgeoisie hat die ehemals sozialistische Sowjetunion in ein Zuchthaus für die Arbeiter und Bauern und die nationalen Minderheiten verwandelt. Im Bildungswesen herrscht polizeiliche und iedologische Unterdrückung, scharfe Auslese und Abrichtung auf die Lohnarbeit für die Jugend der Volksmassen, Privilegienwirtschaft und Mästung für die Angehörigen der herrschenden Klasse und ihrer Ideologen auf den Professorenstühlen.

N. Malachow, stellvertretender Leiter der Schulhauptverwaltung beim sowjetischen Bildungsministerium schreibt: „Nach den Daten der Soziologen beschleunigt die Beendigung der Klasse von IX bis XI des allgemeinbildenden Unterrichts die Aneignung neuer Arbeitsarten um 50%. Die Arbeitsproduktivität von Absolventen ist um 25% höher, die Zeit ihrer Produktionsausbildung und Umschulung um 20% kürzer als bei ihren Genossen ohne Zeugnis." Die Erziehungswissenschaftlerin Valentina Krevnevic vertrat dagegen 1973 eine andere Auffassung: „In letzter Zeit sind wir Zeugen dessen, daß immer öfter zwischen Allgemeinbildung und Qualifikation ein Gleichheitszeichen gemacht wird. Junge Leute mit dem Reifezeugnis werden als hochqualifizierte Arbeitskräfte betrachtet. Aber das ist ein Irrtum." (zitiert nach Olschies, Sowjetjugend zwischen Schule und Beruf, Köln 1975) Der Streit zwischen diesen Ideologen des Sozialimperialismus geht darum, auf welche Weise die Jugend der sowjetischen Volksmassen am besten für die Ausbeutung „qualifiziert" werden kann, um als Unteroffiziere und Offiziere des imperialistischen Staatsapparats Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen zu organisieren.

Die Zahl der Sonderschüler in der Sowjetunion hat sich von 1965 auf 1974 von rund 100000 auf 420000 mehr als vervierfacht. 5,3 Millionen Schüler verließen 1974 die achtjährige Pflichtschule. Sie stammen fast ausnahmslos aus Arbeiter- und Bauernfamilien, sie sind lediglich für einfache körperliche Arbeit „qualifiziert". 13 bis 15% aller sowjetischen Kinder bekommen den vorgeschriebenen Abschluß nach acht Klassen überhaupt nicht. Aus ihnen rekrutieren sich 90% der „jugendlichen Kriminellen" in der Sowjetunion, also der mit Zuchthaus, Arbeits- und Erziehungslagern am meisten unterdrückte Teil des sowjetischen Proletariats.

3,4 Millionen Schüler verließen 1974 die Mittelschulen, die mit dem Abitur abschließen. Aus ihnen wird die Minderheit herausgefiltert, die mit Hilfe des Studiums einen Anwartsschein auf Aufstieg in die herrschende Klasse erwerben darf. Bei einer Untersuchung, die Mitte der sechziger Jahre in Nowosibirsk durchgeführt wurde, wurde festgestellt, daß von Abiturienten aller Mittelschultypen 44,7% der Arbeiterkinder anschließend studieren und 61,6% der Kinder von Angestellten mit akademischer Bildung. Dabei gibt es verschiedene Arten von Mittelschulen, deren Abitur offiziell gleichwertig ist, die aber tatsächlich eine klassenmäßige Aussonderung der Schüler vornehmen. Die Absolventen der Technischen Mittelschulen, die vor allem aus der Arbeiterklasse stammen und zum großen Teil selbst schon gearbeitet haben, sie werden vor allem auf Facharbeiter und Technikerberufe vorbereitet. Zu den „allgemeinbildenden Mittelschulen" werden in Leningrad z.B. nur 45% der Anwärter zugelassen. Sie müssen neben dem Abitur noch eine Aufnahmeprüfung zur Universität machen, bei der mehr als die Hälfte auf der Strecke bleiben. Am leichtesten ist der Zugang zu Akademikerprivilegien von den „Spezialschulen" aus, auf denen „besondere Begabungen und Fähigkeiten" gefördert werden, und die fast ausschließlich in den großen Städten Kindern von Intellektuellen und der neuen Bourgeoisie offenstehen.

Die neue Bourgeoisie versucht, die Wissenschaft vollständig in ihrer Hand zu monopolisieren, um sie zur Ausbeutung und Unterdrückung der eigenen Arbeiterklasse und zur Aggression gegen andere Völker und Staaten zu verwenden. Während sie ihre wissenschaftlichen Diener mästet (z.B. in Dubna, einer „Stadt der Physiker. Am Ufer der Wolga, die hier sehr schön ist, erheben sich am Sandstrand entlang elegante Wohnhäuser." Aus: Neue Zeit, 14/76), nimmt der Anteil der Arbeiter und Bauern an allen Formen wissenschaftlicher Ausbildung ab, vergrößert sich das „Gefälle" zwischen Stadt und Land und verkommt das Volksbildungswesen in den Unionsrepubliken immer mehr, die vor allem von unterdrückten nationalen Minderheiten bewohnt werden, insbesondere in Turkmenistan, Kirkisien, Aserbeidjan und Georgien, wo die Schüler- und Studentenzahlen wie die Zahl der Schulen und Hochschulen abnehmen. – (Z-Red.)

Griechenland – Harmonisierung des Agrarmarktes mit der EG

Ausplünderung des Landes und Ruinierung der Bauern

Mit der geplanten Aufnahme Griechenlands in die EG wollen die Bourgeoisien der westeuropäischen imperialistischen Staaten, und allen voran der BRD-Imperialismus, das Land ihrem Machtbereich vollständig einverleiben und den Einfluß ihrer imperialistischen Konkurrenten zurückdrängen. Durch die mit der Aufnahme verbundenen Maßnahmen verstärken sie aber die Abhängigkeit Griechenlands vom imperialistischen Kapital insgesamt und erleichtern letzten Endes die Beteiligung der USA und der Sowjet-Union an der Ausplünderung des Landes.

Um an die „ausbeutbaren Rohstoffe" Griechenlands heranzukommen und um „günstige Arbeitsmarktbedingungen" zu schaffen, um eine sichere Rückzahlung ihrer Kredite mit hohen Zinsen zu gewährleisten, fordern sie als eine Voraussetzung des EG-Beitritts Griechenlands die „Harmonisierung der Agrarpolitiken Griechenlands und der Gemeinschaft". In ihrer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Griechenlands kritisiert die EG-Kommission in Brüssel, daß die „Landwirtschaft hinter dem Boom der Industrieproduktion (der durch den imperialistischen Kapitalexport ausgelöst wurde, –Red.) zurückgeblieben ist. Kleine, häufig unproduktive Betriebe, schwierige Bodenverhältnisse, Probleme bei der Anwendung moderner Techniken und eine nicht unerhebliche versteckte Arbeitslosigkeit erklären, warum der Beitrag dieses Sektors zum Sozialprodukt verhältnismäßig gering ist, obwohl ein hoher Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung des Landes in der Landwirtschaft tätig ist."

Die EG-Agrarpolitik besteht vor allem darin, die in der Landwirtschaft engagierten Kapitalisten durch hohe Zuschüsse in Gestalt von Preisgarantien, Investitionsbeihilfen und Ausfuhrunterstützungen zu subventionieren. Das dient nicht nur dazu, diesen Kapitalisten sichere Profite zu garantieren, das befördert vor allem auch die Mechanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft, die Konzentration des dort angelegten Kapitals und die Verwandlung der kleinen Bauern in Lohnarbeiter. Im Falle einer Aufnahme Griechenlands in die EG müßten diese Kapitalmassen auch nach Griechenland fließen, um die griechische Landwirtschaft den Konkurrenzbedingungen in der EG anzupassen. Nach Schätzungen der EG wären das jährlich 360 Mio. Dollar, oder 5% der 1976 dafür vorgesehenen Mittel.

Die EG-Imperialisten fürchten, daß dieses Kapital in Griechenland zur Erhaltung der kleinen Bauernschaft und zur Hebung ihres Einkommens beitragen könnte, statt zu ihrer Vernichtung. „In Anbetracht der erheblichen Unterschiede zwischen den Agrarstrukturen Griechenlands und der EG könnten abrupte Veränderungen der den griechischen Erzeugern bezahlten Preise, die nicht mit Strukturveränderungen in der griechischen Landwirtschaft Hand in Hand gehen, bei den Einkommen verschiedener Gruppen von landwirtschaftlichen Erzeugern Ungleichgewichte schaffen", schreibt die EG-Kommission. Die Imperialisten sprechen bekanntlich immer von „Ungleichgewichten im Einkommen, wenn die Arbeitenden mehr haben, als sie zum langsamen Krepieren brauchen.

1975 waren noch 38% der Erwerbstätigen Griechenlands in der Landwirtschaft beschäftigt. Es waren fast ausschließlich selbständige Bauern, die winzige Parzellen bearbeiteten. Im Jahre 1971 besaßen 79% der Bauern Höfe unter 5 Hektar, und nur 0,9% der landwirtschaftlichen Betriebe waren größer als 20 Hektar. Bis nach dem zweiten Weltkrieg hatten die griechische Bourgeoisie und die sie beherrschenden britischen Imperialisten die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes direkt gefördert. Sie ermöglichte es, die Produzenten der wichtigsten griechischen Exportgüter, also vor allem von Oliven, Wein, Baumwolle zu elendsten Bedingungen arbeiten zu lassen, und sie gleichzeitig über ein staatlich organisiertes Genossenschaftswesen und die staatliche Agrarbank auszuplündern.

1962 wurde Griechenland der EG assoziiert. Die EG-Imperialisten öffneten sich den griechischen Markt und begannen die griechische Landwirtschaft niederzukonkurrieren und die in der zersplitterten landwirtschaftlichen Produktion gefesselten Arbeitskräfte für die Zwecke ihrer Ausbeutung zu „befreien". Während zwischen 1951 und 1961 die Zahl der Erwerbstätigen auf dem Land noch um 34,7% gewachsen war, ist sie zwischen 1961 und 1971 um knapp eine Million oder 42% gefallen. Ein großer Teil dieser vom Land vertriebenen Bauern waren gezwungen, ihre Arbeitskraft in den westeuropäischen imperialistischen Ländern und vor allem in der BRD zu verkaufen.

Die Produktivität der Landwirtschaft in Griechenland ist als Folge der verschärften Konkurrenz auf dem Agrarmarkt zwar gestiegen, die Fähigkeit der Landwirtschaft, die Bevölkerung des Landes zu ernähren, ist aber gesunken. Als Folge des Bauernlegens der letzten 15 Jahre sind weite Teile des Landes verödet. Der Anteil des Brachlandes an der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche hat sich von 1962 bis 1972 um 44,6% erhöht. Die Bevölkerungszahlen nehmen in allen Regionen Griechenlands ab, außer in den Zentren um Athen und Thessaloniki, wo sich das imperialistische Kapital vor allem ansiedelt. Der Anteil der Weizenproduktion und aller Produkte,die der Ernährung der Volksmassen dienen, nimmt ab, während die plantagenmäßige Produktion der Produkte zunimmt, die für den Export und die industrielle Produktion benötigt werden, wie zum Beispiel Baumwolle.

Die Imperialisten fordern jetzt mit Nachdruck die Freisetzung weiterer großer Massen von ländlichen Arbeitskräften, damit sie ihnen zur Fabrikausbeutung zur Verfügung stehen, und die Schaffung von größeren landwirtschaftlichen Betriebseinheiten, damit sie ihr Kapital profitlich auch in der Landwirtschaft investieren können. Die griechische Regierung hat dazu in ihrem Fünfjahresplan die Schaffung von ländlichen Aktiengesellschaften vorgesehen, an denen sich die ausländischen Kapitalisten beteiligen können. Dem Namen nach auch die Bauern. Tatsächlich sollen sie auf ihrem eigenen Land Lohnarbeiter sein, die alsbald vertrieben werden sollen, wenn sie sich nicht gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen die Unterjochung ihres Landes durch die Imperialisten zur Wehr setzen. – (Z-Red.)



1,5 Millionen Metallarbeiter sind in Italien am Freitag, dem 2.12., für einen Tag in den Streik getreten. Über 150000 haben einen Marsch auf Rom organisiert, wo sie gegen die Sparpolitik der Regierung, getragen von 6 bürgerlichen Parteien einschließlich der KPI, und gegen die Ausweitungen der kapitalistischen Krise demonstriert haben. Diese Demonstration wurde direkt gegen den Willen der revisionistischen Gewerkschaftsfraktion bei den Metallarbeitern durchgesetzt und richtet sich direkt gegen die Politik des „historischen Kompromisses" der KPI. Polizeikräfte versuchten, die Demonstration einzuschüchtern, und hinderten revolutionäre Studenten, an der Demonstration teilzunehmen.

Mehrwert '77, Druckzentrum Möhringen:

Mit dem Einsatz technisch hochentwickelter Maschinerie erhöhen die Druckkapitalisten die Ausbeutung

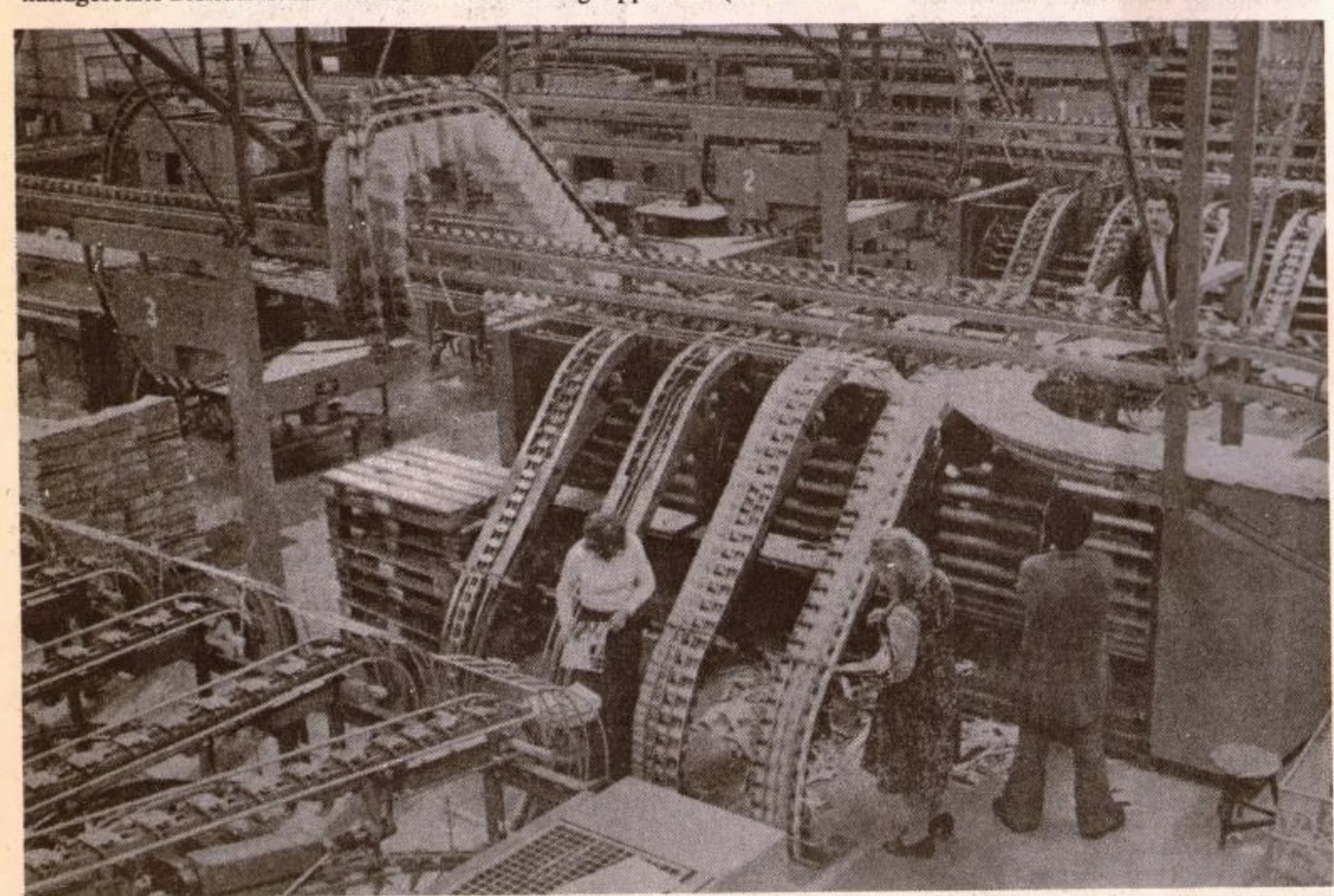
Das Druckzentrum Möhringen wurde 1976 vollständig bezogen. Die Höhe des in Gebäude und Maschinen investierten Kapitals beträgt 200 Mio. DM. Dieser Kapitalbatzen ist für die Verhältnisse in der Druckindustrie ziemlich hoch. Ermöglicht wurde die Zusammenballung dieser Summe durch die fortschreitende Kapitalkonzentration im Druckerei-, Verlags- und Pressewesen, durch Zusammenlegung kleinerer Betriebe und ihren günstigen Aufkauf durch kapitalkräftigere Kapitalisten. Der maschinen- und handgesetzte Bleisatz ist im Druckzentrum Möhringen abgelöst durch Anwendung der Elektronik, die zu einer Umwälzung der Satz- und Drucktechnik geführt hat. Im Handsatz, der seinem Wesen nach seit der Erfindung Gutenbergs unverändert geblieben ist, wurden im „Stuttgarter Tagblatturm" noch bis zum Umzug ins Druckzentrum alle Überschriften und Anzeigen gestaltet. Bis zum Umzug der Herstellungsbetriebe von „Stuttgarter Zeitung", „Stuttgarter Nachrichten" und „Wochenblatt" wurden diese Zeitungen noch kombiniert in Handsatz, Maschinensatz und TTS (Teletype System – Setzen auf Lochstreifen, der über Computer einschließlich Zeilenausschluß weiterverarbeitet wird) gesetzt.

Im Druckzentrum Möhringen wird jetzt ausschließlich mit computergesteuertem Lichtsatz gearbeitet. Der Arbeitsablauf ist grob der folgende:

– Eintippen von endlosen Texten an Bildschirmgeräten
– Verarbeitung der Daten im Zentralcomputer
– Ausgabe von komplett gesetzten Artikeln an Lichtsetzmaschinen.

Mechanisch arbeitende Teile sind aus dem Produktionsprozeß verbannt, an den Bildschirmen arbeiten jetzt nebeneinander ehemalige Maschinensetzer, Perforatoren, die früher an den Lochstreifenstanzern arbeiteten, und neu eingelernte Schreibkräfte. Da jetzt endlos eingetippt wird (die einzelnen Zeilenabstände und Trennungen werden per Computer berechnet), ist die spezifische Qualifikation der Maschinensetzer weitgehend entwertet worden – seine erlernten Fähigkeiten werden nicht mehr gebraucht. Er steht jetzt in Konkurrenz zu der gelernten Schreibkraft, die meistens schneller tippen kann als er. Bei der Endloseingabe sind bis zu 30 Prozent mehr Anschlagszahlen möglich. Nervenanspannung und Konzentration sind bedeutend höher beansprucht als vorher.

Im Rechenzentrum Südwest, einem der Teilbetriebe des Druckzentrums, ist ein elektronisches Datenverarbeitungssystem installiert. Programmatische Grundlage für die gesamten Bewegungsabläufe auf dem Anwendungsgebiet Satzautomation und Textverarbeitung ist ein Programmpaket, das die Eingabe, Verarbeitung und Ausgabe von Texten sowie ihre Speicherung und Organisation, die Abruf- und Nachfragemöglichkeiten regelt. Über die Ein- und Ausgabegeräte können nicht nur redaktionelle Texte und Anzeigen erfaßt, sondern jederzeit wieder aufgerufen werden. Änderungen und Korrekturen können über die Terminals (Bildschirme) rasch vorgenommen werden, ebenso wie die satztechnische Gestaltung und die Steuerung der Textausgabe über die Lichtsetzmaschine. Für den Anzeigenbereich sind verschiedene Grundtypen mit Varianten als Muster gespeichert.



Ein kurzer Aufruf des gewählten Anzeigentyps per Code genügt, und der Computer setzt und gestaltet selbständig die Anzeige. Klischees und Firmenembleme häufig inserierender Kapitalisten sind ebenfalls gespeichert. Die Kapazität des Rechenzentrums ist nach Angaben des Geschäftsführers Kurz so groß, daß dort der Satz aller Zeitungen Süddeutschlands bewältigt werden könnte. Die Textmontage der einzelnen Artikel zu fertigen Zeitungsseiten wird zur Zeit noch per Hand auf dem Leuchttisch gemacht. Es sind aber bereits Voraussetzungen geschaffen, um in Zukunft ganze Zeitungsseiten von der Lichtsetzmaschine ausgeben zu lassen, so daß auch die Metteure überflüssig werden.

Gedruckt wird im Druckzentrum ausschließlich im Offsetverfahren. Das Verfahren beruht darauf, daß die druckenden Teile der Druckplatte die fetthaltige Farbe annehmen und Wasser abstoßen, während umgekehrt die nichtdruckenden Teile die fette Farbe abstoßen und Wasser anziehen. Die Zeitungen des Druckzentrums werden alle in der Turmhausdruckerei gedruckt auf einer Offsetrotation vom Typ Wifag Of 5, wovon es nur fünf Exemplare in Europa gibt. (Länge: 60,2 m; Breite: 6,75 m; Höhe: 12 m; Gewicht: 665 t; Motorenleistung: 1800 PS) Die Walzen der Druckwerke drehen sich mit 30000 Umdrehungen in der Stunde. Gleichzeitig können 192 Seiten in verschiedenen Unterteilungen gedruckt werden. Zum Beispiel ist es möglich, vier verschiedene Produkte mit je 48 Seiten Umfang gleichzeitig herzustellen. Dabei werden zwölf Papierbahnen mit einer maximalen Papiergeschwindigkeit von 8 m/s, was über 30 km/h sind, automatisch durch die Maschine gezogen. In der Stunde können 120000 Zeitungen mit einem Umfang von 48 Seiten hergestellt werden.

Die ehemaligen Buch- oder Hochdrucker werden in kurzer Zeit umgeschult zum Bedienen von Offsetrotation, soweit sie nicht entlassen werden. Von einer Ausbildung zum Offsetdrucker kann dabei nicht die Rede sein. Wer am Druckzentrum umgeschult wurde, ist gerade in der Lage, diejenige Offsetmaschinen zu bedienen, an der diese Umschulung stattfand.

Der Transport der meterdicken Papierrollen von den Lieferwagen zum Lager und von dort zur Maschine ist weitgehend automatisiert. Der Anschluß der nachfolgenden Rollen an die abgespulten erfolgt ebenfalls automatisch, ohne daß die Maschine stillstehen oder auch nur in der Geschwindigkeit herabgesetzt werden müßte.

Eine Vielzahl von Funktionen müssen in einem fort überwacht, gesteuert und geregelt werden: Papiergeschwindigkeit, Papierspannung, Spurhaltung der Papierbahn, Anpreßdruck, Farb- und Wasserzufuhr, um nur einige zu nennen. Besonders kompliziert ist dies beim sogenannten Andruck, wo alle diese Funktionen langsam und aufeinander abgestimmt hochgefahren werden, über einen Prozeßrechner geregelt, der auch imstande ist, den Andruck programmiert hochfahren zu lassen, so daß ein einziger Knopfdruck genügt für das, was früher viele Drukker in komplizierter und langwieriger Einstellarbeit bewältigen mußten.

Von der Rotation gelangen die fertigen Zeitungen in den Versand, wo tagsüber gedruckte Vorprodukte, zum Beispiel Anzeigenteil am Wochenende und Firmenprospekte, eingesteckt werden, ebenfalls vollautomatisch. Diese Arbeit wurde vor Errichtung des Druckzentrums noch von Hunderten von Aushilfskräften im wesentlichen von Hand ausgeführt.

„Die neue Technik", bilanziert Geschäftsführer Kurz, „beseitigt nicht nur Arbeitsplätze, sie schafft auch ganz neue Kapazitätsgrößenordnungen ... Neben dem absoluten Personalabbau ist auch der Personalkostenanteil um 20 Punkte auf 40 Prozent gesunken." Wohlgemerkt, neben den Entlassungen ist der Lohnkostenanteil gesunken. Die hoch entwickelte Maschinerie im Druckzentrum, Ausdruck des fortgeschrittenen Entwicklungsstandes gesellschaftlicher Produktion, ist den Kapitalisten Mittel, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt zu erhöhen.

Die Sache ist für sie jedoch zweischneidig. Es geht ihnen nicht darum, rationeller zu produzieren, sondern den Mehrwert zu erhöhen. Mehrwert schöpfen sie aus der Ausbeutung der Arbeitskraft, wozu sie die Maschinerie einsetzen. Je weniger Arbeiter die Kapitalisten ausbeuten, und je höher stattdessen der Einsatz an teurer Maschinerie ist, um so tiefer fällt die Profitrate der Kapitalisten. Eine der Fachzeitschriften der Druckkapitalisten drückt das so aus: „Dort, wo überhaupt Rationalisierung durch nennenswert höheren Automatisierungsgrad möglich ist und wo gegen die Kosten dafür hoffnungsvoll überhaupt keine Rendite errechnet werden kann, dort wirkt der Zwang, zu rationalisieren, weiter: ganz deutlich im Satz und seinen Vorstufen ...; deutlich auch am anderen Ende der Produktion im Versand ... Der Widerspruch zwischen dem einzelbetrieblichen Zwang zur Rationalisierung und dem gesamtwirtschaftlichen Zwang zu hohem Beschäftigungsgrad wird unauflösbar." (Polygraph, 6/77)

Dem Sinken ihrer Profitrate versuchen die Kapitalisten durch immer höhere Ausbeutung der Arbeiter entgegenzuwirken. Die Rotationsmaschine im Druckzentrum darf nie stillstehen, muß immer Arbeitskraft einsaugen. Ständig läuft die Maschine. Die Atemluft ist gefüllt mit Farbbestandteilen, die Temepratur ist hoch, der Lärm übersteigt 90 Dezibel, weil aus Kostengründen kein Lärmschutz gebaut wird. Das Arbeitstempo ist ungeheuer hoch, Nacht- und Schichtarbeit sind eingeführt worden. Im Druckzentrum Möhringen bewahrheitet sich, was Marx 1864 bereits schrieb, daß „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich betrachtet die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigt, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht."

Angewandte Methoden zur Senkung des Lohnes, Ausdehnung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit

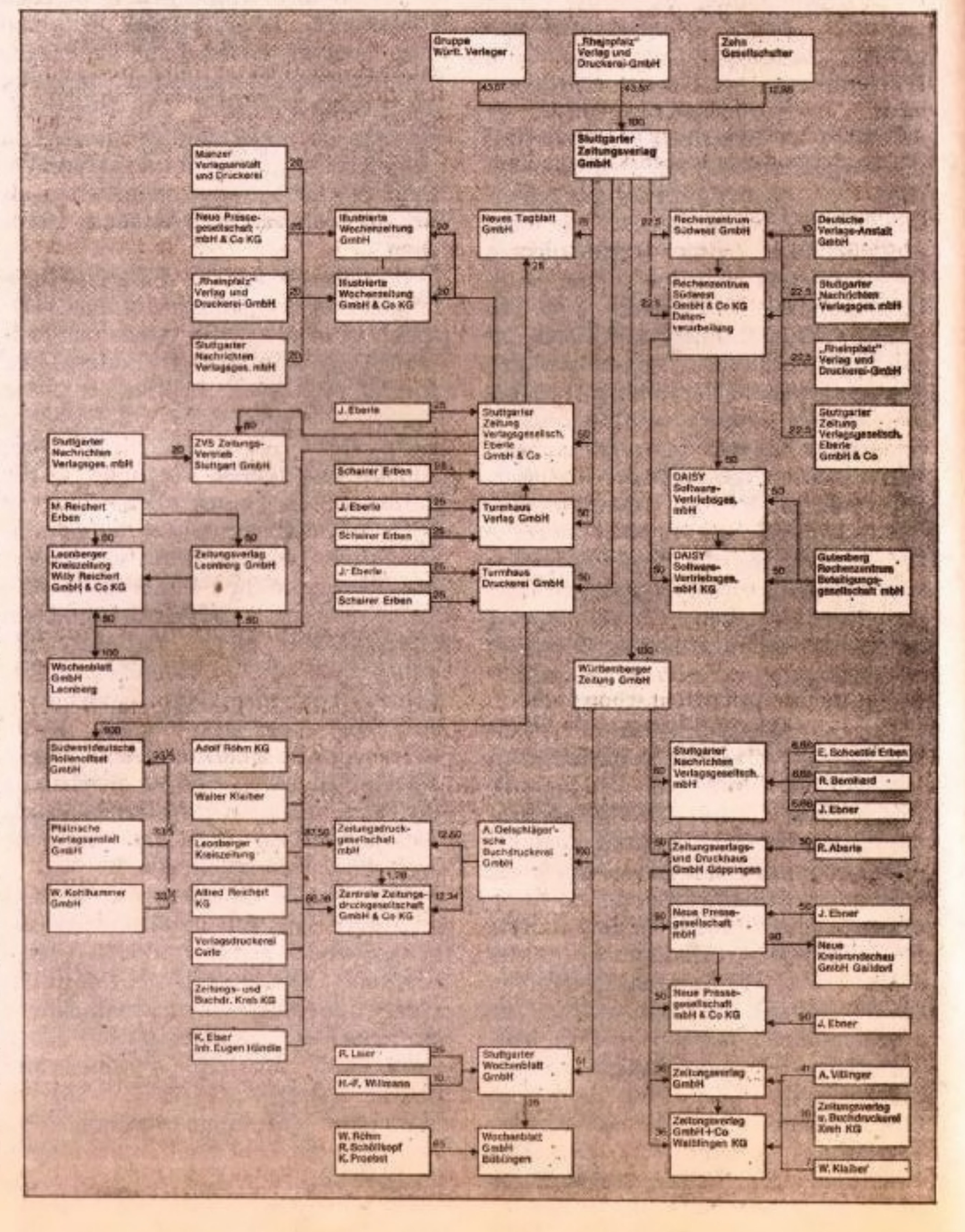
„Ein modernes Druckzentrum braucht ein modern handelndes Management, das den Mut hat, immer wieder Neuland zu erschließen", das ist eine gängige Devise des Kapitalisten und Geschäftsführers Kurz. Die von ihm ausgehaltenen Antreiber in den verschiedenen Betrieben am Druckzentrum wissen sich dieser Devise sichtlich verpflichtet:

Turmhausdruckerei: Direkt verbunden mit dem Umzug des Betriebs ins Druckzentrum wurde die Einführung von Wechselschichten in allen Abteilungen; täglich wird ein minutengenaues Protokoll des gesamten Produktionsablaufs erstellt und am folgenden Tag in Leistungskurven umgesetzt, um „Schwachstellen besser erkennen und frühzeitig ausmerzen zu können". Spürbares Ergebnis ist die Beseitigung sämtlicher Poren im Arbeitstag, pausenlose Vernutzung der Arbeitskraft in allen Abteilungen. An der elektronisch gesteuerten Offsetrotation wurden knapp zehn Hilfsarbeiter innerhalb weniger Wochen in ihre Bedienung eingewiesen. Die Entlohnung liegt um gut 1 Mark pro Stunde unter dem Durchschnitt der gelernten Drucker, wodurch das Lohnniveau in der Rotation gesenkt und die Konkurrenz unter den Arbeitern geschürt wurde. Im Versand müssen jetzt vor Weihnachten am Donnerstag und Freitag bis zu 1 Mio Beilagen in die Zeitungen eingelegt werden. Während im alten Versand zu solchen Terminen Dutzende von Aushilfen eingestellt werden mußten, muß jetzt die Tagschicht auf automatisch abrufbaren Rundpaletten vorpalettieren, häufig 10 bis 12 Std. am Tag.

Zeitungsvertrieb Stuttgart (ZVS): Ein reiner Angestelltenbetrieb, in dem die Zeitungsbestellungen- und Abrechnungen bearbeitet werden. In der Mehrzahl werden Angestellte mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt, die es erlauben, die Belegschaft fortdauernd abzubauen. Seit ca 1 Jahr ist die Belegschaft soweit reduziert, daß kein Angestellter seinen Arbeitsbereich ohne Überstunden schaffen kann. Just seit dieser Zeit ist eine Anordnung des Antreibers Ludschuweit in Kraft, daß Überstunden gemacht werden dürfen-allerdings ohne Bezahlung.

Südwestdeutsche Rollenoffset: Bereits vor eineinhalb Jahren wurde in der Akzidenzdruckerei am Druckzentrum eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die die gemeinsame halbstündige Pause pro Schicht aufhebt und durch aneinander anschließende Pausen von jeweils einem Arbeiter jeder Maschinenbesatzung ersetzt. Durch Wegfall von Springern in der Urlaubszeit oder aufgrund von hohem Krankenstand wird die Arbeit intensiviert und werden die Arbeiter gezwungen, entweder an der Maschine oder gar nicht zu essen. Um regelmäßig anfallende Stillstandszeiten der Offsetrotation beim Reinigen der Druckzylinder zu beseitigen, werden die Drucker angehalten, die Reinigung bei vollem Lauf der Maschienen vorzunehmen. Pro Schicht ergibt dies ein zusätzliches Mehrprodukt von durchschnittlich 10%.

Stuttgarter Nachrichten und Stuttgarter Zeitung In den Redaktionen schaffen die Redakteure nicht nur die tarifvertraglich festgelegten 195 Std. pro Monat, sondern es gibt Ressorts, in denen jeder Redakteur nochmals 20 Überstunden pro Monat machen muß um die Arbeit zu erledigen. Sonn- und Feiertagsarbeit müssen von den Redakteuren und den Sektretärinnen im vierzehntägigen Turnus übernommen werden, was für die Sekretärinnen mindestens 16 Überstunden an Sonn- oder Feiertagen bedeutet. Für Redakteure gilt die Tarifregelung, daß ihnen lediglich eine ununterbrochene Ruhezeit von 40 Std. in der Woche zusteht. Bei den Redakteuren werden die Überstunden, wenn sie überhaupt bezahlt werden, pauschal in die übertariflichen Zulagen miteingerechnet. Diese fangen aber erst bei 195 Std. an. Bei den anderen Angestellten treiben die niedrigen Tariflöhne die Kollegen zu den Überstunden. In der Regel sind die Sekretärinnen in der Gehaltstarifgruppe K3 (1635 DM Monatslohn). Da dieser Lohn nicht ausreicht, werden individuell übertarifliche Zulagen vereinbart. Notwendig werden Überstunden bei Krankheits- und Urlaubsfällen, da keine Springkräfte vorhanden sind. Beispiel: In einer Zweimann Abteilung mußte während der Urlaubszeit von vier Wochen eine Arbeiterin 21 Stunden länger arbeiten, wofür sie 400 DM brutto, 170 DM netto rausbekam.



Weisungen des Sachverständigenrates zur Erhöhung der Ausbeutung

„Es hilft nur die Flucht nach vorn, wenn es gilt, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen; Kosten senken, wo immer es möglich erscheint, und mehr produzieren von dem, was noch rentabel ist oder dadurch rentabel wird", schreiben die Sachverständigen in ihrem Wirtschaftsgutachten 1977. Mehr Mehrwert, mehr Mehrarbeit und weniger Lohn zur „rentablen" Profitproduktion der Kapitalisten ist der Wegweiser der „fünf Weisen" nach vorn.

„Der Abbau, dem in den letzten sechs Jahren jeder siebte Beschäftigte der Druckindustrie zum Opfer gefallen ist, verlief wesentlich schneller als erwartet", heißt es in dem „Branchenbericht der Druckindustrie" der Sparkassen- und Girozentrale befriedigt. Schneller als erwartet sind die Profite der Druckkapitalisten gestiegen. Der Bruttoumsatz je geleisteter Arbeitsstunde in der Druckindustrie ist vom Mai 1976 von 73,18 DM auf 80,18 DM im Mai 1977 gestiegen.

Die Umwälzung der Produktion in der Druckindustrie und die damit einhergehende Rationalisierung haben Tausende von Druckarbeitern überflüssig gemacht und für den in der Produktion verbleibenden Teil der Drucker die Arbeitshetze enorm erhöht. Die Mehrarbeit der Drukker ist die Bedingung für die gestiegenen Profite der Kapitalisten: „ . . . in der Industrie dürfte das Produktionsergebnis je Beschäftigten seinen Vorjahresstand um 4 1/2 v.H. übertreffen, je Stunde aber um 5 1/2 v.H. Die mäßige Ausweitung der Produktion erforderte 1977 weder zusätzliche Arbeitskräfte, noch war es nötig, die Anzahl der im Durchschnitt geleisteten Stunden zu erhöhen", resümiert der Rat der „Weisen", und die Druckkapitalisten rechnen in diesem Jahr mit einer gestiegenen Produktivität von 4 Prozent. Dies ist der Grad, um den die Ausbeutung gestiegen ist.

„Die Zeit im Betrieb", schreibt das Fachblatt der Druckkapitalisten, „Der Druckspiegel", „wird bestimmt durch eine Anzahl unterschiedlicher Faktoren, die in mehr oder weniger starker Form Einfluß nehmen auf die Dauer der zu verrichtenden Tätigkeit, auf die möglichen Lauf- und Taktgeschwindigkeit der Maschinen wie aber auch auf die Leistungsdichte, die von den Mitarbeitern erzielt wird. Die Leistungsdichte wird um so höher, je weniger häufig die Unterbrechung planmäßiger Tätigkeiten oder Zustände auftreten und je kürzer sie andauern."

Mit der Einführung neuer Maschinerie wird die „Leistungsdichte" der Druckarbeiter erhöht. Die fünf „Weisen" dazu als Empfehlung: „Aus dieser Sicht wird eine Therapie empfohlen, die den Strukturwandel fördert, insbesondere in Richtung auf arbeitsintensivere Produktionszweige und Technologien . . ." Jeder technische Fortschritt unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse ist die Erhöhung des Profits durch Vergrößerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Dies ist die Therapie, mit der die Kapitalisten Stagnation und Krise der kapitalistischen Produktion beantworten. „Technischer Fortschritt und Rationalisierung sind notwendig und nützlich", erklärte Ehrenberg, von vielen anderen Schandtaten als Schreibtischmörder bekannt, am 8. Oktober vor einem Kapitalistenforum in Nürnberg. „Technischer Fortschritt, Rationalisierung und Steigerung der Produktivität dürfen auch vom Arbeitnehmer nicht als Bedrohung empfunden werden, sondern als Chance." Der Hetze gegen den Kampf der Drucker um die Manteltarifanhänge folgt die Drohung: „Die Tarifautonomie ist stets mehr gewesen als nur eine heilige Kuh, die im Notfall doch zu schlachten wäre." Denn: „Rationalisierung wollen wir alle."

Erhöhung der „Leistungsdichte" einerseits, Arbeitslosigkeit andererseits, das bedeutet Rationalisierung. Der Sachverständigenrat: „Technische Fortschritte sind häufig arbeitssparend. Die so freigesetzten Arbeitskräfte finden in der gleichen Branche oder in gleichen Berufen oft keinen Arbeitsplatz." Auch das sei hervorragend zu erhöhter Ausbeutung zu benutzen, sagen die Professoren und schlagen vor: „Einen höheren Beschäftigungseffekt, vor allem unmittelbar, verspricht die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze . . . Die Unternehmen würden durch das Ausscheiden älterer Arbeitskräfte freiwerdende Stellen großenteils neu besetzen, wenn auch oft nicht die gleichen, sondern solche Stellen, die durch das Nachrücken von darauf schon vorbereiteten jüngeren Arbeitnehmern vakant geworden sind. Die Knappheit von Fachkräften spielt deshalb eine untergeordnete Rolle."

Senkung der Renten durch die flexible Altersgrenze, Nichtwiederbesetzung von frei gemachten Stellen, sondern dort Erhöhung der „Leistungsdichte" für die übrigen Arbeiter, Einstellung von jungen unverbrauchten Arbeitskräften, die durch Berufsgrundbildungsjahr und Arbeitsförderungsunderleichterungsgesetz zur Arbeit zu niedrigstem Lohn vorbereitet wurden.

Die Macht, diese „Flucht nach vorn" anzutreten, nehmen die Kapitalisten aus ihrem Besitz an den Produktionsmitteln. – (Z-Red.)

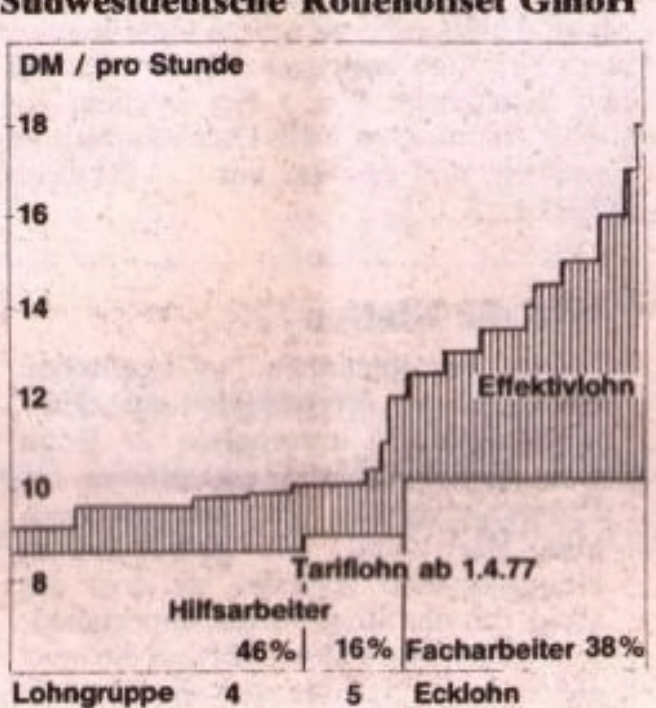
Im Versand: 24 arbeiten für 60

Arbeiter aus dem Versand am Druckzentrum berichten:

Im alten Versand der Turmhausdruckerei waren 60 Packer in einem festen Arbeitsverhältnis beschäftigt, ungefähr die Hälfte davon für nur 3 Tage pro Woche. Gearbeitet wurde nur nachts, von 21 Uhr bis 3.30 Uhr, selten Überstunden. Der Stundenlohn für die Packer lag im letzten Jahr bei knapp über 8 Mark. Davon konnte man bei 6stündiger Arbeitszeit nur deshalb leben, weil fast regelmäßig sonntags gearbeitet wurde mit 88 % Zuschlag und Antrittsgebühr(15 % vom tariflichen Wochenlohn) und weil man täglich die Nachtzuschläge hatte mit 23 % bzw. 45 %. Produziert wurde nur die „Stuttgarter Zeitung", damals mit einer Auflage um die 200000. Verpackt wurde an einfachen Packmaschinen, an denen jeweils 1 Arbeiter stand. Wenn Donnerstag-und Freitagnacht Prospekte, die „IWZ"(Programmzeitschrift) und Vordrucke in die Zeitung eingelegt wurden, mußten die Kapitalisten zusätzlich an die 40 Aushilfskräfte beschäftigen, weil mit den beiden Einlegemaschinen nur etwa die Halbe Auflage verarbeitet werden konnte. Die andere Hälfte mußte dann – hauptsächlich von Frauen – an den Einlegetischen geschafft werden.

Jetzt im neuen Versand am Druckzentrum läuft alles „vollautomatisch", in erster Linie die Ausbeutung und der hemmungslose Verschleiß unserer Arbeitskraft. Die tatsächlich produzierte Auflage pro Nacht liegt bei 265000 Zeitungen, nachdem die Kapitalisten die Produktionsabteilung der „Stuttgarter Nachrichten" liquidiert und die Arbeiter auf die Straße geworfen hatten. Damit nicht genug: die teure Maschinerie schreit auch tagsüber nach lebendiger Arbeit. 300000 Exemplare vom Anzeigenblatt „Top Tip" und 55000 „Stuttgarter Amtsblätter" bis Mittwoch Nachmittag, 320000 „Stuttgarter Wochenblätter" ab Donnerstag Morgen, „Leonberger Zeitung" mit 50000 Auflage und seit kurzem eine „Rätselzeitung" mit ebenfalls über 50000. Dabei sind von den 60 Packern aus dem ehemaligen Turmhaus-Versand gerade noch 24 übrig geblieben, der Rest wurde mit „Abfindung" auf die Straße gesetzt, genau wie die Kollegen vom „Nachrichten"-Versand und vom „Wochenblatt". Eingestellt wurde lediglich ein Dutzend Mechaniker für die Maschinenwartung und zu den 2 Aufsehern noch 3 dazu; jeder weiß warum! Um aus den Arbeitern ein Maximum an Mehrwert herauszupressen, wurde der Arbeitstag auf 8 Stunden verlängert und für den größten Teil der Belegschaft Wechselschicht eingeführt, eine Woche Tag, eine Woche Nacht. Dagegen hat es im Versand erheblichen Widerstand gegeben. Wir haben uns damals auf Überstundenverweigerung geeinigt, die auch eine ganze Zeit durchgehalten wurde, und haben den Betriebsrat aufgefordert, die Wechselschicht abzulehnen. Er hat jedoch eine Betriebsvereinbarung unterschreiben, mit der die Wechselschicht abgesegnet wurde und wir mit einem „Ausgleich für entgangene Zuschläge" für die Dauer von 1 Jahr abgespeist wurden. Der wesentlich geringere Lohn bei Wechselschicht, zusammen mit dem gestiegenen Verschleiß der Arbeitskraft und den höheren Reproduktionskosten treibt jetzt die Masse in die Überstunden. Von 9,60 bis 9,90 DM pro Stunde kann heute keiner seine Familie ernähren, wenn er nicht täglich die steuerfreien Zuschläge hat. Mit der erheblich gestiegenen Produktionsmenge bei gleichzeitiger Reduzierung der Belegschaft mußte zudem der Arbeitstag verdichtet werden, die Arbeitsgeschwindigkeit steigen. Was bei uns im Versand reinhaut, das ist vor allem die gigantisch angeschwollene Menge der Beilagen. Beim Preis für das Beilegen sind die Druckzentrumskapitalisten jetzt konkurrenzlos billig: da steht der Arbeiter oft einen ganzen Arbeitstag lang am Zubringer für die Einlegetrommeln, die jetzt mit 25000 pro Stunde laufen, und legt Packen zu 50 oder 100 an bis er Arme und Kreuz nicht mehr spürt. Wer wollte bestreiten, daß all dies danach schreit, das Ausbeuterjoch zu zerbrechen?

Innerbetriebliche Lohnstruktur Südwestdeutsche Rollenoffset GmbH



Rationalisierung und Neueinstellungen Versand Turmhausdruckerei

Maschinerie	Leistung	Gesamtauflage	Beschäftigte
		1975	
2 Einlegemaschinen	12000/Std.	Stuttgarter Zeitung	2 Facharbeiter
Packmaschinen		200000 Expl. (täglich)	60 Packer
Einlegetische mit		Stuttgarter Amtsblatt	40 Aushilfe
Förderband		50000 Expl. (wöchentlich)	2 Aufseher
		1977	
1 Verpackungsstraße	40000/Std.	Stuttgarter Zeitung	12 Facharbeiter
4 Einlegetrommeln		174000 Expl. (6x pro Woche)	24 Hilfsarbeiter
1 Adressiermaschine		Stuttgarter Nachrichten	20 Aushilfen
		76000 Expl. (6x pro Woche)	5 Aufseher
		Nord-Stuttgarter Rundschau	
		6000 Expl. (6x pro Woche)	
		Fellbacher Zeitung	
		8000 Expl. (6x pro Woche)	
		Stuttgarter Amtsblatt	
		55000 Expl. (1x pro Woche)	
		Stuttgarter Wochenblatt	
		320000 Expl. (1x pro Woche)	
		Top Tip	
		300000 Expl. (1x pro Woche)	
		„Leonberger"	
		50000 Expl. (1x pro Woche)	

Die Stromsondertarife für das Druckzentrum werden von den Volksmassen über den Strompreis mit Millionen jährlich zwangssubventioniert

Die derzeit von den Technischen Werken Stuttgart bereitgestellte elektrische Leistung für das Druckzentrum Möhringen beträgt maximal 26 Megawatt 26000 Kilowatt. Das ist die Leistung eines kleinen Kraftwerks, z.B. eines Wasserkraftwerkes. An einem gewöhnlichen Wintertag mit über 0 Grad Celsius Durchschnittstemperatur sind die Elektroöfen, die die Warmwasserspeicher für die Gebäudeheizung aufladen, 10 Stunden lang in Betrieb und entnehmen dem Netz ständig eine Leistung von 10 Megawatt. Der Druck der Tageszeitungen, also die Hauptarbeitszeit, dauert 5,5 Stunden. In dieser Zeit wird eine Spitzenlast von ca. 23 Megawatt erreicht. Davon entfallen allein 1o Megawatt auf die Heizung, der Rest auf Maschinen und Beleuchtung. Die größte der drei Offset-Rotationsmaschinen im Druckzentrum hat 1800 PS, was 1,324 Megawatt sind. Aus den veröffentlichten Angaben ergibt sich für einen gewöhnlichen Winter-Wochentag ein Tagesverbrauch von über 250000 Kilowattstunden.

Da die Warmwasserspeicher nachts aufgeladen werden und da auch die Hauptarbeitszeit nachts liegt, werden von diesen 250000 Kilowattstunden etwa 7o % während der „preisgünstigen" Nachtzeit verbraucht. Die Druckzentrumskapitalisten haben mit den Technischen Werken Stuttgart nach eigenen Aussagen einen für „zehn Jahre abgesicherten Sondervertrag über einen Heiz-Speicherstrom-Grundpreis von unter 4 Pf/kWh" abgeschlossen. Ein solch günstiger Vertrag sei erst durch den billigen Strom vom KKW Neckarwestheim möglich geworden. An besonders kalten Wintertagen darf die Zeit, während der zu diesem Billigtarif die Warmwasserspeicher aufgeladen werden, auf bis zu fünfzehn Stunden ausgedehnt werden. Ein Lohnabhängiger darf maximal zehn Stunden Nachtstrom beziehen. Für ihn werden die Nachtstromzeiten in kalten Winternächten nicht länger. Man kann davon ausgehen, dass auch der Maschinen- und Beleuchtungs-Nachtstrom zu diesem Sondertarif bezogen wird und dass der Tagstrom 5-6 Pf/kWh kostet.

Daraus ergibt sich, dass die Tagstromkosten der Druckzentrumskapitalisten an einem solchen gewöhnlichen Wintertag bei 11000 DM liegen müssen, oder nur wenig darüber, wenn die Tarife etwas schlechter sein sollen.

Eine Arbeiterfamilie aus Stuttgart, die wegen eines im Bad installierten Nachtstrom-Speicherofens Nachtstrom zum Sondertarif SI bezieht, zahlte 1976/77 für den Nachtstrom einschließlich „Kohlepfennig" 8,24 Pfg/kWh. Für den Tagstrom zahlte sie nach dem Haushaltstarif HI 17,9 Pf/kWh. Erhielten die Druckzentrumskapitalisten den Strom zu denselben Konditionen wie die Lohnabhängigen, so hätten sie Stromkosten von ca. 30000 DM/Tag, also das 2-3 fache dessen, was sie tatsächlich zahlen. Das gäbe einen *Mehr*aufwand an konstantem Kapital von 6 Mio DM im Jahr, der auf die Profitrate drücken würde.

(Z-Red., S.-Red., Bez. Mittlerer Neckar)



1976 streikten die Drucker des Druckzentrums. Geschäftsführer Kurz ließ durch Polizeihundertschaften die Herausgabe von Notzeitungen sichern.

Warnstreiks in der Druckindustrie

Landesbezirk Nordmark. *Hamburg, Gruner und Jahr.* 300 Beschäftigte haben ab sofort Überstunden abgesagt. *Springer Hamburg.* 60 Minuten, 120 Beschäftigte, gesamter Satzbereich, Warnstreik.

Landesbezirk Niedersachsen. *Braunschweig, Braunschweiger Zeitung.* 25 Beschäftigte der Satzherstellung streikten 90 Minuten lang. *Hannover, Matzag.* 30 Beschäftigte der Montage streikten 30 Minuten. *Bremen, Bremer Nachrichten, Weser Kurier.* 290 Beschäftigte von Satz und Druck streikten 30 Minuten. *Kreiszeitung Syke,* 60 Minuten, 60 Beschäftigte, Diskussion. *Rotenburger Kreisblatt, Rotenburg.* 60 Minuten, 30 Beschäftigte, Diskussion. *Nienburg, Die Harke.* 80 Beschäftigte, Überstunden werden verweigert.

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. *Münster.* Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der IG Druck und Papier hat am 30.11. zu einem Warnstreik an allen Zeitungsbetrieben für den 1.12. von 20 bis 23 Uhr aufgerufen. Am 1.12. morgens wurde bekannt, daß die IG Druck und Papier den Warnstreik abgeblasen hat. *Düsseldorf, Rheinische Post.* 126 Beschäftigte streiken 120 Minuten. Bereich Satz, Forderungen: keine Überstunden, keine Sonderschichten. *Wuppertal, Girardet.* 115 Beschäftigte der Technik streiken 120 Minuten. Sie fordern: Keine Überstunden, keine Sonderschichten. *Düsseldorf, Girardet.* 20 Beschäftigte streiken 120 Minuten. Forderungen: Keine Überstunden, keine Sonderschichten.

Landesbezirk Hessen. *Frankfurt, Frankfurter Rundschau, Werk I.* 250 Beschäftigte streiken 90 Minuten. Ablehnung von Überstunden und Sonntagsüberstunden. Ebenfalls 50 Beschäftigte 45 Minuten in der Mettage (Spätschicht). Ablehnung von Überstunden und Sonntagsüberstunden. *Frankfurt, Westdeutsche Verlagsanstalt.* 46 Beschäftigte streiken 30 Minuten. Ablehnung von Überstunden. *Darmstadt, Druck- und Verlagsgesellschaft.* 40 Beschäftigte aus dem Satzbereich streiken 60 Minuten. Ebenfalls 40 Beschäftigte 60 Minuten aus dem Offsetbereich. In der Spätschicht streiken 20 Beschäftigte 60 Minuten. *Kassel, Hessische Allgemeine Zeitung.* 105 Beschäftigte der Satzherstellung streiken 20 Minuten. *30.11. Wiesbaden, Wiesbadener Graphische Betriebe.* Ca. 30 Beschäftigte der Abteilung Offset/Kopie und Satz sind zum Betriebsrat gezogen und haben das Verbot von Überstunden gefordert.

Darmstadt. Bei der DVG haben Kollegen in der Satzherstellung und Druckherstellung diese Woche die Arbeit für jeweils eine Stunde niedergelegt. In der Spätschicht wurde noch einmal die Arbeit für eine Stunde niedergelegt. Die Aktionen werden von der Gewerkschaft unterstützt.

Am 10.12. findet in *Frankfurt* eine Sitzung der Tarifkommission der IG Druck mit dem erweiterten Hauptvorstand und allen Betriebsräten der von der neuen Technik betroffenen Betriebe statt.

Kassel, Weber & Weidemeyer, Hessische Allgemeine. 20 Minuten, 110 Beschäftigte, Maschinensatz, Textmontage, Anzeigensatz, Perforatoren, Stereotypie, Warnstreik, Überstunden werden verweigert. 45 Minuten, 100 Beschäftigte. Gesamte Satzherstellung. Warnstreik.

Limburg, Limburger Vereinsdruckerei. 20 Minuten, 60 Beschäftigte, Frühschicht, Warnstreik. 20 Minuten, 30 Beschäftigte, Spätschicht Warnstreik. *Bensheim, Bergstrasser Anzeiger.* 15 Beschäftigte, Mehrarbeit wird verweigert. *Bad Hersfeld, Hoehlsche Druckerei.* Die Kolleginnen und Kollegen stellten die Arbeit an einem verlagerten Auftrag ein.

Hanau, Hanauer Anzeiger. 105 Minuten, 50 Beschäftigte, Maschinensetzerei, Warnstreik. *Wiesbaden, Gabler Verlag.* 90 Minuten, 75 Beschäftigte, technischer Betrieb, Überstunden werden verweigert. *Ritter & Co.* Überstunden werden verweigert. *Koehler & Hennemann.* Überstunden werden verweigert. *Wiesbadener Graphische Betriebe,* Überstunden werden verweigert. *Wiesbadener Kurier,* Überstunden werden verweigert. *Rasche & Co.* Überstunden werden verweigert. *Repro.* Überstunden werden verweigert. *Schirmer,* Überstunden werden verweigert.

Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saar. *Speyer, Klambt Druck.* 250 Beschäftigte. Ab sofort Überstunden abgesetzt.

Landesbezirk Baden-Württemberg. *Konstanz, Südkurier.* 10 Beschäftigte, 90 Minuten, Bereiche Texterfassung und Arbeitsvorbereitung. Es finden Diskussionen mit der Geschäftsleitung statt. *Stuttgart-Möhringen.* Turmhaus Druckerei. 60 Beschäftigte ab sofort keine Überstunden in dem Bereich Texterfassung. *Heidelberg, Heidelberger Verlagsanstalt, Rhein-Neckar-Zeitung,* 220 Beschäftigte, Überstunden werden verweigert. *Ulm, Ebner,* Gesamter Betrieb, ab sofort keine Überstunden und Sonderschichten.

Landesbezirk Bayern. *München.* Am 1.12.77 fand in den Münchner Druckbetrieben *Süddeutscher Verlag, Münchner Merkur und Buchgewerbehaus* von 17 bis 19 Uhr ein zweistündiger Warnstreik statt. Auf der Versammlung im Gewerkschaftshaus beteiligten sich ca. 700 Kollegen aus den 3 Münchner Betrieben. Die Forderungen waren: Absicherung durch Tarifvertrag, dauerhafte Arbeitsplätze bei Einführung und Anwendung von neuen Techniken, Facharbeiterbezahlung an den neuen Arbeitsplätzen, kürzere Arbeitszeit und regelmäßig Pausen an Bildschirmgeräten, kein Zwang für Redakteure zur Texteingabe. *Münchner Zeitungsverlag.* Überstunden werden verweigert. Vorsorgliche Verweigerung einer Sonderschicht. *Nördlingen, Beck.* 30 Minuten, 180 Beschäftigte, Satzherstellung, Warnstreik. 180 Minuten, gesamter Bereich Druck, Abteilungsversammlung. *Wagner.* 30 Minuten, 120 Beschäftigte, Satzherstellung, Warnstreik. 180 Minuten, gesamter Bereich Druck; Abteilungsversammlung.

„Afrika unter dem Kreuz“

128 Jahre imperialistische Mission / Die Hermannsburger Missionsanstalt ist eines der Nester

Weihnachtszeit, Sammelzeit. Jahraus, jahrein fischen die Pfaffen im Stillen Kirchensteuer aus dem Lohn. Mit Klingelbeutel und Sammelbüchse, mit Missionsblatt und „Kinderbrief aus der Weltmission“ sind sie auch ideologisch bei der „Heimatarbeit“ für die „Heidenmission“. „Helfen, heilen und bekehren“, rühmt „Bild“ die Tätigkeit des Evangelisch-Lutherischen Missionswerks Niedersachsen. Mit Bildern vom Elend und Rührgeschichten von der Missionsärztin soll Stimmung gemacht werden für die Ausbreitung des Christentums. Stets einen Schritt den Kolonialisten hinterher, manchmal auch voraus, so haben die Missionare die Blutspur des Imperialismus mit Weihrauch eingenebelt. Mit Opium für die unterdrückten Völker wie für die Arbeiter und das Volk im eigenen Land. In wenigen Missionsanstalten ist das Bekehrungswerk konzentriert. In Norddeutschland vor allem im Evangelisch-Lutherischen Missionswerk in Hermannsburg, der früheren Hermannsburger Missionsanstalt. Jährlich gelingt es den Pfaffen dort, Tausende Erwachsene und Hunderte von Kindern zu Missionsfest und Kindermissionsfest zusammenzubringen. Von diesem Nest aus betreiben sie seit über 125 Jahren die Mission. Es lohnt, die Spur zu verfolgen. Es ist nötig, um die Nester schließlich auszuräuchern.

1849 Nach ihrem Verrat an der demokratischen Revolution der Volksmassen wendet sich die Bourgeoisie den „Geschäften“ zu. Schon in den 30er Jahren waren in den größeren Orten „Missionsvereine“ gegründet worden. Jetzt gründet der Hermannsburger Pastor Harms seine Missionsanstalt.

1854 „Erster vergeblicher Versuch, zu den Galla (in Äthiopien) zu gelangen.“ Der arabische Sultan von Sansibar und Maskat läßt Siedler und Missionare nicht aufs Festland. Andere Kolonisten und Missionare gründen die Missionsstation Hermannsburg in der brititschen Kolonie Natal, um die noch unabhängigen Zulu zu „bekehren“.

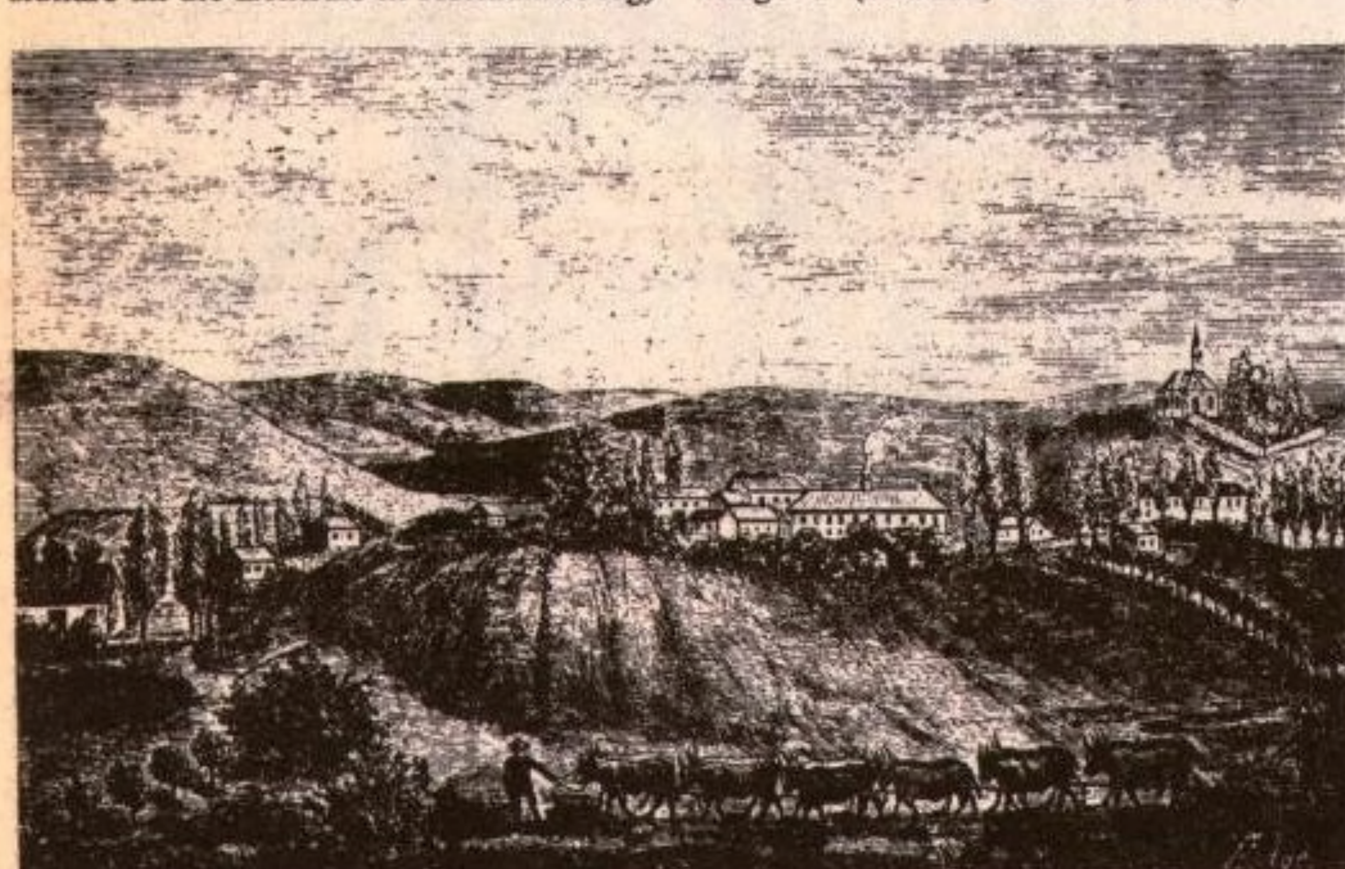
„Da es jedoch der launenhaften Willkür des (Zulu-) Königs und der Wildheit der Heiden wegen nicht ungefährlich sei, im Sululand selbst zu wohnen, riet er (der Missionar Schreuder), unter englischem Schutz in der Kolonie Natal dicht an der Grenze eine Niederlassung anzulegen. Diese müsse die Mutterstation für die Missionsarbeit im Sululand werden.“

Über die heilbringenden Wirkungen der Zusammenpferchung der afrikanischen Massen in Reservaten:

„Auch sei dort … ein weites Arbeitsfeld für den Missionsberuf, da zwei große Kaffernlokationen im Lande wären, Gegenden, die von seiten der Regierung für die Eingeborenen reserviert wären … Das war ein guter Rat, den die Brüder sofort befolgt haben.“ (Haccius, Hannoversche Missionsgeschichte, Bd.II, S.295)

1858 „Zweiter vergeblicher Versuch, zu den Galla zu gelangen.“ Der britische Konsul in Sansibar hat die eigenen Kolonialinteressen zu wahren und gewährt keine Unterstützung.

„Sehen wir recht, so wird wohl unser Hauptfeind hier der *Handelsgeist* sein, und dabei in Betracht kommen, *daß wir ein eigenes Schiff haben,* mit dem wir möglicherweise dem Handel der Kaufleute Abbruch thun könnten.“ (aus einem Brief der Missionare an die Zentrale in Hermannsburg)


Die Kolonie Hermannsburg in Natal/Azania

1859 „Fünf Jahre waren verflossen, seit unsere Brüder ihre Missionsarbeit in Südafrika begonnen hatten, und wie hatte sie sich ausgedehnt … Neun Stationen hatten sie gegründet und hatten die Netze weit ausgespannt.“ (Haccius, Bd.II, S.329)

110 „Heiden“ hatten die 16 Missionare unter ihre Fuchtel gebracht. Die weitgespannten Netze dienten der Ausbeutung der Afrikaner:

„In Hermannsburg zogen die Brüder die Kaffern tüchtig zur Arbeit heran, um sie den Ackerbau und allerlei Handwerk zu lehren. Es war das keine leichte Aufgabe, aber sie war aus erzieherischen Gründen bedeutungsvoll. Hatten sie die Heiden in Arbeit, so war diese eine Vorbereitungsschule für dieselben, die man gar nicht hoch genug schätzen kann … die Missionarbeit an den Arbeitskaffern (war) erfolgreicher … als an den Kraalkaffern. (…) Der (Siedler-) Magistrat von Greytown … sprach sich besonders auch darüber anerkennend aus, daß sie die Kaffern an Arbeit gewöhnten.“ (Haccius, Bd.II, S.311 ff.)

Das Nest

Missionsanstalt Hermannsburg, gegründet 1849. Zentrale, Missionsseminar, Missionshandlung, Niedersächsische Lutherische Volkshochschule. Jahresetat der Missionsanstalt 1977: fast 12 Millionen DM (ohne Nebenbetriebe). Etwa 200 „Mitarbeiter in Übersee“, vor allem in Azania und Botswana (rund 150), Äthiopien und Brasilien. Vorsitzender des Missionsausschusses ist Adolf Freiherr von Wangenheim, Mitglied des Ausschusses u.a. Prinz Ernst August von Hannover nebst einigen weiteren Großgrundbesitzern, einer Oberin und einem Schock Kirchenmännern.

1866 Im preußisch-österreichischen Krieg wird das selbständige Königreich Hannover beseitigt und an Preußen angegliedert. Die deutsche Bourgeoisie schafft sich die politischen Voraussetzungen, um den Konkurrenten auf dem Weltmarkt entgegenzutreten. Missionsdirektor Theodor Harms schreibt über die Vorteile der Mission für den Kolonialismus:

„Daß … die Kolonisation mit der Mission verbunden sein müsse, ist mir unzweifelhaft … weil, wenn die Missionare auf die Heiden einen nachhaltigen Einfluß gewinnen wollen, sie ihnen Arbeit geben müssen.“

Den „Heiden“ winkt für die Verwandlung in Lohnarbeiter das Seelenheil:

„So kommen die Heiden in christliche Luft und werden aus den schädlichen heidnischen Einflüssen herausgenommen, dadurch aber unmerklich für das Christentum gewonnen, indem sie sich mit ihren eigenen Augen von dem großen Unterschied heidnischen Elends und christlichen Glücks überzeugen können. Außerdem aber gewinnt die Mission durch die Kolonisation die Mittel zu ihrer eigenen Unterhaltung …“ (Haccius, Bd.III.1, S.123)

1870/71 Deutsch-französischer Krieg. Niederschlagung der Pariser Commune durch die französische Bourgeoisie mit Hilfe der preußisch-deutschen Armee, die Paris eingeschlossen hat.

„Aufhebung des Kommunismus“ unter den Missionaren – kapitalistische Plantagenwirtschaft. Die Missionare erhalten künftig ein festes Gehalt. Zur Begründung schreibt Missionsdirektor Harms an den Missionsausschuß:

„Bei der Ausdehnung unserer Mission in Afrika, die sich mit ihren 40 Stationen über Natal, Sululand, Alfredia und Betschuanenland erstreckt, ist es … unmöglich geworden, eine Ein- und Übersicht über die jedesmaligen Bedürfnisse der einzelnen Stationen zu gewinnen. (…) So kommt es, daß in kurzer Zeit oft so enorme Wechsel eingehen, daß wir dieselben nur mit schweren Unkosten durch Anleihen decken können. Früher war dies nicht nötig, da der teure Bruder Nagel die Vorschüsse leistete, ohne der Missionskasse Zins zu berechnen. … hat der Kaufmann Burchard in Hamburg die Besorgung der Geldgeschäfte übernommen ganz in früherer Weise; allein wir dürfen dem lieben Bruder nicht zumuten, Vorschüsse von Tausenden von Talern zu machen, wie dies Nagel zugemutet werden konnte, da er mit der Mission groß geworden war und die Mission mit ihm.“ (Haccius, Bd.III.1, S.22)

Der „teure Bruder“ Nagel war fett geworden an der Mission. Die Missionsstationen konnten bald sogar Überschüsse aus ihrem kolonialen Profit an die Zentrale abführen.

„Die meisten Christen und auch viele Heiden wohnten auf Stationsgrund, der 6400 Acres (2590 ha, Red.) umfaßte. Das Pachtgeld floß in die Missionskasse. Doch ging dies oft unregelmäßig ein und das machte selbst strenge Maßregeln nötig. Die Mission hielt auf dem weiten Gefilde selbst auch viel Vieh und trieb Pferde-, Rinder- und Schafzucht. (…) Bei solchem Betriebe konnte man viele Dienstkaffern gebrauchen, und das war gut …“ (Haccius, Bd.III.1., S.128)

Wie die Kletten …

Die verschiedenen evangelischen Einrichtungen für Mission und „Entwicklungshilfe“ unterhalten in Bonn eine Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Über ein gemeinsames Büro und mit gemeinsamem Hauptvorstand verteilen sie dort das Geld, das der Staat für das imperialistische Segenswerk zuschießt und die etwa gleich große Summe, die die Kirchen selber aus der Kirchensteuer und über Spenden ihren Mitgliedern aus der Tasche ziehen.

Der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) betrieb von 1969 bis 1975 880 Projekte in 90 Staaten. In Afrika vor allem in Tansania, Äthiopien und im Südlichen Afrika. Daß auch Tansania und Togo, vor dem ersten Weltkrieg unter deutschem Kolonialjoch, zu den Haupt„empfängern“ zählen, erklärt eine kirchenamtliche Denkschrift mit „historischen Beziehungen zu ehemaligen Missionskirchen“. 1975 hatte der KED einen Gesamthaushalt von 402,6 Millionen DM zu verwalten, 91% davon wurden im Ausland verausgabt.

Zig Millionen treiben die Kirchen alljährlich an Spenden für die Mission und für „Brot für die Welt“ zusammen. Mancher Pastor findet es dazu trickreich, sich als „Eingeborener“ zu verkleiden, auf daß der Klingelbeutel schwerer wird.

„Gewehre für die Jugend Zimbabwes“ nützen nicht nur der Jugend und den Völkern Afrikas, sie schaden auch den Pfaffen hier.

1884 „Mehr als zweieinhalb Jahrhunderte war der deutsche Protestantismus gezwungen …, in den Kolonien anderer europäischer Staaten sich seine Aufgaben zu stellen … Das Jahr 1884 brachte endlich unserem Vaterland überseeischen Besitz. Dieses Ereignis übte auf unser deutsches Missionsleben eine durchschlagende Wirkung aus und steckte ihm neue Ziele. Die Zahl der Missionsgesellschaften vermehrte sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, und das Interesse an unseren deutschen Kolonien wurde schließlich eine solche Macht, daß alle Gesellschaften dazu übergingen, sich in ihnen Wirkungskreise zu suchen.“ (C. Mirbt, Die evangelische Mission Deutschlands unter dem Druck des gegenwärtigen Weltkrieges, Berlin 1917, S.21f.)

1899–1902 Im Burenkrieg bringen die britischen Imperialisten das Gebiet der heutigen „Republik Südafrika“ unter ihre alleinige Kontrolle. Die Missionare mühen sich, die Afrikaner zu hindern, die günstige Gelegenheit zum Aufstand zu nutzen.

„Es ist etwas Großes, daß die eingeborene, zum großen Teil doch noch heidnische Bevölkerung trotzdem stille geblieben ist. Gärstoff war genug vorhanden, und viele Stämme haben gewiß oft genug gleich wilden Tieren auf dem Sprunge gestanden, um das verhaßte Joch der Fremden abzuwerfen … Das es nicht gelungen ist, darin dürfen wir ganz gewiß einen der großartigsten Beweise von der Bedeutung und dem Einfluß der Mission erkennen. Ohne die Missionare würde … eine allgemeine Erhebung erfolgt sein.“ (Hermannnsburger Missionsblatt, 1900, S.14)

1914–1918 Während des ersten Weltkriegs stecken die britischen Imperialisten die deutschen Missionare in ihren Kolonien in Internierungslager. In Indien werden sie 1916 vor die Tür gesetzt.

1927 Dritter, diesmal nicht vergeblicher Versuch, zu den Galla nach Westäthiopien zu gelangen. 1928 wird die erste Karawane von Addis Abeba aus in Marsch gesetzt. In Aira wird eine Missionsstation errichtet.

1936 Das mit dem deutschen Imperialismus verbündete faschistische Italien überfällllt Äthiopien und verwandelt es in seine Kolonie.

1958 Die verschiedenen Missionsstationen der imperialistischen Länder legen ihre äthiopischen Ableger zu einer Evangelischen Kirche Mekane Yesus zusammen. Die heißt künftig „einheimisch“.

In der Abrechnung der Hermannsburger Missionsanstalt für 1974 wird der Umsatz der „Landwirtschaftlichen Abteilung“ in Südafrika mit 3,039 Millionen DM angegeben. Nach dem Personalverzeichnis leiten allein in Azania zehn „Farmverwalter“ die Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft. In Pietermaritzburg steht ihnen ein „Generallandwirt“ vor. In 26 Orten Azanias sitzen Missionare, um den „Heiden“ den Kampf gegen die kolonialistische Ausbeutung und Unterdrükkung auszutreiben.

1974–1977 In Äthiopien wird das feudale Regime Haile Selassies gestürzt. Die missionseigene Fluggesellschaft muß ihren Betrieb einstellen. Die Missionsstation und das Krankenhaus in Aira werden von der Missionsgesellschaft eingestellt. In Addis Abeba wird ein Stützpunkt aufrechterhalten.

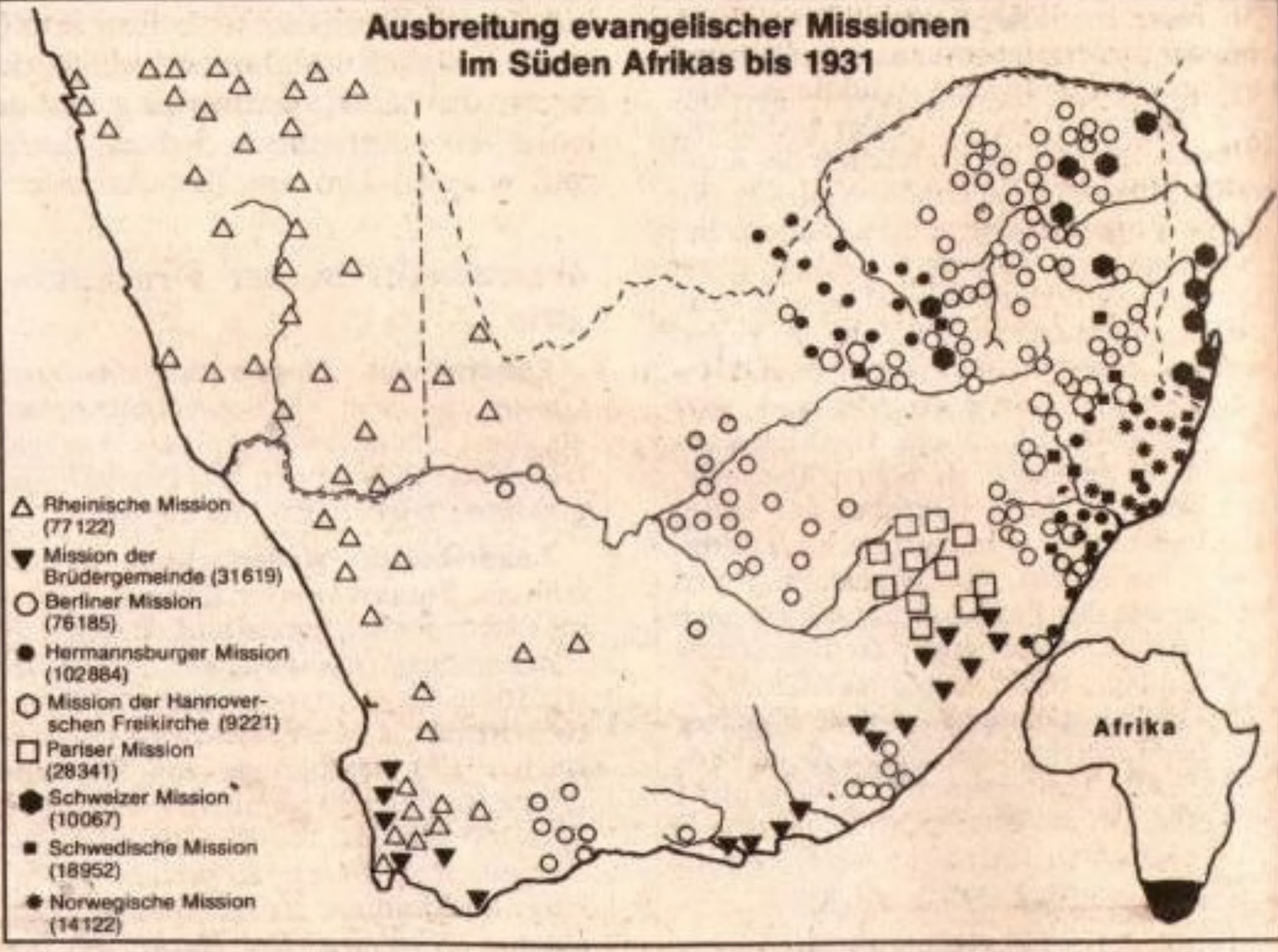
1976 Nach den Aufständen in Soweto schreibt ein „missionarischer Mitarbeiter“ von dort im „Hermannsburger Missionsblatt“:

„… bis heute (haben) Kirchen und Kirchenführer mit aller Entschiedenheit gegen eine gewaltsame Lösung, das heißt gegen eine blutige Revolution, Stellung genommen. Die Kirche kann Blutvergießen nicht unterstützen und nicht dazu ermutigen.“

Um wessen Blut die Gottesmänner fürchten, drückt die Redaktion mit der Unterschrift unter ein Bild marschierender Kolonialistentruppen aus: „Allein den Betern kann es noch gelingen, das Schwert ob unseren Häuptern aufzuhalten.“ – (N-Red.)

„… das Reich Gottes verkünden …“


In Richards Bay (Azania) am Indischen Ozean errichten die Imperialisten einen neuen Großhafen, um die Reichtümer des Landes fortzuschaffen. Für 400000 Afrikaner wird dort ein neues Ghetto gebaut. Das „Missionsblatt“ feiert als Errungenschaft, daß die neue Township einen „eigenen Strand“ haben wird – im eigenen Land. Die für die Hafenarbeit zusammengetriebenen Afrikaner sollen schnell einziehen, was schadet es da, wenn in den Hütten die Zimmertüren fehlen. „Als Kirche Jesu Christi haben wir die entscheidende Aufgabe auch unter unseren schwarzen Brüdern zu erfüllen: Nämlich die Missio Dei und damit das Reich Gottes in dieser Situation mit Wort und Tat zu verkündigen. Mögen der Hermannsburger Mission die freudigen Geber geschenkt werden, die für das Gemeindezentrum … die 23000 Rand so bald wie möglich beisteuern, denn die Zukunft hat hier in Esikhaweni schon begonnen.“ Der Missionar Braun soll sich nicht wundern, wenn er samt seinen 23000 Rand in naher Zukunft über den eigenen Strand ins Meer gejagt werden sollte, wie weiland Bruder Rott in Borneo, den die „Eingeborenen unter fortwährendem Schießen mit Pfeilen“ samt anderen Kolonialisten 1859 in einen Fluß trieben.



Welch ein Netz die Missionen über Afrika gespannt haben, verdeutlicht die Karte, in der lediglich die kontinental-europäischen evangelischen Missionen (Stand 1931) eingetragen sind. Die Zahlenangaben in Klammern zeigen die Anzahl der Afrikaner, die unter das christliche Kreuz gepreßt worden sind und sich hier unter Missionsgemeinden wiederfinden. Dicht ist das Netz, keiner soll entgehen, wie dicht es zusammen mit allen evangelischen, katholischen, baptistischen … ist, ist nicht schwierig vorzustellen. Welche Mittel diese kolonialen Erschließer Afrikas heute noch für ihre Unterdrückungsdienste zur Verfügung gestellt bekommen, zeigt die Berliner Mission: Seit ihrer Gründung 1961 bis 1976 hat diese Mission ein Haushaltsvolumen von 98,5 Mio. DM zur Verfügung gehabt. Das Volumen 1976 betrug 16 Millionen DM. Diese 16 Millionen stammten zu 34% aus der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE), die ihrerseits das Geld zum Teil aus staatlichen Kassen überwiesen bekam. Seit 1962 können Entwicklungsprojekte der Missionen durch den Bundeshaushalt finanziert werden. Die Verwaltungskosten und das Wohlergehen dieser wertvollen Stoßtruppe aus Glaubensbrüdern und -schwestern für den Dienst in Übersee läßt sich der kapitalistische Staat vermittels EZE was kosten.

Kommunistische Volkszeitung